

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



4. Mai 1985
Jg. 6 Nr. 9

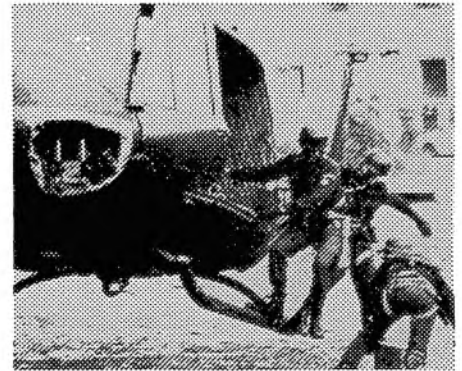
G 7756 D Preis:
2,50



"Dregger erklärt an die Adresse der US-Senatoren, die sich gegen den Besuch Reagans in Bitburg gewandt hatten, er habe am letzten Kriegstag, dem 8. Mai 1945, 'damals vierundzwanzig Jahre, mit meinem Bataillon die Stadt Marklissa in Schlesien gegen Angriffe der Roten Armee verteidigt!'" (aus Kölner Stadt-Anzeiger, 22.4.1985)



Kriegsdienstgesetz: Weg für weitere Verschlechterung offen Seite 7



EG-Polizeikooperation: Imperialistische Bemühungen um den Aufbau eines EG-weiten Unterdrückungsapparates Seite 10



8. Mai in der DDR: "Niemand ist vergessen – nichts ist vergessen" Seite 17

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Südafrika/Azania: Die Regierung will Fortschritte des Befreiungskampfes mit Gewalt verhindern. 4

Kriegsdienstgesetz: Weg für weitere Verschlechterung offen .. 7

Rentenreform: FDP rückt ab vom "Nettolohn-Bezug" 7

Hannover-Messe: Elektro-Konzerne, Post: "Verkabelung" läuft, Marktvorsprung und Profite sicher 8

EG-Polizeikooperation: Imperialistische Bemühungen um den Aufbau eines EG-weiten Unterdrückungsapparates 10

Krankenversicherung: Blüm vollendet Ehrenberg-Programm. Was könnte die Opposition dagegen tun? 11
Dokumentiert: Gewerkschaften zur "Kostendämpfung" 13

Auslandsberichterstattung

Brasilien: Bauern und Landarbeiter gegen Großgrundbesitz und Regierung 14
Parteien und Kirche zur Landfrage 15

Türkei: Parteitag der ANA-P ... 15

Österreich: Abfängjäger statt Familiengeld 16

USA: Senatsanhörung über Antistreikgesetz 16

Bhopal: Entschädigung nicht in Sicht 17

8. Mai in der DDR: "Niemand ist vergessen — nichts ist vergessen" 17

Internationale Meldungen. 18

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten. 20

Druckindustrie: Streikerfolg bei Derndruck 21

Arbeitszeitverkürzung Druck: Die Kapitalisten stoßen weitere Tore zur Flexibilisierung auf. 22

Anzeige

Ergebnisse der fünften ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK, April 1985

46 Seiten, Preis 3,50 DM

zu bestellen bei: GNN-Verlag, Kamekestr. 19, 5000 Köln

KOHL, BITBURG UND DIE WAFFEN-SS

Bundeskanzler Kohl ist nicht bereit, dem US-Präsidenten angesichts massiven Protestes der Antifaschisten in den USA und der Protestresolution von 260 der 436 Kongreßabgeordneten den Besuch des Soldatenfriedhofs, auf dem auch Angehörige der Waffen-SS liegen, zu ersparen. Strauß spricht von "Peinlichkeiten" und ist sich mit dem Sozialdemokraten Rau einig, die Sache fallen zu lassen. Vielfach ist von "Tolpatschigkeit" die Rede. Das Gegenteil trifft zu, eher kann vermutet werden, daß diese Gestaltung des 8. Mai langfristig vorbereitet wurde. Im August 1983 wurde die Entscheidung des Bundesinnenministeriums bekannt, den Bundesvorstand des "Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V." (HIAG) bis auf weiteres im Verfassungsschutzbericht nicht mehr als rechtsextremistische Organisation zu erwähnen. Der Besuch in Bitburg wäre schwer denkbar und hätte auch in der BRD einen deutlicheren Protest hervorgerufen, wenn nicht seit zwei Jahren systematisch an der regierungsamtlichen Darstellung der Waffen-SS als besonders tapfere Soldaten gearbeitet worden wäre. Die damalige Entscheidung rechtfertigte das Innenministerium damit, daß es keine konkreten Anhaltspunkte dafür gäbe, daß vom HIAG-Bundesvorstand Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgehen. Damit und mit der Unterstützung der Aufmärsche der SS-"Traditionsverbände" und ihrer Publikationen verstößt die Bundesregierung gegen das Kontrollratsgesetz Nr. 2 (NSDAP-Verbot und Verbot von Nachfolgeorganisationen), das nach wie vor gültig ist.

Was steckt hinter der Rehabilitation der Waffen-SS und dem Beharren auf Bitburg? Gekoppelt mit dem Gesetz zur "Auschwitzlüge" und der Kampagne "die Deutsche Frage ist offen"? Die "Versöhnung" in Bitburg beinhaltet, daß die westlichen Alliierten die Verurteilung Nazi-Deutschlands und Vorbehalte gegen eine künftige Großmachtpolitik der BRD fallen lassen sollen, verbunden mit dem Vorwurf, daß sie vor 40 Jahren zu Unrecht die Deutschen daran gehindert hätten, mit dem "Bolschewismus aufzuräumen". Die Nato-Partner sollen

für die Aufhebung der "deutschen Teilung" aktiv werden. Kohl zeigte in Bergen-Belsen, woher die BRD diesen Anspruch nimmt: aus der "Überwindung des Totalitarismus". "Denn Totalitarismus, wie er sich in Deutschland nach dem 30. Januar 1933 durchsetzen konnte, das ist keine unwiederholbare Entgleisung, kein 'Unfall der Geschichte' ... Wir — im freien Teil unseres Vaterlandes, in der Bundesrepublik Deutschland — haben uns nach den Erfahrungen der Hitler-Dik-



Demonstration gegen die SS-HIAG

tatur darauf festgelegt, daß der einzelne Mensch gerade in den zentralen Fragen der Politik über und für sich selbst bestimmen muß ... und deshalb haben wir uns auch unwiderruflich an die Wertegemeinschaft der freiheitlichen Demokratien des Westens gebunden ...". Daß vor allem die Juden, am grausamsten faschistischer Vernichtung ausgesetzt, spüren mußten, was vorging, scheint kalkuliert. "Quick" hetzt jetzt über die "Macht der Juden" in den USA. So schürt Kohl Antisemitismus nach dem Motto: Weltjudentum gegen die Deutschen. Die BRD ein Vasall der USA und Kohl ungeschickt? — (düb)

ÖTV VERHANDELT ÜBER

RATIONALISIERUNGSSCHUTZ

Die Gewerkschaft ÖTV hat die im vergangenen Februar abgebrochenen Verhandlungen über ein Abkommen zur Einkommens- und Arbeitsplatzsicherung neu aufgenommen. Forderungsschwerpunkte sind: 1. Erweiterung der Schutzvorschriften bei Rationalisierung und Einführung neuer Techniken. 2. Auch die von Privatisierungsmaßnahmen betroffenen Arbeitnehmer sind durch Tarifvertrag vor materiellen Folgen solcher Maßnahmen zu schützen. 3. Sicherung eines gleichwertigen und zumutbaren Arbeitsplatzes und des Einkommens. 4. Erhalt günstigerer örtlicher und bezirklicher Regelungen. 5. Verbesserung der Einkommenssicherung bei Leistungsminderung. In den zurückliegenden Verhandlungen hatte der Dienstherr zu keiner Forderung ein

Angebot unterbreitet. Im Gegenteil versuchte Innenminister Zimmermann eine Verschlechterung bestehender Regelungen durchzusetzen. So sollte das Übergangsgeld, das einem Angestellten zusteht, wenn ihm aus nicht von ihm zu vertretenden Gründen gekündigt wird, ersatzlos gestrichen werden. Der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV hat sich nicht dazu geäußert, wie die Verhandlungen jetzt zu einem erfolgreicherem Verlauf geführt werden können. Die ÖTV-Vorsitzende Dr. Wulf-Mathies hatte sich allerdings schon auf dem Gewerkschaftstag dazu geäußert, über welche Angebote an den Dienstherrn sie "nachdenkt": "Wenn wir Arbeitsplatzzahlen festschreiben, dann müssen wir Arbeit bewerten. Das bedeutet etwas, was wir ansonsten so couragiert ablehnen, nämlich Beurteilung. Personalbemessungssysteme müssen dann in irgendeiner Form diskutiert werden." Positionen, die die ÖTV bis heute gegen das Maihofer-Konzept zur Reform des öffentlichen Dienstrechts gehalten hat, sind damit von Dr. Wulf-Mathies zur Disposition gestellt.

— (kar)

"GRENZWALD 85" — ERGÄNZT WINTEX

Als "länderübergreifende Katastrophenübung" probten am 20. April in der Eifel die US-Armee, Bundeswehr, Bundesgrenzschutz einerseits und Feuerwehren, Technische Hilfswerke und Rotes Kreuz aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz andererseits die Zusammenarbeit militärischer und ziviler Dienste. In der Öffentlichkeit wurde die Übung begründet mit den hohen Schäden, die jährlich durch Waldbrände in der Bundesrepublik verursacht werden. Angenommene Übungslage war ein Waldbrand, für den echte Feuer gelegt wurden. Eine Ortschaft mit 1200 Ein-

wohnern wurde evakuiert und großräumige Verkehrslenkung mit Absperzung weiter Gebiete für den zivilen Verkehr erprobt. Bäche wurden aufgestaut, Brücken gebaut, 35 km Schlauchleitungen wurden verlegt, das Wasser über 120 m Höhenunterschied gepumpt. Zum "Löschen" wurden außerdem Hubschrauber der Bundeswehr und der US-Armee eingesetzt. Die erstmals in einer derartigen Übung eingesetzte Bundeswehr-Transall-Maschine erzeugte allerdings keinen Wasserschwall, sondern einen feinen Nieselregen, der eher als Probe für das Versprühen von Kampfstoffen über größere Landstriche denn als Lösversuch angesehen werden muß. Insgesamt waren 4000 Einsatzkräfte beteiligt, davon 2600 zivile mit 260 Fahrzeugen. Diese Katastrophenübung war die bisher größte in der Geschichte der Bundesrepublik. Ihr wichtigstes Ziel war die Erprobung gemeinsamer Stäbe militärischer und ziviler Dienststellen. Verantwortlich waren der rheinland-pfälzische Innenminister Böckmann und und NRW-Staatssekretär Munzert; als Beobachter kamen Teilnehmer aus den anderen Bundesländern, aus Belgien, Holland und Luxemburg sowie Bundeswehroffiziere der Wehrbereichskommandos Nordrhein-Westfalen (III), Hessen (IV), Rheinland-Pfalz und Saarland. Diese "integrierte" Übung fand wenige Wochen nach den Manövern WINTEX/CIMEX 1985 statt, bei der im Rahmen einer Stabsübung die Zusammenarbeit militärischer und ziviler Dienststellen erprobt wurde, allerdings ohne Beteiligung ziviler Einsatzkräfte. Soll man da glauben, wenn das nordrhein-westfälische Innenministerium beteuert, es sei völlig abwegig, in "Grenzwald 85" etwas anderes zu sehen als eine rein zivile Übung zum Schutz vor Waldbränden? — (ulk)



Der evangelische Militärbischof Lehming (links) forderte am 22.4. vor einer Konferenz von rund 150 Militärpastoren in Kiel ein "Machtwort" der EKD gegen Amtsträger der Kirche, die die Kriegsdienstverweigerung als für Christen einzig mögliche Entscheidung propagieren. Auch der "Dienst mit der Waffe" sei christlich und müsse als solcher akzeptiert werden. — (uld)

Krankenhäuser: Resturlaub aus 1984— etwa im Spätherbst?..... 22

38,5-Stunden-Woche: Wenig zu feiern..... 23

Schulpolitik: Unterrichtshilfen zum 8. Mai..... 23

NRW-Wahlen: Grüne und Friedensliste: Möglichkeiten für Bündnisse der Werktätigen..... 24

Landmannschaften: Gemeinderat fördert "Karpatendeutsches" 25

Frauenbericht '85: Aufwertung der Hausfrau und Mutter..... 25

§218 in Bayern: Zusätzliche Schikanen und Angriffe auf die "soziale Indikation"..... 26
In der DDR besteht das Recht auf Abtreibung..... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

"Schlesier-Treffen": Aktions-einheit gegen Revanchismus und Nationalismus..... 29

Sozialstatistik

Unternehmen: (I) Unterschiede in der Betriebsgröße nach Beschäftigten und Kapitalausstattung 30

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Kunst aus den Konzentrationslagern: Die Kunst der Befreiten..... 32

Arbeitswissenschaft: Von wegen Krise: Leistungslöhne in Ausdehnung begriffen..... 33

Kriegsvorbereitung: "Gemeinden als Träger der zivilen Verteidigung"..... 34

Spezialberichte

Deutsche Volksgruppenpolitik (I): Von der "Befreiung der deutschen Minderheiten" zur faschistischen "Neuordnung Europas" 36
Gustav Stresemanns "Volksgruppenrechte"..... 37
Verbrechen faschistischer Volksgruppen im Ausland..... 38

Titelbild: Karikatur, güv

Südafrika/Azania

DIE REGIERUNG WILL FORTSCHRITTE DES BEFREIUNGSKAMPFES MIT GEWALT VERHINDERN

"Fünf Tote in Südafrika", "Weißen angezündet", "Erneut Unruhe in Sebokeng" — Meldungsoberschriften aus "Bild" und dem "Kölner Stadt-Anzeiger" der letzten drei Wochen. Sie sind Beispiele für die Berichterstattung über die erbitterten Kämpfe, die Hunderttausende von azanischen Arbeiterinnen und Arbeitern, Schülern, Hausfrauen und andere Bewohner der schwarzen Wohngettos seit Monaten führen. Die Berichte erwecken weitgehend den Anschein, als kämpften die Schwarzen ohne Ziel und Zweck, als seien sie außer Rand und Band geraten und als sei schließlich der Terror der Armee und Polizei unvermeidbar, weil nur so Greuelthaten der Schwarzen zu verhindern seien.

Seit September letzten Jahres führt die Bevölkerung in den schwarzen Wohngettos der Industriestädte Demonstrationen und Versammlungen durch. Begonnen hatten die Bewohner in den Gettos um die Stadt Port Elizabeth, als die Provinzregierung Mieterhöhungen für die menschenunwürdigen Hütten in den Gettos verhängte. Als andere Provinzregierungen das selbe durchsetzen wollten, breiteten sich die Demonstrationen auf alle Industriestädte aus. Parallel fanden zahlreiche Lohnkämpfe der schwarzen Arbeiter statt.

Sehr rasch schlossen sich die schwarzen Schüler und Studenten, in Kapstadt auch zahlreiche farbige und indische Schüler den Demonstrationen und Versammlungen an und führten Schulstreiks durch. Sie kämpfen seit Jahren gegen die schlechte und rassi-

stische Ausbildung.

In den vergangenen Monaten konzentrierten sich die Kämpfe zunehmend auf die 1983 von der südafrikanischen Regierung eingerichteten schwarzen örtlichen Räte. Die Regierung führte diese Verwaltungskörper in der Vorbereitung der Verfassungsreform ein. Die Räte wurden in 34 schwarzen Wohngettos der Industriestädte gebildet. Die zwei großen Zusammenschlüsse azanischer und südafrikanischer Befreiungs- und Bürgerrechtsorganisationen, das Nationale Forum (NF) und die Vereinigte Demokratische Front (UDF), hatten sich 1982 gebildet, um unter anderem gegen diese "Demokratisierungspläne" der Regierung vorzugehen.



Gegen die Tätigkeit der BRD-Banken in der RSA findet am 10.5. ein Aktionstag von Apartheids-Gegnern statt.

Die Räte hatten nie das Vertrauen der schwarzen Bevölkerung. Die Aufgaben, die ihnen die Regierung zugewiesen hat, machen sie noch verhaßter: Sie sollen z.B. die Gesundheitsversorgung und die Schulen kontrollieren, die Hygiene in den Wohnungen überprüfen und — das ist eine ihrer wichtigsten Aufgaben — die Einwanderungskontrolle ausüben, d.h. feststellen, wer legal und illegal im Getto lebt, wer ausgewiesen gehört. Die Räte sind also reine Spitzelorgane.

Nach den Kämpfen der letzten Monate sind von den ursprünglich 34 Räten überhaupt nur noch drei in vollständiger Besetzung übrig. 65 einzelne Mitglieder sind zurückgetreten, zwölf Räte als ganze zurückgetreten. 15 Mitglieder von Räten sind in Auseinandersetzungen mit Bewohnern der Wohnsiedlungen umgekommen, z.T. von den wütenden Bewohnern umgebracht, teilweise aber auch von der Polizei erschossen worden.

In allen Kämpfen sind Gewerkschaften, Bürgerrechtsorganisationen, örtliche Kampfkomitees gemeinsam aufgetreten. Auch Organisationen der Farbigen und Inder, die der UDF angehören, wie der Indische Kongreß Natal, die Labour Party der Farbigen haben ausdrücklich ihre Unterstützung erklärt. Obwohl sich die UDF auf das Prinzip der Gewaltfreiheit verpflichtet hat, hat sie sich in den vergangenen Monaten kein einziges Mal von den Aktionen und Demonstrationen distanziert. Die unabhängigen Gewerkschaftsdachverbände FOSATU und CUSA haben im November letzten

BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNGSGESETZ IN KRAFT

Das von Bundestag und Bundesrat mit den Stimmen von Union und FDP gegen SPD und Grüne verabschiedete Beschäftigungsförderungsgesetz tritt zum 1. Mai in Kraft. Damit sind befristete Arbeitsverträge bis zu 18 Monaten für jeden neu oder nach Abschluß der Ausbildung weiter Beschäftigten möglich, womit insbesondere die "Lehrstellenkampagne" ihre Fortsetzung findet mit rechtlosen Arbeitsverhältnissen für eine große Zahl von Jugendlichen. Weiter wurden die verschiedensten Formen von Teilzeitarbeit gesetzlich "salonfähig" (Blüm) gemacht. Die Voraussetzungen, unter denen Betriebsräte einen Sozialplan erzwingen können, wurden erschwert und die Dauer von Leiharbeitsverhältnissen auf sechs Monate verdoppelt. Blüm sah im Bundestag durch das Gesetz die Möglichkeit geschaffen, ta-

rifvertraglich noch weitergehende Zumutungen für Neueinstellende abzuschließen. Cronenberg (FDP) erinnerte an die nötige "Flexibilisierung" bei den Löhnen. Die Tarifparteien müßten jetzt regional und branchenmäßig differenzierter Entlohnung zwecks Ausdehnung der Beschäftigung zustimmen. — (alk)

ÖTV-VORSITZENDE GEGEN ABM-PRAKTIKEN

Die ÖTV-Vorsitzende Dr. Monika Wulf-Mathies hat auf einer Funktionsversammlung am 16.4. in Oldenburg die Kommunen kritisiert, die immer häufiger in den Haushaltsplänen zuvor gestrichene Stellen als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auswiesen. Die öffentlichen Dienstherren — von den rund 75 000 ABM-Maßnahmen entfallen fast 80% auf den öffentlichen Dienst — versuchten damit, ihre Personalkosten durch Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zu senken. So

würden aus Dauerbeschäftigungsverhältnissen Zeitverträge. Die ÖTV-Vorsitzende forderte, daß ABM künftig nicht mehr für Pflichtaufgaben und laufende Geschäfte im öffentlichen Bereich bewilligt werde dürfe, wozu als Nachweis der Förderwürdigkeit Stellungnahmen des Betriebs- bzw. Personalrates vorliegen müßten. Außerdem müßten auch für ABM-Beschäftigte die geltenden Tarifverträge im öffentlichen Dienst angewandt werden. — (alk)

CDU-WIRTSCHAFTSRAT "VOLL ABZUGSFÄHIG"

Während andere Gerichte die Parteispendenverfahren beerdigen, hat das Finanzgericht Köln dafür gesorgt, daß künftig Spenden an den CDU-Wirtschaftsrat reichlicher fließen. Das Gericht stellte fest: Der CDU-Wirtschaftsrat ist ein "Berufsverband" und kein Teil der CDU. So sei der Wirtschaftsrat nicht in der CDU-Satzung



Am 10.3. führten zahlreiche unabhängige Gewerkschaften eine Veranstaltung zum 30. Gründungstag des verbotenen Gewerkschaftsbundes SACTU durch. Bild: Streikversammlung der SACTU 1955.

Jahres gemeinsam mit dem Transvaaler Komitee zu einer Boykott- und Streikaktion aufgerufen — an dem Streik beteiligten sich über 400000 Arbeiter, hunderttausende Schüler, Studenten, auch kleine Selbstständige. Im März dieses Jahres fanden in den Vororten von Uitenhage, wo u.a. der VW-Konzern sein südafrikanisches Werk hat, zwei ähnliche Streikaktionen statt, an denen sich jeweils um die 200000 Arbeiter und Bewohner beteiligten.

Unübersehbar ist, daß sich die unabhängigen Gewerkschaften, die heute die größten Organisationen der azanischen Arbeiter sind, nicht aus dem azanischen Befreiungskampf heraus halten wollen, sondern ihn mit führen. Und — an den Kämpfen der letzten Monate hat sich zunehmend auch die Landbevölkerung beteiligt. Die südafrikanische Zeitschrift "Financial

Mail" berichtet:

"Aber was die Regierung beunruhigender findet (als die Kämpfe in Kapstadt usw., d. Red.), ist, daß die Gewalt nicht begrenzt ist auf städtische Regionen und sich ausweiten scheint auf das platte Land, auf Kleinstädte wie Bothaville und Kroonstad im Free State."

Eine solche Entwicklung ist für die südafrikanische Regierung, das ausländische und südafrikanische Kapital tatsächlich äußerst beunruhigend. Denn wenn der azanischen Befreiungsbewegung gelänge, die Verbindung zwischen den Industriearbeitern und Millionen auf dem Lande arbeitenden und wohnenden Familien herzustellen und sie in gemeinsamen Kämpfen zusammenzufassen, wäre das ein großer Fortschritt in der Entwicklung des Befreiungskampfes.

Anfang April hob die südafrikani-

sche Regierung das Verbot von Geschlechts- und Ehebeziehungen zwischen verschiedenen Rassen auf. Gleichzeitig kündigte Botha ein Gesetz an, das Schwarzen den Kauf von Land in den schwarzen Vorstädten erlauben soll. Beide Maßnahmen zielen auf die Abspaltung liberaler und christlicher Kräfte von der Unterstützung des Befreiungskampfes.

Gegen die Schwarzen und ihre politischen Führer geht Botha mit blankem Terror vor. In den Wohngettos um Port Elizabeth sind seit November Armee-Einheiten stationiert, zwischen 3000 und 4000 Soldaten der Siedlerarmee. Die azanischen Befreiungsorganisationen schätzen, daß Polizei und Armee von September bis März mindestens 400 Schwarze und Farbige umgebracht haben, von ca. 2000 ist unbekannt, wo sie sich aufhalten, ob sie noch leben, verhaftet oder auf der Flucht sind. Militär und Polizei schießen willkürlich auf Demonstrationen und Versammlungen von Schwarzen, für jeden soll die Beteiligung zum unkalkulierbaren Risiko werden.

Gleichzeitig versucht die Regierung, die Führung der unabhängigen Gewerkschaften, der Bürgerrechts- und Befreiungsorganisationen auszuschalten. Über 1000 Funktionäre von Gewerkschaften, lokalen und regionalen Komitees sind in den letzten Monaten verhaftet worden. Etwa 700 sind wieder aus der Haft entlassen, größtenteils nur gegen Kautions. Nach Angaben der ÖTV hält die südafrikanische Regierung zur Zeit etwa 170 führende Funktionäre der unabhängigen Gewerkschaften und der Widerstandsorganisationen in Haft. Gegen sie hat die Regierung Anklagen wegen Verstoß gegen das "Gesetz zur inneren Sicherheit" und teilweise wegen Hochverrat erhoben, Anklagen, die Verurteilungen bis zu 25 Jahren bzw. le-

erwähnt, verfolge seine Mitgliederinteressen gegenüber "allen Regierungen" und übe keinen "beherrschenden Einfluß" auf die CDU aus. Folge des Urteils: Spenden an den Wirtschaftsrat sind steuerlich "voll abzugsfähig". (Handelsblatt, 25.4.)— (rül)

SIEMENS: MEHR "KOOPERATION" MIT HOCHSCHULEN

Wenige Tage, nachdem am 19.4. der Bundestag mit der Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes die fast schrankenlose Ausdehnung von befristeten Arbeitsverträgen an den Hochschulen inkraftgesetzt hat, hat die Siemens AG ihre Absicht bekanntgegeben, diese Möglichkeit rasch zu nutzen. Ihr Vorstandsmitglied Beckurts, Leiter des Zentralbereichs Forschung und Technik, teilte mit, daß Siemens in den nächsten Jahren etwa 100 Mio. DM für "Kooperationsprojekte mit Hochschulen" ausgeben wolle. So sollen zwölf Hochschulen an der "Ent-

wicklung integrierter Schaltungen" beteiligt werden und dafür u.a. je einen Siemens-Rechner erhalten. Sollten die Schaltungen Siemens-Wünschen entsprechen, kann sofort die Fertigung aufgenommen werden. An der Universität Erlangen-Nürnberg will Siemens "flexibel automatisierte Produktionssysteme" entwickeln lassen. Schließlich sollen je 6 Mio. DM für Einzelprojekte nach Westberlin und München vergeben werden. Welche Gewinne Siemens mit dieser kostenlosen Nutzung von wissenschaftlichen Arbeitskräften macht, teilte Beckurts nicht mit.— (rül)

MEDIZINSTUDENTEN GEGEN PRÜFUNGSVERSCHÄRFUNG

5000 Medizinstudenten haben am 26. April in Bonn gegen die neuerliche Verschärfung ihrer Studienprüfungen protestiert. Im März waren bei den ärztlichen Vorprüfungen (Physikum) erstmals 42% aller Bewerber durchge-

fallen. Die Prüfungen werden von dem unter Leitung von Familienminister Geissler wirkenden "Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungen" (IMPP) in Mainz im ganzen Bundesgebiet einheitlich organisiert. Die Prüfungsfragen werden zentral festgelegt, die Auswertung und Benotung erfolgt ebenfalls zentral beim IMPP. Zum Abschluß der Demonstration, die von den Vereinigten Deutschen Studentenschaften organisiert wurde, griffen Sprecher der Studenten die extrem hohe Durchfallquote als "politischer Schachzug zur Eindämmung der sogenannten Arzteschwemme" an und verlangten, daß mehrere Fragen der diesjährigen Prüfung nachträglich gestrichen werden. Bis zu einer endgültigen Entscheidung über die Prüfung sollten alle Medizinstudenten zum weiteren Studium zugelassen werden. Die Demonstration und Kundgebung wurde von Vertretern der Grünen und der SPD unterstützt.— (rül)



Nissanwerk in Uitenhage. CUSA und FOSATU, die größten Dachverbände der unabhängigen Gewerkschaften, fordern das Ende ausländischer Investitionen in Südafrika. Die FOSATU erklärte, die Forderung habe "einen positiven Effekt". Die CUSA: "Unsere Mitglieder sind auch zu Opfern bereit für die Befreiung der Arbeiter." (in: Financial Mail, 12.4.85)

benslänglich vorsehen.

Unter den Verhafteten sind 22 Funktionäre der UDF, darunter sieben Funktionäre der allgemeinen Gewerkschaften SAAWU und GAWU. Der Prozeß soll sich – so ist die Absicht der Justiz – über Jahre hinziehen. Allein 150 Zeugen sollen gehört werden. Das Gericht lehnte einen Antrag der Verteidiger ab, die Angeklagten während des Prozesses aus der Haft zu entlassen. Die Verteidiger hatten ihren Antrag mit der zu erwartenden Prozeßdauer begründet, das Gericht lehnte ihn ab, weil die Angeklagten ihre Freiheit doch nur zu "weiterer subversiver Tätigkeit" nützen würden.

In einem Verfahren gegen fünf Mitglieder des Transvaaler Komitees, das gemeinsam mit den unabhängigen Gewerkschaften den Streik im November organisierte, hat das Gericht mit einer Verschärfung der Anklage ge-

droht. Die Angeklagten, darunter der regionale Sekretär der Metallgewerkschaft MAWU waren wegen "umstürzlerischer Tätigkeiten" verhaftet und dann gegen Kautions freigelassen worden. Nach einem Prozeßtermin Ende Januar, zu dem nur ein Angeklagter erschien, kündigte der Richter eine Änderung der Anklage an. Zu vermuten ist, daß die Anklage nun auch den mit lebenslänglicher Haft bedrohten Tatbestand des "Hochverrats" umfassen soll.

Erfahrene Führer sollen für lange Zeit ins Gefängnis gesteckt und der Widerstand der azanischen Arbeiter in einem Blutbad ertränkt werden.

Um so dringlicher ist die Unterstützung der azanischen Befreiungsbewegung, insbesondere die Unterstützung der Gewerkschaften, durch die Arbeiterbewegung in Staaten wie der BRD, die die Nutznießer und Stützen des

Siedlerregimes in Südafrika sind. Postkartenaktionen, wie sie die ÖTV und die HBV im Rahmen ihrer internationalen Verbände zum 1. Mai durchführen wollen, können dafür genutzt werden. Verschiedene Betriebsräte und Gewerkschaftskörperschaften haben während der letzten Monate in Briefen an die südafrikanische Botschaft gegen die Prozesse protestiert, zum Teil forderten sie von der Bundesregierung den Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen. Solche Tätigkeiten müssen fortgesetzt werden.

Quellenhinweis: Financial Mail v. 29. 3., 5.4., 12.4.85; ÖTV-Magazin April 85; Facts and reports, Presseauschnitte zum südlichen Afrika, Nr. E u. G/85; Azania-Nachrichten Nr. 1/85, hrsg. Arbeitskreis zur Unterstützung der unabhängigen schwarzen Gewerkschaften in Azania, Hamburg – (uld)

"INNERE SICHERHEIT" REAKTIONÄR BEFESTIGT

Die Konferenz der Innenminister der Länder beschloß am 26. April eine Änderung des Asylrechts für sogenannte Ostblockflüchtlinge. Künftig müssen Auswanderer aus Staaten Osteuropas, die nicht als "Deutsche" in die BRD einreisen, einen Antrag auf Anerkennung als "politisch Verfolgte" stellen. Wenn sie nicht auf diese Art zum Ausdruck bringen, daß sie in eindeutigen Widerspruch zur Regierung ihres Heimatlandes stehen, müssen sie mit ihrer Ausweisung rechnen. – Die Innenminister ermunterten die Polizei zu weiterem Schußwaffengebrauch. Sie stellten fest, keineswegs schieße die Polizei immer hemmungs- und verantwortungslos. Zwischen Juni 1983 und Juni 1984 schoß die westdeutsche Polizei 42 Leute an, davon starben 24, im vergleichbaren Vorjahreszeitraum wurden 36 Leute von der

Polizei angeschossen, davon 17 tödlich getroffen. – Die Konferenz richtete eine Arbeitsgruppe ein, die die Vorgänge um den Libyer-Mord mit dem Ziel einer verstärkten Verbindung von Polizei- und Ausländerbehörden überprüfen soll. Die Stellungnahmen und Beschlüsse der CDU-, CSU- und SPD-Innenminister waren einmütig. – (uld)

DAIMLER-BENZ RÜSTET: NACH MTU JETZT DORNIER

Am 24.4. hat die Daimler-Benz AG bekanntgegeben, sie habe sich mit den bisherigen Dornier-Eigentümern auf den Erwerb von 68% des Kapitals von Dornier geeinigt. Dornier (9000 Lohnabhängige, 1,5 Mrd. DM Umsatz) ist ein Rüstungsunternehmen. Die Erben des faschistischen Wehrwirtschaftsführers kommen durch den Verkauf ihrer Anteile in den Besitz von ca. 400 bis 500 Mio. DM. 28% der Anteile verbleiben in ihrem Besitz, 4% erwirbt

das Land Baden-Württemberg. Erst vor wenigen Wochen hatte Daimler-Benz seinen Anteil an MTU von 50% auf 100% aufgestockt und war damit zum größten Triebwerkslieferanten für die Luftwaffe aufgestiegen. In der bürgerlichen Presse wird darauf hingewiesen, Dornier habe nun Aussicht, bei dem amerikanischen Weltraumrüstungsprogramm beteiligt zu werden. Die flüssigen Mittel, um sofort im großen Stil in ein solches Programm einzusteigen, hätte Daimler. – (rül)

"AUSCHWITZLÜGE-GESETZ" NS-ZEIT REHABILITIERT

Die Mehrheit der Bundestagsmitglieder von CDU/CSU und FDP hat am 25.4.85 das 21. Strafrechtsänderungsgesetz beschlossen. Ein Sonderstrafatbestand "Leugnen und Verharmlosen" von Verbrechen der Faschisten in den §§ 140 bzw. 131 Strafgesetzbuch, die sich auf Völkermord und Aufstachelung zum Rassenhaß beziehen, ist vom

Kriegsdienstgesetz

WEG FÜR WEITERE VERSCHLECHTERUNG OFFEN

Am 24.4. 1985 verkündete das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Ablehnung der SPD-Klage gegen das Kriegsdienstverweigerungs-Neuordnungsgesetz (KDVNG). Die SPD hatte gegen das innerhalb weniger Wochen von der CDU/CSU/FDP durchgepeitschte Gesetz einen Normenkontrollantrag gestellt. Nach dem neuen Recht ist ein 20-monatiger Zivildienst mit schriftlicher Begründung vorgesehen. Der Zivildienst ist um ein Drittel länger als die Wehrpflicht. Dies waren die Kernpunkte der SPD-Klage. Man darf sich jedoch nicht täuschen lassen, war doch die SPD zu ihrer Regierungszeit hauptverantwortlich für viele Verschlechterungen im KDV- und Zivildienstbereich. Sie schlug damals bereits einen 20-monatigen Zivildienst vor. Wenige Wochen nach ihrer Regierungsablösung und dem Entwurf der neuen Regierung machte die SPD den Vorschlag von 19 Monaten plus schriftliches Anerkennungsverfahren. Die Klage ist mehr unter dem wahltaktischen Gesichtspunkt zu sehen, waren doch im März 1983 Bundestagswahlen. Ihren wahren Standpunkt machte die SPD in dem mündlichen Anhörungsverfahren am 30.1. 1985 deutlich. Anke Fuchs betonte ausdrücklich die verfassungsrechtliche Entscheidung für eine Landesverteidigung, und Koschnik forderte einen "Beitrag zur Verteidigung von Menschenwürde, Leben und Freiheit gegenüber möglichen Übergriffen".

Die Verfassungsrichter stellen zunächst einmal grundsätzlich fest, daß die Verfassung eine "Grundentscheidung für eine wirksame militärische

Landesverteidigung" enthält. Und so ist auch das Urteil ausgerichtet: Die militärische Einsatzplanung von Zivildienstleistenden und Kriegsdienstverweigerern ist bereits im Zivildienstgesetz und im Zivilschutzgesetzentwurf enthalten. Die ausdrückliche Unterordnung in die militärstrategische Kriegsvorbereitung ist jedoch neu. Das nun verfassungsgerichtlich abgedeckte Gesetz sieht den um ein Drittel längeren Zivildienst vor, was bei Verlängerung der Wehrpflicht auf 18 Monate 24 Monate heißen würde. Das KDVNG verstößt nicht gegen Art. 12 a GG (die Dauer des Zivildienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen), da ehemalige Soldaten bis zu neun Monaten zu Wehrdienstübungen herangezogen werden könnten und daher die Obergrenze 24 Monate Zivildienst ist. Das BVerfG bezieht sich auf sein eigenes Urteil von 1978 zur "Postkartenregelung", wonach in Betracht kommt, den Zivildienst bis zu 24 Monaten zu verlängern (drei der acht Richter hatten bereits beim 1978er Urteil mitgewirkt).

Die tatsächliche Durchschnittsdauer der geleisteten Wehrübungen auf alle wehrübungspflichtigen Mannschaftsdienstgrade beträgt jedoch lediglich 3,5 Tage. Das schriftliche Prüfungsverfahren bleibt weiterhin bestehen, so daß die Anerkennungsquote am Personalbedarf der Bundeswehr ausgerichtet werden kann.

Der Zivildienst hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem Arbeitsdienst entwickelt. Unbequeme Stellen werden gestrichen und Plätze im Umweltschutz werden ausgebaut. Unter dem neuen Gesetz hat es bereits viele Verschlechterungen gegeben: Teildienstunfähigkeitsbescheinigung, neue Arbeitszeitrichtlinien (bis zu 70 Std. in der Woche sind möglich), die Entlassungsuntersuchung wurde

gestrichen, keine Neuzulassung von Stellen mit Heimschläferlaubnis, Streichen von Stellen im Jugend- und Verwaltungsbereich, Erhöhung des Einberufungsalters auf 32 Jahre, Tauglichkeitskriterien wurden heruntergesetzt, verschärfte Disziplinierung. Diese Verschlechterungen dienen alle dazu, den Zivildienst zu einem Zwangsarbeitsdienst für billige Arbeitskräfte zu gestalten. Die Rolle des Zivildienstes liegt zum einen darin, ein Potential kritischer junger Menschen in das System zu integrieren und sie stillzuhalten. So sollen Zivildienstleistende laut Zivildienstbeauftragten Hintze einen wichtigen Beitrag zum inneren Frieden der BRD leisten oder, wie der DRK-Schatzmeister von Hessen forderte, der Zivildienst solle "als tragende Säule in unserer Demokratie" anerkannt werden. Der andere Zweck des Zivildienstes liegt darin, sich eine zivile Armee für den Krieg auszubauen. Diesen Zweck hat das Verfassungsgericht mit seinem Urteil nun bekräftigt.

Quellenhinweis: BVerfG, 2 BvF 2/83; 2 BvF 4/83; 2 BvF 2/84;— (thb)

Rentenreform

FDP RÜCKT AB VOM "NETTOLOHN-BEZUG"

Sein Rentenreformvorschlag (staatliche Grundversorgung für jeden leicht oberhalb der Sozialhilfe, begrenzte Zusatzversicherungspflicht und "Privatinitiative") trug dem konservativen Liberalen Bangemann seitens seines christlich-sozialen Regierungskumpans Blüm den Vorwurf "sozialistischer Gleichmacherei" ein. Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN lud zur Diskussion über die Höhe der

Tisch. Die Gleichsetzung nationalsozialistischen Völkermordes mit angeblich anderen Verbrechen an Deutschen ist juristisch erreicht und wird als private Beleidigung behandelt. Im § 194 — Strafantrag — ist eingefügt, daß kein Strafantrag gestellt werden braucht, "wenn der Verletzte als Angehöriger einer Gruppe unter der nationalsozialistischen oder einer anderen Gewalt- oder Willkürherrschaft verfolgt wurde, diese Gruppe Teil der Bevölkerung ist ...". Die SPD brachte ihren Entwurf von 1982 ein. Er wurde in namentlicher Abstimmung mit 140 Ja, 247 Nein und vier Enthaltungen abgelehnt. Der Entwurf der Grünen sprach sich für Erweiterung des § 194 aus, ohne die Gleichsetzung des Koalitionsentwurfs. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin forderte, das Gesetz so bald wie möglich abzuschaffen: "Besser kein Gesetz als dieses Gesetz".— (düb)



Am 22./23. April haben die Außen- und Verteidigungsminister der WEU in Bonn die "Schaffung einer Technologie-Gemeinschaft" in Westeuropa befürwortet. Einen solchen Vorschlag hatten u.a. die französische Regierung, Genscher und Strauß gemacht. Strauß hatte auch erklärt, was die BRD damit meint: Es gelte, Reagans SDI-Vorschlag um eine "europäische SDI-Initiative" zu ergänzen, um die sowjetischen SS-20-Raketen mit eigenen atomaren Waffen "ausschalten" zu können. Das wäre ein gewaltiges atomares Raketenrüstungsprogramm der WEU mit führender Beteiligung der BRD! Auf der WEU-Konferenz im Oktober soll darüber weiter beraten werden.— (rül)

Grundversorgung ein.

Postwendend präsentierte das FDP-Präsidium auf Vorschlag Bangemanns "Grundsätze liberaler Arbeits-, Sozial- und Steuerpolitik", die neben anderem schärfere Angriffe auf Lohn und Rente verlangen durch: a) "Abbau der zu hohen Lohnnebenkosten"; b) "eine sozial tragbare Selbstbeteiligung an den Kosten" der Krankenversicherung; c) Neugestaltung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung "unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung"; d) Ausbau der "Möglichkeiten privaten Versicherungsschutzes zur Altersvorsorge". Statt "lohnbezogen" soll die Rente "beitragsbezogen bleiben", für eine "gleichgewichtige Entwicklung der Einkommen von Rentnern und Aktiven" (was immer darunter genau vorzustellen sein mag) erklärt sich das FDP-Papier nicht mehr. (1)

Deutlich relativiert wird damit die CDU- wie SPD-geliebte Vorstellung der "bevölkerungsdynamischen Rentenformel", nach der sich Beitragszahler wie Rentner gemeinsam das Erbe des bankrott gemachten Rentensystems zu teilen hätten: durch höhere Beiträge und entsprechend gekürzte Renten. Die Forderung nach Senkung der Lohnnebenkosten beschränkt den Wirkungsgrad dieses Modells durch Begrenzung der Gesamtlohnsumme, deren Teil die Beiträge sind. Die Koppelung des Bundeszuschußes an die Bevölkerungsentwicklung bedeutete eine stärkere Steuerfinanzierung.

Wesentlich ist: Die Grundsätze verlangen Senkung der Beiträge, d.h. Senkung der Gesamtlohnsumme und damit der direkten Belastung der Kapitalisten. Wer zu zahlen hätte, ist damit auch klar.

Von interessierter Seite wurde jüngst bestätigt, daß die FDP eine nächste Etappe von Rentenkürzungen einläutet. W. Kannegießer, BDA-Vertreter in der SV der Sozialversicherung, zum FDP-Parteitag in Saarbrücken: "Sie (die FDP) habe, so heißt es in dem vom Parteitag nahezu einstimmig beschlossenen Antrag, schon auf dem Bremer Parteitag 1979 die Auffassung vertreten, daß die Renten künftig keinesfalls stärker steigen könnten als die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer. Diese 'grundlegende Erkenntnis' werde nunmehr auch von der CDU/CSU und der SPD anerkannt. Die FDP tritt dafür ein, eine 'demographische Komponente' in die Rentenformel einzubauen. Dabei müsse auch die Frage beantwortet werden, ob die Renten noch so steigen könnten wie die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer. Damit gibt die FDP zu erkennen, daß sie auch ein Sinken des Netto-Rentenniveaus für möglich oder sogar notwendig hält." Quellenhinweis: (1) freidemokratische Korrespondenz 15.4.85; (2) Die Angestellten-Vers. 4/85 - (haj)

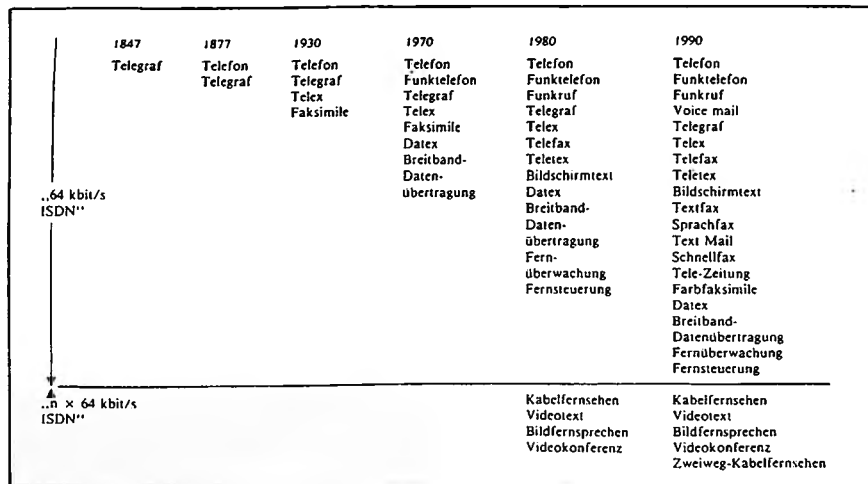
Hannover-Messe

ELEKTRO-KONZERNE, POST: "VERKABELUNG" LÄUFT, MARKTVORSPRUNG UND PROFITE SICHER

Im Unterschied zur Geschichte sind Propagandageschichten wiederholbar. Ende der 60er Jahre bedrohte "die amerikanische Herausforderung" Europa und die BRD. Mitte der 70er Jahre war dann die Rolle der BRD als imperialistische Führungsmacht gesichert. Ende der 70er Jahre saßen "der deutschen Wirtschaft" die "japanische Mikroelektronik", "die Japaner" überhaupt und natürlich immer noch die USA propagandistisch im Nacken. Und heute?— Ulrich Lohmar ist einer, der es wissen muß, von 1965 bis 1976 war er Vorsitzender des Bildungs- bzw. Forschungsausschusses im Bundestag, seit 1983 ist er Vorsitzender der Anstalt für Kabelkommunikation in Ludwigshafen. Zur Hannover-Messe 1985 schreibt er in der "Computer-Woche", 19.4.: "Auch die Amerikaner sollten allerdings ihre Unkenrufe über uns unterdrücken lernen ... Immerhin hat die Bundesrepublik auf drei Gebieten einen erkennbaren Vorsprung erreicht und bis heute behauptet: in der Ergo-

beratungskonzern Diebold in einer Kongreßankündigung auf die zündende Formel gebracht: "Marktnähe durch Information". Als Beispiel für "Marktnähe durch Information" propagiert das Handelsblatt den BMW-Konzern. BMW hat ein Netzwerk von Computerverbindungen entwickelt, das sowohl die Datenverarbeitung aller Geschäftsstellen und Produktionseinrichtungen wie die zwischen Produktion und Verwaltung verbindet. Das Ziel ist dabei die Massenproduktion auf Bestellung, was z.B. die Lagerkosten enorm senken würde. Unverzichtbar dafür ist die völlige "Flexibilität" der Arbeitskraft.

Nachrichten- und Kommunikationstechniken und -systeme wie Telegrafie, Telefon, Rundfunk, Fernsehen usw. sind Teil der "Infrastruktur", also der allgemeinen Produktionsbedingungen des Kapitals, so wie Straßen, Stromversorgung, Kanalisation usw. Mit der sog. Verkabelung verfolgt die Bundesregierung das Ziel, mit einem



Dienstintegration im ISDN (Integriertes Daten- und Telefonnetz), alle Netze und Dienste sollen in einem Datennetz zusammengefaßt werden. (Oberer Teil 'Schmalband-', unterer Teil 'Breitbandnetz', s. Kasten)

nomik, beim Bildschirmtext und bei der ISDN-Technik." (ISDN: neues Verbundnetz der Post für gleichzeitige Sprach- und Datenübertragung, s. Kasten). Kurz gesagt: Lohmar lokalisiert den Vorsprung der BRD auf dem Gebiet der Anschmiedung des Arbeiters an die Maschine (Ergonomie) und in der Entwicklung und Anwendung von Kommunikationstechniken, die die Lohnabhängigen sodann zum direkten und flexiblen Anhängsel des Marktes und seiner Schwankungen machen sollen.

Den Zusammenhang zwischen Flexibilisierung der Arbeit und Informationstechnik hat der Unternehmens-

Investitionsvolumen von rd. 300 Mrd. DM in den nächsten beiden Jahrzehnten ein einheitliches Kommunikationsnetz für alle Arten von Datenübertragungen— zu denen dann auch Telefon, Rundfunk, Fernsehen gehören— zu schaffen. Die jetzigen Standleistungen der Konzerne sollen entfallen. Die Gebührenordnung wird mengenabhängig sein. Die Grundgebühr für alle wird gegenüber den heutigen Telefonkosten hoch, gegenüber den heutigen Kommunikationskosten der Kapitalisten niedrig sein. Vergleichbar mit der Energiepolitik werden dann die Lohnabhängigen mit ihren Netzgebühren (Telefon, Kabelfern-

PROJEKTE UND SCHLAGWORTE

Bestehende Netze: Gegenwärtig unterhält die Post die folgenden Netze: 1. Das Fernsprechnetz für Telefon mit ca. 24 Mio. Hauptanschlüssen und 30 Mio. Telefonen. 2. Das zwischen 1973 und 1982 aufgebaute Datennetz IDN (Integriertes Text- und Datennetz), dazu gehören rd. 265 000 Anschlüsse für Telex, Datex-L, Datex-P (Datenpaketvermittlung) und die sog. Standleitungen. 3. Das im Aufbau befindliche "Breitbandverteildnetz", Stichwort: Kabelfernsehen.

Gegenwärtige Postdienste: Dazu gehören: 1. Die Sprachkommunikation – also der Fernsprechdienst, 2. die sog. Text- und Festbildkommunikation, darunter: Telex (Fernschreiber), der Teletex-Dienst für die schnelle Übertragung von Textseiten, der Telefax- bzw. Fernkopierdienst und Bildschirmtext, 3. Die sog. Datel-Dienste für die Datenkommunikation zwischen Computern und Großrechenanlagen, Datex-L, Datex-P und Standleitungen.

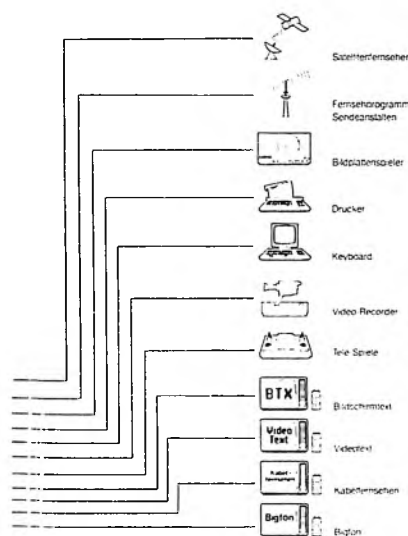
Neuere Postdienste: Bildschirmtext; Beim Btx-Zentralrechner der Post in Ulm gespeicherte Text- und Bildseiten werden über die Telefonleitung mit entsprechenden Endgeräten und -programmen abgerufen und bearbeitet. Telebox; Textseiten können in einem Zentralrechner der Post abgelegt und abgerufen werden. TEMEX (engl. telemetry exchange) "Fernwirkinformation-Übermittlungsdienst", neuer Postdienst zur Geräte- und gebührenüberwachung und -steuerung.

Übertragungsarten: "analog" und "digital". Analog kommt aus dem Griechischen und bedeutet soviel

wie "ähnlich", "vergleichbar". Bei der analogen Übertragung werden die Schallwellen von Sprache und sonstigen akustischen Signalen in "analoge" elektromagnetische Schwingungen umgesetzt. "Digital" kommt von digitus (lat. Finger, bzw. dann Ziffer). Bei der digitalen Übertragung wird z.B. eine Schwingungskurve in kurzen Abständen abgetastet und als Folge von Zahlenwerten ausgedrückt. Diese Zahlen werden in der Digitaltechnik durch den Wert "0" oder "1" bzw. "Aus" oder "Ein" dargestellt und verarbeitet, der als "Bit" (engl. binary digit, zweiwertige Ziffer) bezeichnet wird.

Digitalisierung: Die Umstellung von analoger auf digitale Übertragung. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung von Übertragungsnetzen, mit denen über einheitliche Ein- und Ausgabegeräte Sprache, Text, Bild und bewegte Bilder in großen Mengen, mit hoher Geschwindigkeit und hoher Wiedergabequalität übertragen werden können. Erste Schritte der Digitalisierung sind die elektronischen Vermittlungssysteme der Post und die digitalen Nebenstellenanlagen ("Haustelefon" der Konzerne).

Netzunterscheidungen: 1. Nach der Übertragungsart analog oder digital, s.o. 2. Nach der Übertragungskapazität. Danach werden Netze unterschieden in "schmalbandige" und "breitbandige" Netze. Als schmalbandig gelten Übertragungen von Signalen bis 1 Megahertz bzw. 6 Mio. bit/s. Breitbandige Netze verfügen über eine Bandbreite von über 1 MHz. Ein Farbfernsehskanal braucht z.B. 5 MHz oder 34 Mio bit/s. Ein Fernsehkanal entspricht ca. 2000 Fernsprechanälen. 3. Werden Netze unterschieden nach dem physischen Medium und



Postwerbung für "Neue Medien"

zwar vor allem: Kupferkabel, Kupferkoaxialkabel und Glasfaserkabel. "Koaxial" ("um die gleiche Achse")-Kupferkabel bestehen aus einem Innenleiter, einer Isolierschicht und einem abgeschirmten Metallgeflecht. Sie eignen sich für Hochfrequenz-, also breitbandige Übertragungen. Beim Glasfaserkabel erfolgt die Übertragung durch Lichtimpulse.

ISDN: (engl. Integrated Services Digital Network) Dienste-integrierendes Fernmeldenetz, ein neues Verbundnetz auf digitaler Vermittlungsbasis, das sowohl Sprach- als auch Datenkommunikation ermöglicht. Die Übertragungsgeschwindigkeit beim Endgerät beträgt zunächst 64 Kbit/s.

BIGFON: (Breitbandig integriertes Glasfaser-Fernmeldeortsnetz) Versuchsprojekt in sieben Städten, die Vorbereitung für den Übergang vom ISDN zum IFBN (Integriertes Breitband-Fernmeldenetz).

sehen usw.) die Kommunikationskosten der Konzerne finanzieren.

Alle Infrastruktureinrichtungen erfordern Normen, die Spurbreiten bei der Eisenbahn, die Rohrabmessungen bei der Kanalisation usw. Was also die sog. DIN-Norm ("Made in Germany") für die Vormachtstellung des deutschen Kapitals im Maschinenbau bewirkt hat, soll heute mit der – allerdings internationalen – CCITT-Norm in der Kommunikationstechnik erreicht werden. Sowohl das geplante ISDN-Netz wie das westdeutsche Bildschirmtextsystem entsprechen diesen Normen. Durch die Forcierung der "Kabelpläne" der Post konnten die westdeutschen Elektrokonzerne als erste marktreife Endgeräte für die neuen Telefon- und Datenverbundnetze anbieten. Deshalb verkündete der Siemens-Konzern zur Hannover-Messe, daß er nach AT&T und ITT der drittgrößte Weltkonzern der Kommunikationstechnik ist und weitere

Umsatzsteigerungen über die 50 Mrd.-Grenze im nächsten Jahr realisieren werde.

Während die bürgerliche Presse mit konservativ-kulturkritischem Einschlag über "Neue Medien" diskutiert – ob z.B. Fernsehen gut oder schlecht für die Familie ist –, diente die Hannover-Messe und ihre Presseauswertung der Bundespost und den westdeutschen Elektrokonzernen zu einer Zwischenbilanz in drei Punkten:

1. Die Post wird die Einrichtung des integrierten Daten- und Telefonnetzes ISDN forcieren und beginnt bereits dieses Jahr (nicht erst 1986) mit den ersten Pilotprojekten in Stuttgart und Mannheim. Ansonsten liefe alles planmäßig, Flächenanschlüsse um 1990.

2. Die westdeutschen Elektrokonzerne präsentierten die ersten marktreifen Endgeräte für die gleichzeitige Übertragung von Sprache, Text, Bild

und sonstigen Daten nach ISDN-Norm, wie HICOM, Digifon usw.

3. Schwarz-Schilling gab die Einrichtung des Videokonferenz-Dienstes durch die Bundespost bekannt und damit den Einstieg in die nächste Ausbaustufe: das Breitband-Verteilnetz (s. Kasten). Schwarz-Schilling: "Deshalb werden auch die Verbindungen zu Videokonferenz-Räumen in Berlin/West über den Satelliten Telecom I geführt. Mit dem Ausbau des Glasfaser-Overlaynetzes (breitmaschiges Netz, d.V.), der 1986 beginnen soll, besteht die Möglichkeit, das Videokonferenz-Versuchsnetz und seine technischen Einrichtungen in dieses Glasfasernetz zu übernehmen."

Quellenhinweise: Rolf Kubicek, Mikropolis: mit Computernetzen in die "Informationsgesellschaft". K.H. Neumann, Gebührenpolitik im Kommunikationsbereich. Pressemitteilung des Postministeriums vom 18.4.85. – (chc)

EG-Polizeikooperation

IMPERIALISTISCHE BEMÜHUNGEN UM DEN AUFBAU EINES EG-WEITEN UNTERDRÜCKUNGSAPPARATS

Ein Gespenst geht um in Westeuropa: der "Euro-Terrorismus". Die, die es beschwören, brauchen dieses Gespenst, das, obwohl lebendiger als das Ungeheuer von Loch Ness, vor allem als Vorwand für die Bourgeoisie und ihre Polizeistrategen dient, um den Aufbau einer einheitlichen EG-Gesetzgebung und entsprechender EG-weit tätiger Verfolgungsorgane vorantreiben zu können. Ein weit handfester Grund als die Attentate und Bombenanschläge der letzten Monate ist die sozial und politisch instabile Lage in den neuen EG-Mitgliedstaaten Spanien und Portugal. Die Möglichkeit weiterer Zuspitzungen läßt es Westeuropas Kapitalisten geraten erscheinen, neue Wege für den internationalen Klassenkampf gegen die Lohnabhängigen und gegen jede Art politischer Opposition in der EG zu öffnen.

Für den inzwischen sicheren EG-Beitritt Spaniens war es eine wichtige Voraussetzung, daß sich im Dezember 1983 die Regierungen Spaniens und Frankreichs über die Auslieferung von ETA-Mitgliedern von Frankreich nach Spanien einigen konnten. Frankreich, das inzwischen mehrmals ETA-Mitglieder ausgeliefert hat, brach damit mit seiner – gemessen am EG-Standard – verhältnismäßig liberaleren Handhabung des Asylrechts politisch Verfolgter. Dennoch sah Frankreich sich im Februar 1985 Attacken aus der BRD und Italien ausgesetzt, "ein Refugium für den internationalen Terrorismus" darzustellen, weil es "durch die Verweigerung der Auslieferung Exilterroristen praktisch ein De-facto-Asyl" gewähre. Als "noble Geste" an den Staatsgast Craxi leitete Frankreichs Justiz dann im Februar gleich mehrere Auslieferungsverfahren gegen angebliche Mitglieder der Roten Brigaden ein.

Eine weit intensivere Zusammenarbeit ist zwischen der westdeutschen und der französischen Polizei anvisiert. Dieser Prozeß wurde entgegen landläufiger Meinung nicht nach den tödlichen Anschlägen auf General Audran in Paris und MTU-Chef Zimmermann in München, sondern bereits im Juli 1984 mit dem Abkommen über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an der französisch-westdeutschen Grenze eingeleitet. Kernpunkte des Abkommens:

- grundsätzliche Kontrollen aller Angehörigen von Nicht-EG-Staaten;
- Kontrolle von Reisenden aus den EG-Staaten nach Auffälligkeiten, "nach der Sicherheitslage angepaßten Fahndungsschwerpunkten" und stichprobenweise. Die anfangs recht zahlreichen Proteste gegen dieses Verfah-

ren sind zwischenzeitlich verstummt, denn die Erfahrungen des Jahres 1984 haben eine erheblich größere Zahl von Festnahmen und Verhaftungen an den Grenzen gezeigt. Dafür ist weniger ein Wandel des Berufsbildes vom Kontrollbeamten zum "Grenzdetektiv" als vielmehr eine Ausdehnung aller Möglichkeiten der Sachfahndung verantwortlich.

Im Oktober 1984 wurden auf dem französisch-westdeutschen Regierungsgipfel weitere "Ausgleichsmaßnahmen" vereinbart:

- Im Fahndungsbereich soll mit dem Ziel der Verlagerung der Fah-

- Der Informationsaustausch von bedeutsamen Nachrichten "für die Verbrechensbekämpfung präventiver und repressiver Art" soll verbessert werden.

Als dritter Schritt soll bis Ende 1986 eine Rechtsangleichung insbesondere im Ausländerrecht, im Betäubungsmittelrecht und im Recht des Waffenverkehrs erarbeitet werden.

Ein schnelleres Schritt-Tempo wurde im Februar dieses Jahres eingeschlagen, als sich die BRD und Frankreich auf eine "Einheitsfront gegen den Terrorismus" einigten und eine bilaterale "Einsatzgruppe" schufen, die die gemeinsame Fahndung verbessern soll und so zum Prototyp der angestrebten "Fahndungsunion" werden könnte.

Die für die "innere Sicherheit" zuständigen Politiker der BRD streben noch weit mehr an: Sie wollen die Bil-



Wenn es nach dem Willen der BRD geht, bald auch EG-weit im Einsatz: GSG-9

dungskontrollen an die Außengrenzen eine Bestandsaufnahme über die gesamten, gegenwärtig in jedem der beiden Staaten verwendeten Polizeidaten erstellt werden, um die Harmonisierung der bestehenden Systeme voranzutreiben.

- Im Bereich der Personenfahndung soll geprüft werden, ob die Justiz Ausschreibungen zur Festnahme im nationalen Bereich grundsätzlich auf den Nachbarstaat ausdehnen kann.

- Eine Erleichterung des Auslieferungsverkehrs zwischen den beiden Staaten wird derzeit geprüft.

Hier hat die BRD nicht zuletzt die Unterstützung des Europa-Parlaments, das 1982 forderte, den "Begriff des politischen Tatmotivs oder des politischen Delikts in den Rechtsvorschriften über die Auslieferung innerhalb der Gemeinschaftsgrenzen" zu verbannen.

eines "Europäischen Kriminalpolizeiamtes". Einige institutionelle Voraussetzungen dafür sind bereits geschaffen, andere geplant. So existieren die EG-Arbeitsgemeinschaft TREVI (Terrorismus, Radikalismus, Extremismus, Gewalt, International) der Innenminister und hoher Polizeifunktionäre, die EG-interne Datenbank TRAVI (Informationsnetz Terrorismus, Radikalismus und internationale Gewalt) mit Zentralsitz in der BRD, der für "Terrorismus"-Fragen zuständige "Wiener Club" (BRD, Italien, Frankreich, Österreich und die Schweiz), die aus 14 westeuropäischen Ländern bestehende "Pompidou-Gruppe" zur Rauschgift-Bekämpfung. Soweit sie die BRD betreffen, bestehen darüber hinaus verschiedene Möglichkeiten der EDV-unterstützten internationalen Zusammenarbeit. Zwischen der BRD und Belgien und der

BRD und Italien sind in beiden Richtungen Fernabfragen von Sachfahndungsbeständen realisiert; einseitig können zusätzlich auf das westdeutsche System zurückgegriffen: Großbritannien, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Spanien, Italien, Jugoslawien, Österreich, Niederlande und Schweden; für Teilsektoren besteht zwischen der BRD und Österreich ein Austausch von Datenbeständen; mit Schweden und der Schweiz werden Fahndungsdaten im Kfz-Bereich abgeglichen, und mit Italien ist eine Kommunikationsbeziehung über den Austausch personenbezogener Daten hergestellt worden. Der nächste multilaterale Schritt könnte die Einrichtung eines Regionalbüros Europa von Interpol sein.

Realismus trotz dieser hochfliegenden Pläne beweist der Präsident des Bundeskriminalamtes Boge, wenn er darauf setzt, "vielleicht zunächst nur auf bilateraler Basis Planungen in Angriff (zu) nehmen, um sukzessive eine leistungsfähige europäische Institution oder Polizei mit Aufgaben der Nachrichtensammlung und -auswertung, Planungs- und Koordinationsbefugnissen und vielleicht einmal der Ermittlungssteuerung bei schwerwiegenden internationalen Delikten zu schaffen." Neben den im französisch-westdeutschen Abkommen geplanten Schritten fordert Boge das Recht des Polizeieinsatzes auf fremdem Staatsgebiet, die Einführung "einheitlicher, möglicherweise fälschungssicherer Ausweise (und die) Abstimmung von Einsatztaktiken". Diesem letzten Punkt dient u.a. der länderübergreifende Austausch von Polizisten im Rahmen der Aus- und Fortbildung und regelmäßige Tagungen der Leiter der Polizeiführungsakademien der EG-Staaten.

Schwerer noch als auf dem Sektor der Rüstungsk Kooperation läßt sich für die Politik der "Inneren Sicherheit" auf EG-Ebene und den dabei bereits erreichten Grad zwischenstaatlicher Kooperation ein Fazit ziehen, da wir es hier mit einem Bereich zu tun haben, der großer Geheimhaltung unterliegt und in dem vieles ad hoc und ohne institutionelle Absicherungen geschieht. Nach dem Augenschein ist die multinationale praktische Koordination bei der "Inneren Sicherheit" um einiges geringer als bei der Militärpolitik.

Quellenhinweis: Kriminalistik 1/85, 2/85; Die Polizei 12/80; Neue Zürcher Zeitung 9., 14., 18. und 24.2. 1985; Süddeutsche Zeitung 6.2 und 13.2. 1985; Frankfurter Rundschau 1.3. 1985; Dokumentation zum Verfahren gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar vor dem Oberlandesgericht Stuttgart, Einstellungsantrag der Verteidigung vom 13.12.1984; Bericht über den europäischen Rechtsraum, Europa-Parlament-Drucksache 1-318/82 vom 14.6.1982— (fo/KB)

Krankenversicherung/"Kostendämpfung"

BLÜM VOLLENDET EHRENBURG-PROGRAMM WAS KÖNNTE DIE OPPOSITION DAGEGEN TUN?

Eine staatstragende Koalition verschiedener politischer Kräfte ist sich einig: Die Kostensteigerung im Gesundheitswesen dürfe nicht weiter gehen, nochmalige Beitragserhöhungen bei der Mehrzahl der Krankenkassen, wie zu Beginn dieses Jahres, müßten unbedingt verhindert werden. Die Deutsche Bundesbank etwa forderte in ihrem Januarbericht, "den erneuten Ausgabenanstieg in der gesetzlichen Krankenversicherung einzudämmen". Im Ministerium Blüm laufen die Vorbereitungen für gesetzliche Maßnahmen zur "Kostendämpfung". Von der SPD und den Gewerkschaften ist die Forderung zu hören, endlich die Ärzteeinkommen zu senken und die Profite der Pharma-Konzerne zu beschneiden. Über die tatsächlichen Gründe, warum die Ausgaben für die Gesundheitserhaltung der Lohnabhängigen im letzten Jahr erneut so stark gestiegen sind, ist allerdings so gut wie gar nichts zu hören.

Auch wenn uns genauere statistische Angaben über die Entwicklung der Ausgaben der Krankenkassen für verschiedene Behandlungen, Krankheitsarten und Einkommensbezieher fehlen, so gibt es doch einige Anhaltspunkte, warum die Ausgaben gestiegen sind.

Die Aufwendungen waren höher, obwohl die Zahl der Versicherten sank, die Ärzte weniger Krankenscheine abgerechnet haben und die Zahl der Krankmeldungen so niedrig war, wie lange nicht mehr. Gestiegen sind also die Kosten je einzelner Krankheitsfall. Das mag verschiedene Gründe haben, hängt aber, wie im folgenden dargelegt, mit der ungeheuren Verschärfung des Ausleseprozesses der

Kapitalisten zusammen, die Arbeitskräfte, die häufiger krank sind, aus den Betrieben befördern.

Das führt dazu, daß keiner, der Beschäftigung hat, es sich leisten kann, krank zu sein. Er wird vom Arzt verlangen, daß dieser Gesundheitsbeschwerden und Leistungsbeeinträchtigungen möglichst rasch und so beseitigt, daß keine oder nur kurze Arbeitsunfähigkeit eintritt. Statt bei Grippe ein, zwei Wochen Bettruhe soll der Arzt Medikamente verordnen, die einen wenigstens bis zum Wochenende aushalten lassen— solche Medikamente aber sind teuer.

Festzustellen ist aber auch eine Zunahme schwerer Verschleißerscheinungen; die Inanspruchnahme von Fachärzten, ablesbar an der höheren Zahl von Überweisungen zu und zwischen den Spezialärzten, spricht deutlich dafür. Diese rasche, innerhalb von ein bis zwei Jahren deutlich bemerkbare Steigerung von langwierigen, schwer behandelbaren Krankheiten rührt sicherlich zu einem guten Teil daher, daß viele gezwungen sind, Krankmeldungen, die oft auch eine mehrtägige Erholungspause von Erschöpfung sind, zu vermeiden, weil sie der Kapitalist sonst entläßt. Ebenfalls zu einer Verschleppung von Krankheiten hat die Einführung einer Liste von "Bagatellmedikamenten" geführt. Wenn schon zu erwarten ist, daß man die Arznei selbst bezahlen muß, unterbleibt der Arztbesuch und eine vielleicht schwerwiegendere Erkrankung bleibt unentdeckt.

Von besonderer Niedertracht ist die in der bürgerlichen Öffentlichkeit geführte Diskussion über die Kosten für die Pflege alter und siecher Men-



Konservativ-liberale Absichten: "Krankenkassen nur als Grundsicherung + Selbstbeteiligung". Die Verkürzung der Lebenserwartung von Rentnern ist einkalkuliert.

DOKUMENTIERT: GEWERKSCHAFTEN ZUR "KOSTENDÄMPFUNG"

DGB sieht "Wirtschaftlichkeitsreserven"

"Nach Auffassung des DGB liegen erhebliche und auch kurzfristig ausschöpfbare Wirtschaftlichkeitsreserven bei der Arzneimitteltherapie und den zahnärztlichen Leistungen. Durch die zügige Weiterentwicklung der Preisvergleichsliste zu einer verbindlichen Empfehlungsliste für die Arzneimittelverordnungen und durch eine Absenkung der weit überbewerteten Gebühren bei Zahnersatz und Kieferorthopädischer Behandlung seien Einsparungen in Milliardenhöhe möglich, ohne daß die Qualität der Versorgung negativ berührt werde. Da die Selbstverwaltung der Krankenversicherung das nicht allein schaffen könne, müsse der Bundesarbeitsminister ... eingreifen, ansonsten seien die nächsten gravierenden Beitragserhöhungen zum Januar 1986 nicht mehr aufzuhalten. 'Die Krankenkassen brauchen vom Gesetzgeber dringend Kompetenzen, damit sie im Interesse der Versicherten und Patienten Strukturen im Gesundheitswesen gestalten und ihre Ausgaben beeinflussen können', erklärte der Sprecher des DGB in der Konzertierte Aktion." (DGB-Nachrichtendienst, 27.3.85)

IGM: "Kurpfuscherei"

"Krankheit wird immer teurer. Die Krankenkassen schlagen Alarm, ihnen laufen die Kosten davon. Im letzten Jahr nahmen sie drei Milliarden Mark weniger ein als sie ausgeben mußten. An eine Dämpfung der Kosten ist auch in diesem Jahr nicht zu denken, im Gegenteil: Die Ausgaben steigen und steigen. Arbeitsminister Blüm steht dieser Entwicklung hilflos gegenüber ... Blüm konnte sich weder gegenüber den Ärzten noch der Pharma-Industrie durchsetzen ... Das wirksamste Mittel gegen die Preistreiberei der Pharma-Konzerne wäre freilich, die Arzneimittelpreise staatlich zu kontrollieren, was selbst die CDU-Sozialausschüsse wagen zu erwägen. Doch Preiskontrollen oder gar Preisbegrenzungen ... lehnt Blüm strikt ab. Da hat er vor der Ärzte- und Zahnärzterpartei FDP schon kapituliert, bevor es zum Kampf kommt ... Der Arbeitsminister erkannte zwar, daß es 'Verteilungskämpfe im Gesundheitswesen' gibt, doch versagte er bisher restlos, diese Interessensauseinandersetzung zu bändigen, was seines Amtes und seine politische Aufgabe wäre."

Metall Nr. 7/85, 4. April 1985

ÖTV: "Strukturen verändern"

"Seit 1977 wurde die Kostendämpfung fast ausschließlich auf dem Rücken der Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung und der im Gesundheitswesen Beschäftigten betrieben."

All dies wird mit der gestiegenen 'Begehrlichkeit' der Versicherten und der ungesunden Lebensweise begründet. An die eigentlichen Kostenverursacher, besonders im privaten Leistungsanbieterbereich, wie Ärzte, Zahnärzte, Arzneimittelindustrie und Zahntechniker, die sich auch unter dem Zeichen der Kostendämpfung überdurchschnittliche Steigerungsraten zugebilligt haben, wagt sich bisher niemand entscheidend heran ...

Unter Berücksichtigung des Zwanges zur Kostendämpfung sollten folgende Schwerpunkte gebildet werden:

Gesundheitspolitik machen

- * Die Selbstverwaltungen der gesetzlichen Krankenversicherung sollten sich künftig ihrer gesundheitspolitischen Aufgabe wieder stärker widmen und der Vorsorge, Prävention und Früherkennung sowie der Gesundheitsberatung und -erziehung wieder größeren Stellenwert einräumen ...

- * Der Anteil der medizinisch-technischen Leistungen an der kassenärztlichen Gesamtvergütung muß auf ein vertretbares Maß zurückgeführt werden. Wer beim niedergelassenen Arzt mehr menschliche Zuwendung und Humanität will, muß den Beratungen, Untersuchungen und den Hausbesuchen des Arztes wieder einen höheren Stellenwert einräumen. Das kann nur zu Lasten der medizinischen Technik geschehen, ohne daß dies zu Qualitätsverlusten im Gesundheitswesen führen muß. Mit einer vernünftigen Planung und den Einsatz von Investitionen im ambulanten Betrieb ist das zu erreichen. Es ist auch fraglich, ob es richtig und sinnvoll ist, die 'Ärzteschwemme' der nächsten zehn bis zwanzig Jahre durch Zulassungsbeschränkungen zu mildern. Wer so denkt, unterstellt, daß alle Ärzte künftig wieder nur im freipraktizierenden Bereich und zu den gleichen Einkommenschancen tätig werden ...

- * Im Arzneimittelbereich sollte die Zahl der Arzneimittel mit gleichen Wirkstoffen drastisch reduziert werden ...

- * Fehlinvestitionen und Doppeluntersuchungen müssen künftig vermieden werden. Die Investitionen im Gesundheitsbereich haben einen derartigen Umfang angenommen, daß steuernde Planung notwendig wird ...

Investitionen abstimmen

- * Die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Landesverbände der Ärz-

te sollten endlich den Mut haben, je nach Facharztdisziplin festzulegen, welche Investitionen sinnvoll in einer Praxis getätigt werden und welche Investitionen gemeinschaftlich genutzt werden. Medizinisch-technische Großgeräte sollten sowohl für den stationären als auch für den ambulanten Bereich gemeinschaftlich angeschafft und genutzt werden ...

- * Wer die Struktur des Gesundheitswesens verändern will, kommt um eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Krankenhaus und ambulantem Sektor nicht herum ... Es ist erforderlich, im Krankenhaus vorstationäre Diagnostik und nachstationäre Behandlung einzuführen ... Sollten in einer Region im Akutkrankenhausbereich Betten überflüssig werden, kann die Lösung nicht darin bestehen, die mit erheblichen Steuermitteln finanzierten Betten abzubauen und das hochqualifizierte Personal zu entlassen, sondern es müssen alle Wege der Umwidmung von Krankenhausabteilungen in Nachsorge- und Pflegeabteilungen benutzt werden ... Eine gemeinsame Selbstverwaltung von Krankenträgern, Kostenträgern und Beschäftigten des Krankenhauses sollte Fragen der Planung, der Kosten, Wirtschaftlichkeit und der Qualität partnerschaftlich lösen. Die Krankenhausplanung hat sich nach dem regionalen Bedarf und nicht nach dem belegten Bett allein zu richten.

- * Im Bereich der zahnärztlichen Versorgung sind in den letzten Jahren Ausgaben und Anteile der technischen Leistungen und der Laborleistungen überproportional gestiegen. Für die 32 Zähne des Menschen wird heute fast soviel ausgegeben wie für die gesamte ambulante Behandlung beim Arzt ohne Verordnungen ... Der übertriebene Laboraufwand ist zu reduzieren.

Es bleibt festzustellen, daß alle gesetzgeberischen Initiativen zur Kostendämpfung nicht zu den von der Gewerkschaft ÖTV geforderten Strukturereformen geführt haben. Die sind aber seit langem überfällig ... Erschwert werden derartige Reformen dadurch, daß im Gesundheitswesen eine weitgehend privat orientierte Angebotsseite der Nachfrageseite gegenübersteht. Die Leistungsanbieter verfügen über einen hohen Grad an Autonomie bei der Bestimmung von Qualität, Umfang und Vergütung der angebotenen Leistungen. Die Krankenkassen werden durch das Übergewicht der Leistungsanbieter und die eigene organisatorische Zersplitterung in der Tendenz zu aktionsunfähigen Verwaltungen der Mitgliedsbeiträge ... Wolfgang Kern, Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft ÖTV, sozial- und gesundheitsreport 1/85

schen. Da wird erörtert, ob dieser Kostenfaktor noch länger dem "aktiven" Beitragszahler zuzumuten sei (damit ist allein der Geldsäckel der Kapitalisten gemeint, in deren Lohnkosten die Versicherungsbeiträge eingehen) oder ob ein solcher Mensch noch weiter die Kommunalfinanzen als Sozialhilfefall belasten dürfe, aber kein Wort darüber, warum die Gesundheit eines Arbeiters oder gewöhnlichen Angestellten schon oft vor dem 65. Lebensjahr so ruiniert ist, daß andauernde Behandlung und Pflege nötig sind!

Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß man die "Kostenexplosion" auch anders herum betrachten kann: Nämlich nicht die Ausgaben waren zu hoch, sondern die Einnahmen der Kassen zu gering, weil erstens die Zahl der beitragszahlenden Beschäftigten geringer wurde und zweitens die Lohnerhöhungen im vergangenen Jahr äußerst niedrig waren.

*

Welche Folgen für die Lohnabhängigen hätten nun die Vorschläge, die von den verschiedenen politischen Kräften zur "Kostendämpfung" gemacht werden?

Die Kapitalistenverbände, die FDP und die Union streben eine weitere Einschränkung der Versicherungsleistungen an (als Stichworte: Krankenversicherung nur als "Grundsicherung", "Selbstbeteiligung" des Versicherten an den Kosten). Der Selektionsprozeß, mit dem die Kapitalisten eine Verlesung der Arbeitskraft nach Höchstleistungsfähigkeit und geringsten Ausfallquoten in den Betrieben durchführen, würde noch mehr verschärft, wenn sich eine große Zahl von Lohnabhängigen hohe Aufwendungen zur Gesunderhaltung der Arbeitskraft nicht mehr leisten kann. Das Wegsterben alter, gesundheitlich verbrauchter Menschen, das durch die beabsichtigten wie auch durch die bereits durchgeführten "Kostendämpfungen" befördert wird, haben die Reaktionäre planvoll einkalkuliert und ergänzt entsprechende Absichten ihrer "Rentenreform".

Die Sozialdemokratie — und man muß leider feststellen, daß ihre Ansicht hierzu in den Gewerkschaften kritiklos übernommen wird (s. nebenstehende Dokumentation) — bildet gegenüber den Regierungsabsichten keine Opposition. Bekanntlich begann die "Kostendämpfung" im Gesundheitswesen 1977 unter dem SPD-Minister Ehrenberg. Vielleicht erklärt das, warum die Äußerungen von sozialdemokratischer Seite zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen eher wie eine demagogische Ergänzung der Blümschen Absichten klingen. Die Polemik gegen die Ärzte, die angeblich, um ihr Einkommen zu steigern, unnötig teure Behandlungen durchführen, führt am Ende bloß dazu, daß die Behandlung für die Kassenpatienten schlechter wird, so wie die Polemik

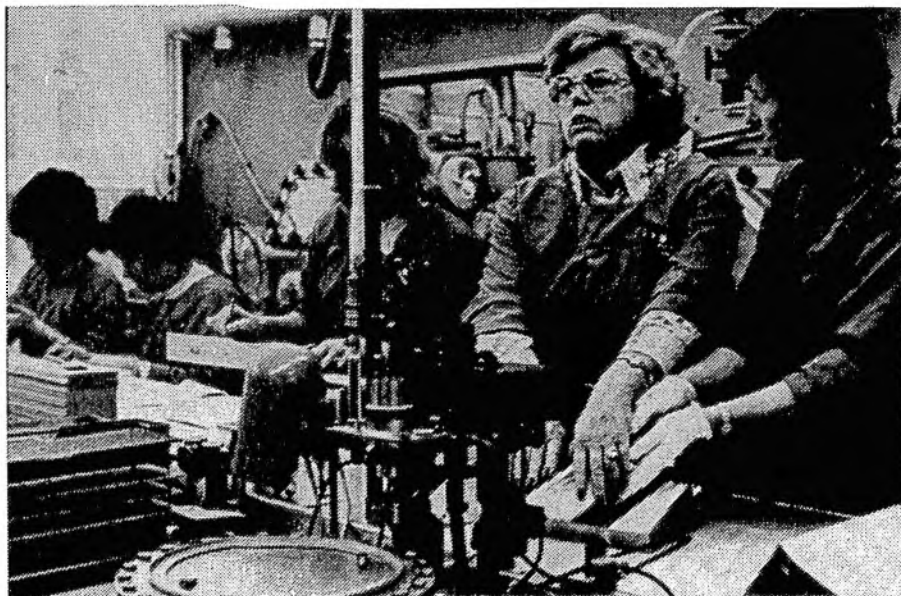
gegen die Pharma-Konzerne damit endet, daß wirksame, aber teure Medikamente dem vorbehalten bleiben, der sie sich leisten kann.

Die Front von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite gegen die Einkommen der Ärzte ist in mehrfacher Hinsicht höchst unerfreulich. Statt den Widerstand von Ärzten gegen die "Kostendämpfung", d.h. im Grunde gegen die schlechtere Behandlung armer Patienten, zu unterstützen und zu fördern, treibt diese Politik die Ärzte in die Arme der FDP und der Union, die ihnen Einkommenssicherung gerade durch Maßnahmen zur "Kostendämpfung" verspricht, wie z.B. die Begrenzung der Neuzulassung von Ärzten. Schließlich mag bei aller Aufregung über die Ärzte- und Zahnärzteinkommen am Ende noch rauskommen, daß die Reaktionäre vorschlagen, zur Senkung der Kosten für

bezahlten Tätigkeiten häufiger sind.

Eine Front gegen die Blümsche "Kostendämpfung", die für arme Leute die Krankheit zum finanziellen und letztlich, zumindest im Alter, zum Lebensrisiko macht, kann aber bloß zustande kommen, wenn auf die Ursachen und die Verursacher der gestiegenen Krankheitskosten hingewiesen wird. Dann klärt sich auch die Frage mit den Kosten.

Für die Opposition gegen Blüms "Kostendämpfung" ist es wirklich ganz schlecht, daß in keiner einzigen gewerkschaftlichen Stellungnahme etwas davon steht, warum die Leute krank sind und warum sie zunehmend so krank sind, daß hohe Aufwendungen entstehen, damit sie wieder gesund werden oder wenigstens am Leben bleiben. Steht fest, daß die Kapitalisten schuld an der zunehmenden gesundheitlichen Ruinierung der lohnab-



Leider in keiner gewerkschaftlichen Stellungnahme zu finden: Die immer brutalere Vernutzung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten ist der Grund für die steigenden Krankenversicherungskosten.

Arztpraxen sich an den Löhnen des dort beschäftigten Personals schadlos zu halten.

*

Auf welche Punkte sollte die Opposition gegen die beabsichtigte Zerstörung der Krankenversicherung wert legen?

Verschiedene Forderungen sind denkbar, die dazu führen, daß den Krankenversicherungen ausreichend Mittel zur Verfügung stünden, um allen Versicherten eine gute ärztliche Versorgung zu garantieren: allgemeine Beitragserhöhungen, Abschaffung oder deutliche Anhebung der Versicherungspflichtgrenzen. Die zu niedrige Versicherungsgrenze treibt die besser verdienenden Angestellten zu den Privatversicherungen, so daß die gesetzlichen Kassen nicht nur Beitragsausfälle haben, sondern auch noch die Versicherten mit höherem Risiko, da Krankheiten bei schlecht

hängigen Bevölkerung sind, dann steht eben auch fest, daß sie die daraus folgenden Kosten abdecken müssen.

Schließlich: Warum fordern sowohl die Gewerkschaft ÖTV als auch die IG Metall stärkere Staatseingriffe in die Krankenversicherungen, obwohl anderslautende Beschlüsse von Gewerkschaftstagen vorliegen, die die Selbstverwaltung der Kassen zur ausschließlichen Angelegenheit der Versicherten erklären? Die Stärkung der Staatsaufsicht in den Versicherungen führt dazu, daß sich Blüm mit seiner Absicht durchsetzen kann, die Kapitalisten von Lohn- und Versicherungskosten zu befreien. Man sollte an der Forderung nach Selbstverwaltung der Versicherungskassen ausschließlich durch die Versicherten festhalten. Quellenhinweis: metall, 3, 4, 7/85; Der Gewerkschafter 1/85; ötv-magazin, 1/85; Beschlüsse des 10. Gewerkschaftstages der ÖTV — (alk)

Brasilien

BAUERN UND LANDARBEITER GEGEN GROSSGRUNDBESITZ UND REGIERUNG

Ende 1984 schilderte die brasilianische Presse Fälle von "Sklaverei". Ein forstwirtschaftlicher Kapitalist hält 600 Menschen 15 km von der Autobahn Sao Paulo/Rio de Janeiro entfernt in sklavenähnlichen Verhältnissen. Sie müssen auf seiner Eukalyptusplantage Holz schlagen, den Kubikmeter für 1,40 DM. Wenige erreichen den gesetzlichen Mindestlohn von ca. 120 DM/Monat. Der "Patron" verweigert über Wochen die Bezahlung. Die Arbeiter müssen die übersteuerten Lebensmittel im firmeneigenen Geschäft auf Kredit kaufen und sind auf Monate verschuldet. Im Arbeiterdorf des Kapitalisten gibt es kein Leitungswasser, keinen elektrischen Strom und keinerlei sanitäre Einrichtungen. Werden die Eltern krank oder verdienen zu wenig, müssen achtjährige Kinder mitarbeiten. Dies ist kein Einzelfall, sondern er charakterisiert die Lebenslage von Millionen brasilianischer Arbeiter. 1/3 der städtischen und 3/4 der ländlichen Bevölkerung leben unter der ohnehin niedrigen regierungsamtlichen Armutsgrenze.

Die neue Regierung unter J. Sarney verspricht, die von T. Neves angekündigte Agrarreform durchzuführen. Obgleich weder er noch Neves konkreteres äußerten, die Forderungen der ca. 300000 Indianer nach Schutz ihrer Stammesgebiete, die der ca. 3 Mio. kleinen Bauern nach staatlicher Unterstützung, nach verbilligten Krediten und höheren Preisen, die der ca. 4 Mio. landlosen Bauern und der 8 Mio. Landarbeiter nach Land, höheren Löhnen, Sozialversicherungen usw. zu erfüllen, hat die Regierung nicht vor. Vielmehr ist beabsichtigt, die bisherige Agrarpolitik mit der Subventionierung der exportorientierten Landwirtschaft des Großgrundbesitzes fortzusetzen. Für einige tausend Bauern werden Landtitel in unfruchtbaren Gegenden verteilt.

Brasilien gehört mit fast 10 Mrd. US-\$ zu den größten Agrexportländern. Die imperialistischen Länder beziehen dort Ölprodukte, Gemüse- und Obstkonserven, Fruchtsäfte, Fleisch, Tabak, Kakao, Kaffee und Gewürze. Hingegen stagniert die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln bzw. sinkt in Brasilien: Bei Maniok von 24,9 Mio. t 1979 auf 21,7 Mio. t, bei Reis von 7,6 auf 7,8 Mio. t, bei Weizen von 2,9 auf 2,3 Mio. t und bei Kartoffeln von 2,1 auf 1,8 Mio. t. Für 1 Mrd. US-\$ mußten 1984 landwirtschaftliche Produkte, darunter für fast 0,9 Mrd. US-\$ Weizen, importiert werden.

Seit 1920 ist die Anzahl der landwirtschaftlichen "Betriebe" und Anbauflächen stetig gestiegen, von

650000 auf über 5 Mio. bzw. von 175 Mio. ha auf 340 Mio. ha. Landreformen in den 30er und 50er Jahren verhinderten nicht die Landkonzentration. Nach 1964 vertrieben Militärs und Großgrundbesitzer mehrere zehntausend Kleinbauern. Ein Teil zog in die Städte, ein anderer in die "Pionier"gebiete des Nordens. Versuche, sich Land zu nehmen, scheiterten hunderttausendfach. Diese historischen Erfahrungen schlagen sich in den Aktionen der Landarbeiter und der Bauern nieder.

1 % der landwirtschaftlichen Betriebe, Latifundien über 1000 ha, besitzen fast 50 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die 266 größten Großgrundbesitzer haben sich ein Gebiet von 3500000 ha, soviel wie 2 Mio. Kleinbauern besitzen, angeeignet. Die Militärs förderten diese Entwicklung. Die Oberste Behörde zur Entwicklung Amazoniens (SUDAM) subventionierte z.B. bis 1977 336 landwirtschaftliche Projekte, darunter die Rinderfarm Cristalino von VW do Brasil. Von den Gesamtkosten in Höhe von 7 Mrd. Cr.\$ (ca. 1 Mrd. DM)

dianer auf leitende Posten ernannt und sich geweigert, die Unternehmungen von Minengesellschaften in indianischen Stammesgebieten zu erlauben. Ebenfalls im letzten Jahr führten die Indianer erstmals einen nationalen Kongreß durch.

Seit Mitte 1983 kämpfen kleine und mittlere Bauern für die Erhöhung der staatlichen Einkaufspreise. Die Sojapflanzer der Bundesstaaten Parana und Rio Grande do Sul errichteten Straßenblockaden. Im Juli 1984 forderten die Reisbauern von Rio Grande do Sul die Preiserhöhung für den 50 kg-Sack auf 8,70 US-\$, die Regierung bewilligte schließlich 6,70 US-\$. Im November verlangten die Bauern der Bundesstaaten Goias und Mato Grosso ein dreijähriges Moratorium mit der Staatsbank. Neben billigeren Krediten sind ihre Forderungen: Staatliche Subventionen und höhere Preise. Die Bauern führten die ersten größeren Aktionen seit 1960 durch.

Im Nordosten Brasiliens kam es im Laufe des letzten Jahres zu Aufständen, Rebellionen und Plünderungen von Lebensmittelgeschäften, einige Polizeistationen wurden gestürmt. Die Regierung setzte Militär ein. Infolge einer fünfjährigen Trockenheit lebten 23 der 36 Mio. Menschen im größten Elend, 2,5 Mio. starben. Mit einem 2 Mrd. DM-Notprogramm wurden u.a. Arbeitsbeschaffungsmaßnah-



Arbeiter auf einer Zuckerrohrplantage

wurden 70 % aus Steuergeldern aufgebracht.

Millionen von ha Wald raubten Großgrundbesitzer und imperialistische Konzerne den Indianerstämmen im Norden. Diese verteidigten ihr Land: Im September 1984 überfielen sie eine Gruppe von Landvermessern und töteten zwei von ihnen. Kurz zuvor tötete ein anderer Stamm einen Erdölsucher und einen Behördenangestellten. Der Präsident der brasilianischen Indianerbehörde, FUNAI, wurde Ende 1984 nach nur vier Monaten Amtszeit entlassen. Er hatte zwei In-

men durchgeführt. Arbeiter mußten für weniger als die Hälfte des Mindestlohnes z.B. Brunnen für Großgrundbesitzer graben oder Dämme für die erwarteten Regenfälle aufwerfen. Durch verschiedene Großprojekte, z.B. der Tucuruí-Stausee mit einer Fläche von 2000 qkm, wurden Zehntausende von Kleinbauern und Indianer vertrieben. Beim Carajas-Minenprojekt setzte die zur Errichtung einer 800 km langen und 200 m breiten Überlandleitung beauftragte Firma das Entlaubungsmittel Tordon 55 (dieselben Wirkstoffe wie "Agent oran-

ge") ein. 42 Menschen starben sofort, große Viehbestände und Felder wurden vernichtet.

In den letzten drei Jahren starben bei Auseinandersetzungen um Landrechte etwa 500 Menschen, zumeist Landarbeiter, Bauern und Gewerkschaftsfunktionäre, erklärte das Nationale Komitee der Landarbeiter auf dem ersten landesweiten Treffen der landlosen Bauern Ende Januar. Die Landarbeiter forderten die Regierung Neves auf, den Vorwürfen nachzugehen und die Landreform zu einem Hauptanliegen seiner Regierung zu machen. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad unter den Landarbeitern ist gestiegen. Der Dachverband der Landarbeitergewerkschaften CONTAG gibt seine Mitgliederzahl mit ca. 6 Mio. an. Diese sind aber in örtlichen oder regionalen Einzelgewerkschaften sehr zersplittert. Einen großen Erfolg in einer gemeinsamen Aktion erzielten die 200000 Zuckerrohrarbeiter im Nordosten. Sie er-

streikten und erkämpften z.T. durch Niederbrennen von Feldern Lohnerhöhungen von über 50 %.

Unterstützt werden die Bauern und Landarbeiter vor allem von den städtischen Gewerkschaften CUT und CONCLAT, von einigen Parteien und der katholischen Kirche. 1964 begrüßten die Bischöfe den Militärputsch und Ende der 60er Jahre die Niederschlagung der Guerillabewegungen. Vor allem junge Pfarrer wandten sich in den 70er Jahren den "Armen und Bedürftigen" zu, die Theologie der Befreiung ist ihre Ideologie. Heute organisiert die katholische Kirche in 80000 Basisgemeinden über 2 Mio. Menschen und unterstützt ländliche Genossenschaften. Die Hirtenkommission für Landfragen (CPT) arbeitet eng mit den Gewerkschaften und der Partei der Arbeiter (PT) zusammen. Etliche Pfarrer im Nordosten beteiligen sich an Widerstandsaktionen und Landbesetzungen.

Die politische Opposition erhebt

PARTEIEN UND KIRCHE ZUR LANDFRAGE

Demokratische Arbeiterpartei Brasiliens (PDT):

"Das Recht auf Demokratisierung des Eigentums und auf gerechte Nutzung der produktiven Ressourcen mit dem Ziel einer sozialen Entwicklung und eines wirtschaftlichen Fortschritts, so daß dem kleinen und mittleren ländlichen Produzenten der gerechte Zugang zum Eigentum möglich wird ... Das brasilianische Volk hat das Recht, festzustellen, daß es nicht einverstanden ist, daß Superlatifundien an nationale oder ausländische Gesellschaften gegeben werden und daß die Ausbeutung Amazoniens die legitimen Interessen des brasilianischen Volkes verletzt."

Brasilianische Arbeiterpartei (PTB):

"Kampf für eine Lösung des Grundbesitzproblems mittels einer Agrarreform, die die geökonomischen Besonderheiten des Landes berücksichtigt und die Rationalisierung der ländlichen Produktion bezweckt, die Erhöhung der Produktivität des Landes und der wirtschaftliche und soziale Aufstieg des Landbewohners ... Kampf gegen die Versuche zur Internationalisierung und der irrationalen und unpatriotischen Ausbeutung Amazoniens."

Partei der Arbeiter (PT):

Die PT kämpft für die vom Volk ausgehende volle Demokratie und für ein Ende der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ... Nicht genutztes Land der Großgrundbesitzer soll an landlose Kleinbauern und Landarbeiter gegeben werden, und besonders die kleinen landwirtschaftlichen Unternehmen sollen fi-

nanziell gefördert werden."

18. Vollversammlung der brasilian. Bischofskonferenz:

Nach unserem Verständnis werden die Problematik der Arbeiter in Stadt und Land erst dann eine wirkliche Lösung erfahren, wenn Mentalität und Struktur geändert werden, die unsere Gesellschaft bestimmen. Solange das politische und ökonomische System zugunsten der Gewinne einer kleinen Zahl von Kapitalisten funktioniert, ... solange wird es keine Lösung für Unrecht und Ausbeutung geben ... Dabei vertrauen wir auf die Erfahrung und schöpferische Kraft unseres Volkes, welches neue Wege aufzeigen wird zur Anwendung alternativer Technologien und Formen des gemeinsamen und genossenschaftlichen Gebrauchs der Produktionsmittel."

Programm der Regierung Neves:

"Agrarprobleme 'nicht radikal lösen' Ich bin nicht für radikale Maßnahmen zur Lösung der brasilianischen Agrarprobleme. Wir werden uns bemühen, die Gesetze einzuhalten, die verabschiedet wurden, die aber immer noch nicht beachtet werden ... Die Demokratisierung des Landbesitzes in den ländlichen Gebieten wird dazu beitragen, die Überbevölkerung der Industriegebiete zu verhindern ... Das Problem des Agrarsektors liegt nicht allein in der Frage des Landbesitzes; man muß sehen, daß dies eine komplexe Frage ist, die die Frage der Kredite, Subventionen, der Technologie und Produktionsmittel einschließt ... Wir werden uns jedoch nicht mit dem Schicksal eines bloßen Lieferanten von billigen Nahrungsmitteln, ... begnügen."



Bauerndemonstration gegen Landraub

wenig konkrete Forderungen zur Änderung der Lage der Arbeiter und Bauern. Die linken Organisationen scheinen sich auf die Organisation des städtischen Proletariats und der Regierungsoptionen zu konzentrieren. Quellenhinweis: Monitor-Dienst vom 13.8.84; Lateinamerika-Nachrichten, Brasilien-Informationen, FAZ, NZZ, Folha de Sao Paulo versch. Ausgaben; Ausschnittdienst des Brasilien-Instituts 4/84- 3/85. — (sie)

Türkei

PARTEITAG DER ANA-P

Mitte April hat der Parteitag der ANA-P (Vaterlandspartei), der Partei des türkischen Ministerpräsidenten Özal, stattgefunden. Der Parteitag war geprägt von Auseinandersetzungen zwischen Konservativen, die Özals Interessen vertreten, und Nationalisten, die Vorstöße machten, um ihren Einfluß zu erweitern. Diese Auseinandersetzungen wurden als Machtkämpfe zwischen Parteicliquen geführt. Das Programm der ANA-P war unumstritten.

Zu den ersten Parlamentswahlen nach dem Militärputsch am 6.11.83 war die ANA-P mit einem IWF-Programm zur Wahl angetreten. Ein wesentliches Ziel war die "freie Marktwirtschaft", ein weiteres die Auflösung der Staatsbetriebe und die Beibehaltung der Trennung von Kirche und Staat, wobei aber ausdrücklich festgehalten wurde, daß dies "aber kein Hindernis zum Schutz der ideellen Werte sowie der Freiheiten der Religion und des Glaubens" sei.

Dieses Programm reichte den nationalistisch-faschistischen Kräften aus. Denn schon bald bildeten sich drei Gruppen innerhalb der ANA-P heraus:

Die Konservativen, die sich Gruppe Gerechtigkeit oder Adalet nennen, die Nationale Heilsgruppe, die vor dem Militärputsch der MSP (Heilspartei), einer religiös-faschistischen Partei angehört hatten, und als dritte Gruppe die Nationale Bewegung, vor dem Militärputsch Mitglieder der MHP, der bekannten faschistischen Partei, deren Vorsitzender Türke gerade aus der Haft entlassen wurde.

Die nationalistischen Kräfte in der ANA-P, die über etliche Positionen im Beamtenapparat verfügen sowie über etliche Ministerposten (so das Erziehungsministerium, das Zollministerium, das Arbeits- und das Innenministerium), hatten schon auf den Provinzparteitag verhältnismäßig viele Delegierte für den Parteitag stellen können. Die Nationale Bewegung allein nominierte 89 von 205 Delegierten. Auf dem Parteitag stellten die Nationalisten eine eigene Liste für die Vorstandswahlen auf – gegen die von Ministerpräsident Özal zusammengestellten Kandidaten. Özal konnte zwar verhindern, daß diese Liste sich durchsetzte, aber die MHP konnte acht Sitze im Vorstand gewinnen und weiterhin den stellvertretenden Vorsitzenden stellen. Özals Reaktion auf den Vorstoß der Nationalisten war die Ankündigung der Entlassung von Verkehrsminister Atasoy (MHP) und des Ministers für Erziehung und Wissenschaft (MHP).

Ob eine Kabinettsumbildung stattfinden wird und wie sie ausgehen wird, ist nicht entschieden. Tatsache ist, daß der Druck der Nationalisten auf die Konservativen innerhalb der ANA-P gestiegen ist.

Quellenhinweis: Türkei-Infos 103 bis 106. – (eve)

Österreich

ABFANGJÄGER STATT FAMILIENGELD

Am 18. April besuchten der steirische SPÖ-Landesparteivorsitzende Gross und der Grazer Bürgermeister Stingl Bundeskanzler Sinowatz im Regierungsgebäude in Wien. Sie forderten, den Ministerratsbeschluß vom 8. Januar 1985 über den Ankauf von 24 Abfangjägern des schwedischen Typs Drake auszusetzen. Gemäß den Plänen der österreichischen Bundesregierung sollen diese Kampfflugzeuge in der Steiermark stationiert werden.

Dagegen, nicht gegen die Anschaffung der Abfangjäger überhaupt, richtet sich der Protest, der quer durch alle steirischen Parteien geht. "Die gesamtstaatliche Frage sollten alle Landeshauptleute und Bürgermeister gemeinsam lösen", erklärt der steirische FPÖ-Vorsitzende Rader. Proteste gibt es auch vor allem in der Bundesheer-Führung, was die Qualität der

Abfangjäger betrifft. In einem Schreiben an den Vorsitzenden der oppositionellen ÖVP, Mock, beklagten Bundesheeroffiziere, daß der Typ Drake technologisch veraltet sei und forderten für den Fall, daß die ÖVP die nächste Regierung bildet, die Anschaffung von fabrikneuen in den USA produzierten Abfangjägern des Typs Tiger F 5, die zwar umso doppelt teurer, dafür aber umso langlebiger wären. Die von der Bundesregierung beschlossene Beschaffung des Typs Drake beurteilt der für die Bewertung zuständige Brigadier Bernecker so: "Es handelt sich um eine Zwischenlösung, die nur bis zum 31. Dezember 1995 betreibbar sein muß."

Diese "Zwischenlösung" wird immerhin mit Kosten von 6,2 Milliarden Schilling, das sind ca. 883 Mio. DM, veranschlagt. Auf einem "Abfangjägergipfel" am 19. April in Graz verteidigte Verteidigungsminister Frischenschlager die Anschaffung und bezeichnete die Kosten dafür als "verkräftbar". Im Bundeshaushalt 1984/85 wurde das Heeresbudget schließlich um 13% angehoben. Ferner wurden 1984 auf Grundlage des Budgetüberschreitungsgesetzes 572 Millionen Schilling dem "Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen" entzogen und für Budgetüberschreitungen des Bundesheeres verwandt.

Auf Kosten der Familienbeihilfen wurden z.B. folgende Projekte finanziert: Für 8,9 Millionen Schilling wurde der Fliegerhorst Hörsching ausgebaut; 42,2 Millionen wurden für die "Goldhaube-Luftüberwachung" investiert. 24 Millionen Schilling wurden der Familienkasse für einen Grundstückskauf zum Ausbau der Zehner-Kaserne im Innkreis entzogen; hinzu kommen rund 6 Millionen Schilling, die für allgemeine Verwaltung des Bundesheeres zusätzlich aufgewandt wurden. Mit insgesamt 222 Millionen Schilling aus dem umverteilten Familienbudget wurde das Sanierungspaket für den Rüstungskonzern Steyr für vorgezogene LKW-Beschaffungen, Waffen- und Kfz-Ersatzteile finanziert. Für den Kauf von auf Halde stehenden Kürassier-Panzern überzog Verteidigungsminister Frischenschlager das Jahresbudget um weitere 265 Millionen Schilling.

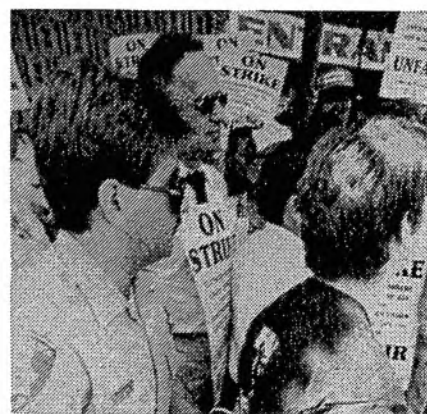
Aber nicht nur das Familienbudget wird geplündert, sondern auch die Rentenkassen. Für die Generalsanierung des Mannschaftsgebäudes der Kaserne Götzenburg und den Ausbau der Wiener Stiftskaserne "entlieh" das Verteidigungsministerium die benötigten 15 Millionen Schilling dem Budgetansatz 1/16037: "Sozialversicherung, Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten, Bundesbeitrag".

Quellenhinweis: Profil Nr. 1 und 17/1985; Wochenpresse Nr. 44/1984 – (rua)

USA

SENATSAANHÖRUNG ÜBER ANTISTREIKGESETZ

Am 26. März hielt der US-Senatsausschuß für Arbeit eine Anhörung über "Gewalttätigkeiten bei Arbeitskämpfen". Die Ausschusssitzung sollte Material für ein geplantes Gesetz liefern. Die Regierung will die Strafverfolgung von Streikposten, denen eine Gewalttat angelastet wird, wegen "Erpressung" der Kapitalisten ermöglichen, und zwar durch den Bundesstaat und seine Organe. Bisher können Streikposten nur auf der Grundlage von Gesetzen der Einzelstaaten und Gemeindeverordnungen verfolgt werden. Das geplante Gesetz sieht aber vor, daß Angriffe von Streikbrechern



Festnahme eines Streikposten der Hotelbeschäftigten in Las Vegas 1984. Die Streikenden hatten sich gegen Angriffe von Banden gewehrt, die die Kapitalisten gemietet hatten.

und Privatarmeen der Kapitalisten auf Streikketten weiter unter lokales und Landesrecht fallen.

Der Senatsausschuß stellte als Beleg den Streik der Zementarbeiter gegen die Kapitalisten des Missouri Portland Cement Werkes in Joppa, Illinois, vor. Der Gewerkschaftsbund AFL-CIO berichtet, daß die Anhörung das angestrebte Ziel verfehlte und den Zweck dieses Gesetzes deutlich machte, die organisierten Angriffe der Kapitalisten auf Streikposten und zur Beseitigung der Gewerkschaften im Betrieb abzuschirmen.

Zum Streikverlauf sagte der örtliche Gewerkschaftsvertreter aus. Die Kapitalisten hatten schon vor Auslaufen des Tarifs im Mai 1984 einen mit Stacheldraht bewehrten Zaun rund um das Grundstück und 84 Lichtmasten mit je vier 1000-Watt-Birnen errichten lassen. Als die Gewerkschaft der Zementarbeiter eine Lohnkürzung von 3,80 Dollar die Stunde ablehnten, und im Juni den Streik begann, setzten die Firmenherrn die schon zuvor insgeheim geheuerten Streikbrecher ein und quartierten zugleich eine Privatarmee ein: 150 Wachleute einer Si-

cherheitsfirma. Die Zahl der Streikenden betrug 115.

Die Kapitalisten installierten fünf Filmkameras und setzten die Privatarmee zur Provokation der Streikposten ein. Sie ließen ihre Bande mit Ku-Klux-Klan-Kapuzen verkleidet und mit brennenden Kreuzen vor der Streikpostenkette aufmarschieren. Der rassistische Klan hatte bekanntlich mit Mordterror gegen Schwarze gewütet. Ein Teil der Streikposten waren Schwarze. Die Gewerkschaft konnte ein gerichtliches Verbot dieser Aufmärsche durchsetzen. Streikposten, die sich gegen Angriffe wehrten, wurden festgenommen und zu Geldstrafen verurteilt.

Im Sommer machte die Gewerkschaft den Kapitalisten das Angebot, den Streik zu beenden. Die Kapitalisten lehnten ab. Die Arbeitsplätze seien durch "Ersatz auf Dauer" besetzt. Die Gewerkschaft führt den Streik bis heute weiter.

Zur Ausarbeitung ihrer Strategie hatten die Kapitalisten einen "Management-Berater" geheuert, einer von mehreren hundert Rechtsanwälten in den USA, die sich auf dieses Geschäft spezialisiert haben. Dieser Berater pries in Briefen an Firmen seinen "Dienst für gewerkschaftsgeplagte Industrien" mit dem Hinweis: "Die Firma Missouri Portland hat fortlaufende Kostenersparnisse von mehreren Mio. Dollar als ein Ergebnis von: 1. Kürzung der Lohnhöhe um 30%. 2. Kürzung der Versicherungsbeiträge. 3. Reduzierung der Belegschaft um ein Drittel. 4. Verbesserte Arbeitsregeln, dadurch steigende Produktivität."

Um die Kapitalisten bei der Verwirklichung solcher Ziele zu stärken, hat die Regierung vorgesehen, daß Streikposten, die wegen "Erpressung" verfolgt werden, mit Geldstrafen bis zu 200000 Dollar und/oder Gefängnis bis zu 20 Jahren verurteilt werden können.

Quellenhinweis: AFL-CIO News, 30.3.1985 — (gba)

Bhopal

ENTSCHÄDIGUNG NICHT IN SICHT

Am 21. April 1985 hat die indische Regierung Gespräche über eine Entschädigung für die Betroffenen der Giftgaskatastrophe abgebrochen. Union Carbide hatte 200 Millionen Dollar als Entschädigung angeboten, die über 30 Jahre hinweg gezahlt werden sollten. Außerdem wurden von dem US-Konzern 5 Millionen Dollar Soforthilfe angeboten. Dabei hatte das Unternehmen verlangt, daß mit der Zahlung der Gelder keinerlei Schuldanerkenntnis zu verbinden sei.

Obwohl die indische Regierung durchaus nicht gänzlich ohne Verant-

wortung bleibt, da sie durch relativ lockere Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen aus imperialistischen Ländern die Grundlage schaffte, ist es sicher zweckmäßig, wenn sie die Verhandlungen führt. Denn für die Opfer sind die Bundesstaats- und Zentralregierung direkte Ansprechpartner für Forderungen, und es besteht die Möglichkeit, diese über Interessengemeinschaften teilweise durchzusetzen.

Wenig beachtet von den Medien, die ansonsten recht ausführlich über "Bhopal" berichtet haben, wurden die Zusammenschlüsse, die es bald danach gab. Bereits im Dezember 1984 hatte sich eine "Kampffront der Giftgasverletzten" gebildet, die gemeinsam mit anderen Organisationen und unterstützt von mehreren Gewerkschaften am 3. Januar eine Demonstration organisierte, an der sich ca. 10000 Menschen beteiligten. Sie begann am Tor zur Union Carbide und führte zum Regierungssitz des Chiefministers. Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei wurden dann 250 Personen verhaftet. Durch weitere Aktionen konnte die Zusicherung erkämpft werden, daß so-

fort Nahrungsmittelrationen für die Verletzten freigegeben werden und daß eine Garantiesumme von 1500 Rupies für jeden Verletzten ausbezahlt wird.

Inzwischen gibt es landesweit Unterstützung für die Forderungen des Zusammenschlusses. U.a. werden folgende Forderungen weitgehend von allen politischen Organisationen unterstützt: Schließung der Pestizid-Produktionsanlagen in Bhopal; eine entsprechende Beschäftigung für die dort Beschäftigten und die Verletzten; Verbot aller Pestizide und Chemikalien, die in anderen Ländern verboten sind; Überprüfung sämtlicher Produktions- und Entwicklungsanlagen; Einrichtung eines ständigen Notfallstabes durch die Regierung. Daneben ist ein Sofortprogramm erstellt worden, das unmittelbar den Verletzten helfen soll. Hierbei wird vor allem verlangt, daß die medizinische Versorgung frei ist bzw. von Union Carbide übernommen wird.

Quellenhinweis: FAZ vom 24.4.85; Frontier vom 9.3.85; Indian Worker, Organ der INTUC Dez. 84 und Jan. 85. — (cog)

8. Mai in der DDR

"NIEMAND IST VERGESSEN — NICHTS IST VERGESSEN"

Der 8. Mai 1985 ist ein Feiertag in der DDR. Seit Monaten sind Zeitungen, Radio und Fernsehen voll von Artikeln, Sendereihen, Informationen und Auseinandersetzungen über die Geschichte des deutschen Faschismus und des "40. Jahrestages des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes" (Aufruf der SED zum 8. Mai). Alle gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen sind für zahlreiche Aktivitäten wie Veranstaltungen, Ausstellun-

gen, Gedenkkundgebungen usw. mobilisiert. An den Stätten der Befreiung werden seit Anfang März große Manifestationen durchgeführt mit Zehntausenden von Teilnehmern, in denen der Opfer gedacht, antifaschistische Kämpfer geehrt und die Befreiung durch die Rote Armee gewürdigt und gefeiert wird — so an den Gedenkstätten der ehemaligen KZs Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen, dem Zuchthaus Brandenburg-Görden, in Karl-Marx-Stadt usw.



Eine der zahlreichen Feiern der DDR zum 8. Mai: In Torgau an der Elbe trafen sich Kriegsveteranen aus den USA und der UdSSR in Erinnerung an das Treffen zwischen US-amerikanischen und sowjetischen Soldaten der Anti-Hitler-Koalition vor 40 Jahren.



Die südafrikanische Regierung will eine neue provisorische Regierung in Namibia einsetzen, und der südafrikanische Generaladministrator soll nur noch "symbolische" Befugnisse haben. Noch in diesem Jahr soll in Namibia die allgemeine Wehrpflicht auf Schwarze ausgedehnt und so die gegen die Befreiungsbewegung SWAPO kämpfende Kolonialtruppe mit schwarzem Kanonenfutter aufgefüllt werden. Militär- und Polizeihochheit sollen bei Südafrika bleiben. Die Kolonialtruppe wird durch die aus Angola abgezogenen südafrikanischen Truppen verstärkt. Der Plan der südafrikanischen Regierung, durch das Abkommen mit Angola die SWAPO entscheidend zu schwächen, ist nicht aufgegangen. Die SWAPO hat den bewaffneten Kampf verstärkt (Bild). — (uld)

WARSCHAUER VERTRAG VERLÄNGERT

Am 26. April unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs Bulgariens, der CSSR, der DDR, Polens, Rumäniens, der UdSSR und Ungarns ein Protokoll über die Verlängerung des Warschauer Vertrages um 20 Jahre mit Verlängerung um weitere zehn Jahre, wenn kein Mitgliedsland den Vertrag kündigt. Das Protokoll hält fest, daß der Vertragstext unverändert bleibt und hebt insbesondere den Paragraphen 11 des Vertrages hervor, wonach der Warschauer Vertrag sofort gelöst wird, wenn die NATO aufgelöst würde. Hoffnungen in NATO-Staaten, es könne gelingen, Änderungen im Vertragswerk durchzusetzen

und so imperialistische Umtriebe in Osteuropa zu erleichtern, erwiesen sich als falsch. — (uld)

PLO: MILITÄRISCHE OPERATION VOR TEL AVIV

Keineswegs "auf hoher See" noch "nach kurzem Feuergefecht" haben die Israelis ein "Guerillaboot" am 20.4. versenkt. Nach Angaben der Al Fatah erreichten von drei ausgesetzten Schlauchbooten zwei die Küste. Am völlig deckungslosen Strand haben sich die Feddayin bis zum Morgen grauen verteidigen können. Das dritte Boot wurde nach fünfständigem Gefecht versenkt. Ziel der Operation waren militärische Hauptquartiere bei Tel Aviv. (Palästina Bulletin 17/85) — (bar)



sten ist offenbar vor allem — und ohne konkretes Ergebnis — über die "Abrüstungs"-Verhandlungen und die Rolle der "Mittelmächte" in den Militärblöcken gesprochen worden. Craxi hatte kürzlich gefordert, die NATO müsse Gorbatschows Moratoriumsvorschlag mit "konkreten Gegenvorschlägen" beantworten. — (ulg)

Bei den Informationen über die Geschichte liegt großes Gewicht auf den Berichten über den antifaschistischen Widerstandskampf und den Kämpfen der Roten Armee. "Volksmassen — wichtigster Akteur der Weltgeschichte" schreibt das "Neue Deutschland" vom 13./14. April. Zu Wort kommen Mitglieder der ehemaligen Widerstandsgruppen, der illegalen Lagerkomitees der Konzentrationslager, des "Nationalkomitees Freies Deutschland", jüdischer Verbände sowie zahlreiche Angehörige der Roten Armee, die bei den Befreiungskämpfen dabei waren. "Niemand ist vergessen — nichts ist vergessen": diese Berichte in den Medien, von den Kundgebungen und den zahlreichen Aktivitäten deuten darauf hin, daß die SED auf eine erneute Festigung des Bündnisses aller Klassen der Nation gegen äußere Bedrohung hinarbeitet und daß sie dafür durchaus Unterstützung weit über ihre eigenen Reihen hinaus findet.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß nach unserer Kenntnis zum ersten Mal seit über 20 Jahren die Verdienste Stalins im Großen Vaterländischen Krieg ausdrücklich und positiv gewürdigt werden. Im Aufruf der SED zum 8. Mai vom 11. Januar 1985 heißt es: "Der Sieg der Sowjetunion war das Ergebnis der aufopferungsvollen Arbeit des ganzen Sowjetvolkes, der klugen Führung der KPdSU und ihres Zentralkomitees mit J.W. Stalin an der Spitze." Auch in mehreren Artikeln im theoretischen Organ der SED "Einheit" vom April/Mai 1985 wird Stalin direkt zitiert. Zum Beispiel von Generalleutnant Prof. Dr. Dmitri Wolkogonow, Stellvertreter des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetarmee und der Seekriegsflotte, in seinem Artikel "Ein höchst gerechter Krieg". Dort verteidigt er die Politik der Sowjetunion und Stalins gegen den Angriff "unserer

Klassengegner bezüglich eines angeblichen Exports der Revolution durch die Rote Armee", und zitiert dazu auch aus der Rede Stalins vom 6. November 1941: "Wir haben keine Kriegsziele und können keine Kriegsziele haben wie etwa das Ziel, den slawischen und den anderen unterjochten Völkern Europas, die von uns Hilfe erwarten, unseren Willen und unser Regime aufzuzwingen. Unser Ziel besteht darin, diesen Völkern in ihrem Befreiungskampf gegen die Hitler Tyrannie zu helfen und es ihnen dann zu überlassen, sich auf ihrem Boden völlig frei so einzurichten, wie sie das wollen. Keinerlei Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Völker!"

"Niemand ist vergessen — nichts ist vergessen" — das soll auch heißen, daß die Lehren dieses Kapitels der Geschichte niemals vergessen werden dürfen. Welche Lehren werden gezogen? Zunächst einmal wird vielfach

PORTUGAL: WERFT- ARBEITER-STREIK

Die rund 6000 Beschäftigten der Lisnave-Werft in Lisboa haben am 16. April einen 24-stündigen Streik durchgeführt, um ihrer Forderung nach sofortiger Auszahlung der bis zu sieben Monate rückständigen Löhne Nachdruck zu verleihen. Die Gewerkschaft UGT-Intersindical erklärte, die Firmenleitung wolle mit der Lohnverweigerung eine vollständige Privatisierung durchsetzen. Die Werft war 1976 verstaatlicht und 1982 auf Verlangen der EG-Staaten teilweise privatisiert worden. — (uld)

GB: SCHULSTREIK GEGEN ZWANGSARBEIT

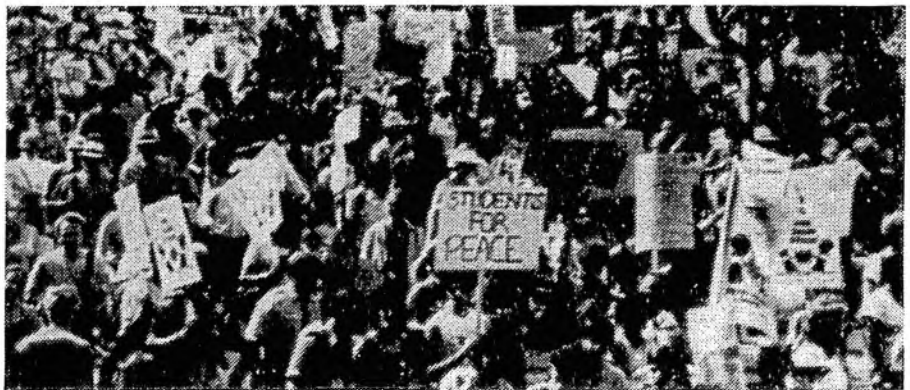
Hunderttausende von Schülern beteiligten sich am 26. April in Großbritannien an einem eintägigen Schulstreik, dem ersten landesweiten Protest in einer Reihe von Aktionstagen. Die Streiks und Demonstrationen richteten sich gegen den Zwang für Jugendliche, sich an sogenannten "Youth Training Schemes" (Jugend-Ausbildungsmaßnahmen) zu beteiligen. Die Regierung will 16-jährige Schulabgänger zu zwei Jahren, 17-jährige zu einem Jahr "Training" durch Streichung des Arbeitslosengeldes für arbeitslose Schulabgänger zwingen. Das Programm besteht schon fast zehn Jahre, bislang aber auf halbfreiwilliger Basis. Die Jugendlichen erhalten in Training Schemes 26,50 Pfund in der Woche, das entspricht 430 DM im Monat. Dafür dürfen sie in der Regel für Kapitalisten stupide Arbeiten vom Kanalarbeiten ("Umweltschutz") bis Montagearbeiten "trainieren". Jährlich verunglücken 200 Jugendliche bei den Maßnahmen. Die Regierung Thatcher reagiert mit Polizeieinsätzen auf den jetzigen Streik, der von der Jugendor-

ganisation der Labour Partei organisiert wurde. Eine Demonstration von Schülern aus vier Gesamtschulen in Liverpool wurde mit Stöcken angegriffen, mehrere Teilnehmer verhaftet. — (hef)

BRASILILIEN: ZIVILER PRÄSIDENT DER MILITÄRS

T. Neves, Großgrundbesitzer, Mitglied verschiedener Regierungen in den 50er Jahren, in den 70er Vorsitzender der liberalen Volkspartei (PP), dann erster ziviler Präsident der oppositionellen Partei der demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB),

ist tot. Sein Nachfolger wurde der bisherige "Vize", der 54-jährige Zivilist, Journalist und Literat, Jose Sarney. Er war Gegner der Reformpolitik der 50er Jahre und Befürworter des Militärputsches 1964. Die Militärs machten ihn 1965 zum Gouverneur von Maranhao. Unter Präsident General Figueiredo saß Sarney der Regierungspartei bis Mitte 1984 vor. Er gründete schließlich die "Liberal Front" und schuf mit den Liberalen der PMDB die "Demokratische Allianz" zur Wahl von Neves. Er steht für eine liberale Fortführung der Politik Figueiredos. — (sie)



In Washington (USA) demonstrierten am 20.4. 120000 gegen die Politik der US-Imperialisten und ihrer Regierung (Bild). Sie forderten u.a.: keine Militärintervention in Mittelamerika, keine Gelder für Konterrevolutionäre in Nicaragua, Kürzung der Militärausgaben, Finanzierung von Sozialprogrammen, Produktionsstopp aller Nuklearwaffen, Beendigung aller politischen und wirtschaftlichen Unterstützung des Regimes in Südafrika. Ebenfalls fanden in San Francisco (60000), Los Angeles und Seattle Demonstrationen statt. Die Reagan-Regierung hatte zuvor mit der republikanischen Mehrheit im Senat vereinbart, den Rüstungshaushalt 1986 weiter zu erhöhen und dafür u.a. den Inflationsausgleich der Renten in den nächsten drei Jahren zusammenzustreichen, was auf eine Rentensenkung um 6% hinausläuft. Die Beihilfen für Studenten sollen in den nächsten drei Jahren um 2,6 Mrd. Dollar gekürzt werden. — An Universitäten, z.B. in Berkeley, Kalifornien, blockieren derzeit Studenten Gebäude und fordern, daß die Universitätsverwaltungen die Einlagen bei Banken und Firmen abziehen, die in Südafrika investieren. In Berkeley sind 1,7 Mrd. Dollar so angelegt. — (gba)

auf die aktuelle Dringlichkeit, die Geschichte zu kennen, zu verstehen und faschistische Strömungen wie einen erneuten Weltkrieg zu bekämpfen hingewiesen. So erfährt man aus der DDR-Presse, daß die UNO den 8. und 9. Mai zu Tagen der Würdigung des 40. Jahrestags des Sieges über den Faschismus erklärt hat; daß sie hervorgehoben hat, daß die Feiern aus Anlaß dieses welthistorischen Ereignisses dazu beitragen sollen, die internationale Gemeinschaft zu neuen Anstrengungen im Kampf gegen die nazistische, faschistische und alle anderen Ideologien zu mobilisieren, die auf rassistischer Intoleranz, Haß und Terror beruhen; daß sie tiefe Sorge darüber zum Ausdruck gebracht hat, daß die Apologeten des Faschismus in einer Reihe von Ländern ihre Tätigkeit aktiviert haben.

Zwei Hauptlehren will die DDR aus der Geschichte gezogen sehen. Die erste ist: "Ökonomie — Hauptfeld un-

seres Kampfes" (Erich Honecker in "Einheit" 4/5 1985). Im Aufruf zum 8. Mai wird die Arbeiterklasse zu erhöhten Produktionsleistungen aufgefordert. Der FDGB will seine Mitglieder bis zum 8. Mai zu mehr als einer zusätzlichen Tagesleistung mobilisieren. Leistungsappelle an alle Klassen und Schichten stehen auch im Zentrum des Aufrufs zum 1. Mai. "Die Feststellung Lenins, daß letzten Endes die höhere Arbeitsproduktivität über den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung entscheidet" (E. Honecker, a.a.O.), dient hier als Begründung. Die historischen Zusammenhänge dieser Feststellung Lenins werden dabei nicht reflektiert, für ein industriell hochentwickeltes Land hat er sie jedenfalls nicht einfach getroffen.

Das zweite "Vermächtnis der Befreiung" sei der lebensnotwendige Kampf zur Erhaltung des Friedens mit einer weltweiten Koalition der Ver-

nunft und des Realismus. Sie sei möglich, wie die Anti-Hitler-Koalition bewiesen habe. "Diese Koalition lieferte den praktischen Beweis, daß eine Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung zur Abwendung einer akuten Bedrohung der Menschheit nicht nur notwendig, sondern auch praktisch möglich ist. Heute, da die menschliche Zivilisation durch einen nuklearen Krieg bedroht ist, ist eine Koalition der Vernunft und des Realismus, das Zusammenwirken aller am Frieden interessierten Staaten und gesellschaftlichen Kräfte ein erstrangiges Erfordernis, die einzige vernünftige Alternative." (Günter Sieber, Mitglied des ZK der SED, in "Einheit" a.a.O.) Nach Auffassung der SED steht es außer Zweifel, "daß die Kräfte des Friedens heute stärker sind als je zuvor". (Ebenda) Eine These, die zu beweisen sie sich schwertut.

Quellenhinweis: Einheit 4/5-85, Neues Deutschland 3/85 u. 4/85 — (doz)

KOMMUNISTENPROZESSE GERATEN INS STOCKEN

Hannover. Die Disziplinarkammer des Oldenburger Verwaltungsgerichts entschied am 12.4., daß sich die Lehrerin Alies Klüver eines Dienstvergehens schuldig gemacht habe, weil sie für die DKP zu den Kommunalwahlen kandidiert hatte. Eine Woche später sprach dieselbe Disziplinarkammer den Lehrer Thomas Schultze-Kranert vom Vorwurf der Treuepflichtverletzung frei. Seine Kandidaturen für die DKP seien zwar objektiv ein Dienstvergehen, er habe aber nicht schuldhaft gehandelt, weil er damals das sogenannte "Peter-Urteil" nicht kannte. Das Verwaltungsgericht Hannover schließlich setzte den Prozeß gegen die Lehrerin Anke Pfitzner auf unbestimmte Zeit aus, da Anke Pfitzner nach Abschluß der Vorermittlungen nicht dem Gesetz entsprechend ausreichend angehört wurde. Nicht nur ÖTV und GEW haben gegen diese Kommunistenprozesse protestiert, sondern u.a. auch die DGB-Kreise Hannover und Hildesheim. Der Betriebsrat von Bosch/Blaupunkt in Hildesheim hatte seine Solidarität mit dem Lehrer Udo Paulus bekundet, dem im vorigen Jahr der Prozeß gemacht wurde. — (kar)

RADIO DREYECKLAND SENDET WEITER

Freiburg. Radio Dreyeckland ist aus dem Widerstand gegen das AKW Wyhl hervorgegangen. In den letzten Jahren hat es zuletzt täglich aus dem französischen Colmar in die Freiburger Gegend gesendet. Am 20.4. hat das Radio den Sendebetrieb in Freiburg aufgenommen. Auf dem städtischen Areal der ehemaligen Grether-Fabrik, das von verschiedenen alternativen Projekten genutzt wird, wurde ein Studio eingerichtet und bis Sonntag, 21.4., 24 Uhr, durchgehend gesendet, dann weiter von Montag bis Mittwoch jeweils 16-24 Uhr. Einige Beispiele für die Sendungen in diesen Tagen: Interviews mit Vertretern von Radio Venceremos aus El Salvador; Diskussion von SPD- und Grünen-Abgeordneten über den Nutzen ihrer parlamentarischen Arbeit; Gespräche von Hausbesetzern und Mieterinitiativen. Am Donnerstag stürmten rund 300 Polizisten im Auftrag der Staatsanwaltschaft Freiburg das Gelände, um den Sender zu beschlagnahmen. Doch der Sender war kurz zuvor in Sicherheit gebracht worden; das Radio sendete auch während der Polizeiaktion weiter. Tags darauf protestierten rd. 3000 gegen den Polizeiüberfall, u.a. SPD- und Grüne-Landtagsabgeordnete. Der Sendebetrieb in Freiburg wurde zeitweise wieder aufgenommen. Am Montag, den 29.4., stellten die Grünen einen Gesetzentwurf für ein Versuchsprojekt "Freies Radio" in Freiburg vor. — (mim)



2000 Leute demonstrierten am 20.4.85 gegen die Messepartnerschaft mit der Türkei in Hannover. Während der Messeeröffnung mit Bangemann und Özal fand vor der Stadthalle eine Kundgebung mit 250 Teilnehmern statt. In einer Resolution an Özal fordert der DGB-Kreis Hannover u.a. die Einstellung der Militär- und Wirtschaftshilfe der BRD an die Türkei. — (rec)

TAGUNG ZUR AUSLÄNDER- POLITIK IN NRW

Düsseldorf. Am Sonntag, dem 28.4.1985, fand in Düsseldorf eine Tagung zur Ausländerpolitik in NRW statt. Träger dieser Tagung war der Frankfurter Appell (Koordination NRW), der Verband der Initiativen in der Ausländerarbeit (via), der Düsseldorfer Unterstützerkreis "Marsch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" sowie der Landesverband der Grünen. An der Tagung selbst nahmen auch Vertreter der GEW, HBV, der DKP, VVN, Volksfront und auch der SPD teil. Von den circa 80 Teilnehmern wurden zwar nicht wie geplant "Wahlprüfsteine" verabschiedet, dennoch hatte die Tagung ein brauchbares Ergebnis. Die Arbeitsgruppe "Landespolitik" verabschiedete eine Erklärung, in der es heißt: "Wir fordern unmißverständlich das aktive und passive Wahlrecht für hier niedergelassene Ausländer. Allen Ersatzformen demokratischer Mitwirkung erteilen wir eine klare Absage". Darüberhinaus wurden Forderungen zur sozialen Lage der Ausländer erhoben. — (rub)

GEDENKFEIER: 40 JAHRE KZ DACHAU BEFREIT

Dachau. Über 5000 Menschen nahmen an der Gedenkfeier des Internationalen Dachau-Komitees aus Anlaß des 40. Jahrestages der Befreiung des KZs Dachau in der KZ-Gedenkstätte teil. Vorher fand eine Friedensstafette statt, zu der ein Aktionsbündnis in München aufgerufen hatte. Daran nahmen trotz Kälte über hundert Leute teil. In den Reden auf dem KZ-Gelände wurde nichts zur heutigen Gefahr des Faschismus gesagt. Während zwei Vertreter der DDR aus Bonn angereist waren, mußte Staatssekretär Huber für die Bundesregierung und für die Bayerische Landesregierung gleichzeitig sprechen.

Nach der Kundgebung wurde die Friedensstafette weiter zur Erschießungsstätte Hebertshausen fortgeführt, dort fand die Abschlußkundgebung statt. Damit wurde man der Bedeutung des Platzes gerecht, an dem hunderte v.a. sowjetischer Häftlinge erschossen wurden, und der bisher völlig vernachlässigt war. — (lsc)

KEINE ABSCHIEBUNG DER ANTIFASCHISTEN

Heidelberg. Vier türkische Antifaschisten, die wegen Widerstands gegen türkische MHP-Faschisten vom Landgericht Heidelberg zu 17 bzw. 20 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, mußten ihre Reststrafe antreten. Nach mehr als halbjähriger Hauptverhandlung befanden sie sich bereits im Jahre 1981 mehr als acht Monate in Untersuchungshaft. Gegen drei der Inhaftierten hat die Ausländerbehörde des Rhein-Neckar-Kreises jetzt ein Ausweisungsverfahren eingeleitet. Dies, obwohl dem Ausländeramt bekannt ist, daß der Verwaltungsgerichtshof Mannheim einen der vier Türken als Asylbewerber anerkannte, weil ihm in der Türkei Folter droht. Das Gericht hatte im Urteil vom 24.1.1985 festgestellt, daß dieser wegen seiner politischen Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland, die durch den Prozeß belegt und bekannt geworden seien, befürchten müsse, in der Türkei zur Rechenschaft gezogen und dabei wegen seiner politischen Einstellung schwer mißhandelt zu werden. Im März protestierten Heidelberger und Mannheimer Rechtsanwälte und verfaßten eine Presseerklärung. "Es ist zu befürchten, daß die Ausländerbehörde trotz dieser Sachlage ihre Ankündigung wahr macht, die Zeit der Strafhaft zur Durchführung des Ausweisungsverfahrens nutzt und versucht, die vier türkischen Oppositionellen nach Ablauf der Haft in die Türkei abzuschieben." — (anh)

Druckindustrie

STREIKERFOLG BEI DERNDRUCK

Frankfurt. Am 30.4. lag der Belegschaft von Derndruck (Neu-Isenburg) ein Verhandlungsergebnis vor, mit dem sie ihr Streikziel durchsetzen konnte: Die "Tarifflicht" des Kapitalisten ist verhindert, die Arbeitszeit wird einheitlich für alle verkürzt, eine Maßregelung unterbleibt. Im folgenden ein Interview mit einem Betriebsrat Derndruck während des Streiks.

Frage: Ihr befindet euch bei Derndruck GmbH seit dem 11. April im Streik. Worum geht es genau bei eurem Streik und wie sehen eure Forderungen im einzelnen aus?

Derndruck-BR: Es geht darum, daß die Geschäftsleitung, die bisher zwei Unternehmerverbänden angehört hat, einmal dem Druckunternehmerverband und einmal dem Verband der Papier- und Pappeindustrie, den Druckunternehmerverband ab dem 23. Januar 1985 verlassen hat und ab dem 1. April nur noch die Tarifverträge der Papier- und Pappeindustrie anwenden will. Es ist so, daß der Papier- und Pappetarif ca. 4 DM weniger pro Stunde bei den Lohngruppen hat. In dem Drucktarif sind z.B. auch bessere Besetzungsregelungen für Maschinen, bessere Urlaubsregelungen, höhere Prozentsätze bei Überstunden, höhere Urlaubsgelder, es gibt bessere Eingruppierungen in der Lohnstruktur von Berufsgruppen. Bei Druck gilt die 38,5 Stundenwoche, während bei Papier- und Pappe die 40-Stundenwoche gilt.

Unser Ziel ist es, erstens den alten Zustand wieder herzustellen, d.h. die Tarifflicht wieder rückgängig zu machen, unser Bestreben ist ein Firmentarif, in dem die ganzen Rechte aus dem Drucktarif abgesichert sind ... Als zweites sind wir natürlich ... dafür, daß für die Kollegen für Papier- und Pappe – bei uns werden ... ein Drittel nach Papier und Pappe bezahlt

– auch noch etwas herüber kommt.

Frage: Daß euer Streik schon länger als zwei Wochen andauert, zeigt die Härte eures Tarifkampfes. Was ist die Taktik eurer Gegner? Wie wirkt sich das auf euren Kampf aus?

BR: Das Vorgehen der Geschäftsleitung stellt ein Pilotprojekt dar ... Es wird durchexerziert, wie grundsätzlich bestehende Tarife ausgehebelt werden können. Das wird mit einem großen juristischen Aufwand und langer Vorbereitung über die Gerichte erprobt ... Es soll erprobt werden, wie die von Bangemann und Blüm usw. geforderte Senkung der Tarife durchgeführt werden kann. Das hat also Bedeutung über die Druckindustrie hinaus.

Wir sehen daher, wie hart dieser Kampf geführt werden muß. Der Unternehmer hat z.B. die laufenden Verhandlungen abgebrochen mit der Begründung, er bräuchte Bedenkpause mit dem Hintergrund, daß der Richter, als er letztens den Streik für rechtmäßig erklärt hat, gleichzeitig

in dem Urteil die Meinung vertreten hat, daß der Betrieb in die Papier- und Pappeindustrie gehöre. Mit solchen Spekulationen soll hier erreicht werden, daß jetzt Richter Tarifpolitik machen sollen. Das geht natürlich nicht ... Daß der Unternehmer das so durchhält, schließlich beginnen die Kunden zu rebellieren, liegt daran, daß er von seinem Verband den Rücken freigehalten bekommt ... Finanzielle Belastungen spielen dabei keine Rolle, das ist nicht das Problem für diese Firma. Sie steht gut im Speck ...

Frage: Mit welchen Scheinangeboten versuchen die Kapitalisten eure Einheit zu schwächen?

BR: Die Scheinangebote sahen bisher immer so aus, daß die Unternehmer sagten, ihr behaltet effektiv das, was ihr bisher hattet im Druckbereich. Sie wollten das tariflich nicht absichern lassen, sondern nur über sogenannte Überleitungsverträge, an deren Ende dann doch der Papier- und Pappetarif steht ... Das hat zunächst Verwirrung unter der Belegschaft erzeugt ... Bisher wurde der Streik von einem harten Kern von Druckkollegen geführt. Jetzt im Augenblick befinden sich bei Derndruck alle Kollegen im Ausstand ... (redaktionell gekürzt) – (gub)



Am 12.4.85 legten die Arbeiter der Europa Carton AG in Bremen, Frankfurt, Augsburg und München für etwa zwei Stunden die Arbeit nieder, um zu verhindern, daß für sie zukünftig die Tarifvereinbarungen "Papierverarbeitung" statt "Druck" gelten. (Bild: Bremen)

GEGEN DAS NESSELWANGER FASCHISTENTREFFEN

Augsburg. In Nesselwang treffen sich vom 2. bis 5. Mai die "Truppenkameradschaft der 3. SS-Panzerdivision Totenkopf" mit ihrem 4. Jahrestreffen sowie vom 10. bis 12. Mai die Kameradschaftsverbände der 1. SS-Panzerdivision "Leibstandarte Adolf Hitler" und der 12. SS-Panzerdivision "Hitlerjugend" mit ihrem 18. Korps-treffen. Dagegen hat sich unter Führung der Vereinigten der Verfolgten des Naziregimes (VVN)/Bund der Antifaschisten und des DGB eine Aktionseinheit gebildet, in deren Aufruf es heißt: "In Nesselwang treffen sich Exponenten der als verbrecherisch er-

klärten SS-Organisation. Es sind keine alten Kameraden, die sich dort treffen, um Geselligkeit zu pflegen, sondern Ewiggestrige, die den 'alten Geist' von damals aufleben lassen wollen und hierzu junge Gäste einladen haben. Der 8. Mai mahnt uns allerdings, die mit diesem Datum verbundenen Hoffnungen und Forderungen in das politische Leben der Bundesrepublik Deutschland zu tragen." Die Aktionseinheit veranstaltet eine Demonstration am Samstag, dem 11. Mai, in Nesselwang (11 Uhr, Skistation). Dazu rufen auf: zahlreiche DGB-Kreisverbände und -Ortskartelle sowie Einzelgewerkschaften, auch aus Österreich; SPD-Unterbezirke, die

Grünen (Bundesgeschäftsstelle sowie regional), DKP Südbayern und Bunte Liste Lindau; zahlreiche Widerstands- und Verfolgtenorganisationen auch aus Norwegen, Finnland, den Niederlanden, Österreich, Belgien und Bulgarien; sowie mehrere Jugendorganisationen, religiöse Gruppen und Prominente. Die "Kämpfende Jugend" wird zu den Vorbereitungstreffen jedoch als unerwünscht nicht mehr eingeladen. Noch ehe die Regierungsparteien im Bundestag die Faschisten zu ihren Treffs ermunterten, kündigten einige von diesen die Aufstellung eines größeren Schlägertrupps an. Die CSU und die Bayerische Staatsregierung hielten sich bisher auffällig-un auffällig zurück. – (ael)

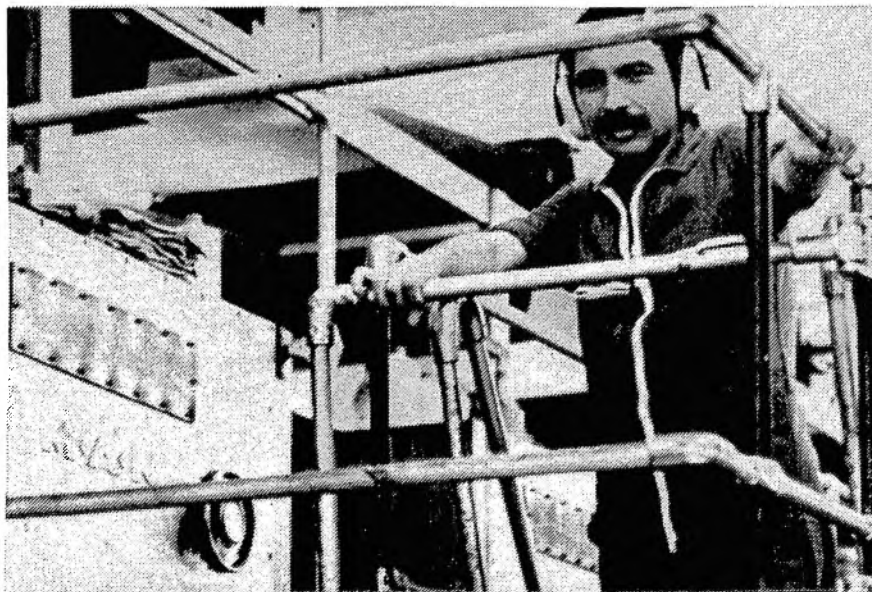
Arbeitszeitverkürzung Druckindustrie

DIE KAPITALISTEN STOSSEN WEITERE TORE ZUR FLEXIBILISIERUNG AUF

München. Die IG Druck und Papier hat es als ihren Erfolg bezeichnet, die individuelle Flexibilisierung der Arbeitszeitverkürzung abgewehrt zu haben, indem eine Woche länger als in der Metallindustrie gestreikt wurde. In einer Vielzahl von Betrieben sind die Vereinbarungen über die 38,5 Stundenwoche abgeschlossen, in anderen stehen Einigungsstellenverfahren an. Es zeigt sich, daß die Kapitalisten aufgrund gravierender Schwächen im Manteltarifvertrag bisher noch fest geregelte Arbeitszeiten weiter unterlaufen und außer Kraft setzen.

Im Tiefdrucksektor gilt das Hauptaugenmerk der Konzerne Burda, Bauer und Bertelsmann der Einführung der regelmäßigen Samstagsarbeit. Der Manteltarifvertrag schließt die 6-Tage-Produktionswoche nicht

welchem Umfang die Arbeitszeiten bereits nahtlos den Produktionsabläufen angepaßt sind. Im Münchner Zeitungsverlag bestehen beispielsweise 60 verschiedene Arbeitszeiten. Unter diesen Umständen verwundert es nicht, daß die Rotationsdrucker den Betriebsrat aufforderten, eine Vereinbarung über eine regelmäßige 41-Stundenwoche bei fünf freien Tagen alle sechs Wochen abzuschließen. Denn auch der Betriebsrat konnte nicht erklären, wie bei einer regelmäßigen Verkürzung pro Woche Überstunden verhindert werden könnten. Im Süddeutschen Verlag, wo eine Regelung über vier freie Tage plus eine Stunde Verkürzung pro Woche abgeschlossen wurden, ist die konkrete Festlegung der Arbeitszeiten auf die Abteilungen übertragen worden, weil



aus, die in den Zeitungsbetrieben seit jeher Praxis ist. Bei Gruner und Jahr (Bertelsmann-Konzern) lockt die Geschäftsleitung mit Neueinstellungen, bei Nichtzustimmung des Betriebsrats müßten dagegen erhebliche Entlassungen durchgeführt werden. Die 6-Tage-Produktion soll nach dem Muster drei Wochen Arbeit, eine Woche frei durchgeführt werden, was vielen Beschäftigten verlockend erscheint, da jeweils für einen längeren Zeitraum der Produktion entflohen wird. Die Betriebsräte der genannten Konzerne haben sich zwar auf eine generelle Ablehnung der Samstagsarbeit geeinigt, ob dies aber im Einigungsstellenverfahren durchgehalten werden kann, ist mehr als fraglich.

In den Zeitungsbetrieben zeigt die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung erst mit aller Deutlichkeit, in

sich auch der Betriebsrat außerstande sieht, eine generelle Regelung zu formulieren.

In Klein- und Mittelbetrieben, wo der Arbeitsrhythmus wesentlich von auftraggebenden Großbetrieben bestimmt wird, sind vielfach Abschlüsse getätigt worden, die auf dem Papier den Vorstellungen der IG Druck und Papier entsprechen: Regelmäßig wöchentlich wird die Arbeitszeit um 1,5 Stunden verkürzt, zumeist am Freitag. Es ist aber bekannt, daß die tatsächlichen Arbeitszeiten oft vollkommen anders gehandhabt werden, wie das Beispiel der Firma MT Color in München zeigt: Hier werden Farbsätze für Großdruckereien gefertigt. Da es sich um Terminarbeiten handelt, wird den Retuscheuren die Arbeitszeit weitgehend freigestellt, zu welcher Zeit sie arbeiten, wenn nur

der Termin gehalten wird. Folglich blüht die Nacht-, Samstags- und Sonntagsarbeit. Man kann davon ausgehen, daß in vielen Kleinbetrieben die Arbeitszeitverkürzung lediglich zu geringfügig steigenden Löhnen durch erhöhte Überstunden führt.

Teilweise haben Belegschaften Druck ausüben können, indem sie seit dem 1.4.1985 jeweils nach der Ableistung von 38,5 Stunden nach Hause gingen, obwohl noch keine Betriebsvereinbarung vorlag. Die Belegschaften der vier Faltschachtelwerke von Europacarton (ECA) haben zusätzlich verhindern können, daß die Tarifflucht des Kapitalisten in die Papierverarbeitung zu erheblichen Verlusten beim Lohn und Ansprüchen aus dem Manteltarifvertrag führt, nachdem sie erfolgreich eine Urabstimmung durchführten. Keinesfalls können diese Aktionen aber darüber hinwegtäuschen, daß die Belegschaften der Druckindustrie mit dem Rücken an der Wand gegen hemmungslose Flexibilisierungsmaßnahmen kämpfen. Und zusätzlich droht durch diesen seit Monaten andauernden Kräfteverschleiß die Behandlung strategischer Fragen völlig in den Hintergrund zu treten: So hat der Ortsvereinsvorstand der IG Druck München die Behandlung eines Antrags auf Podiumsdiskussion über die Arbeitszeitgesetzgebung immer wieder mit dem Hinweis auf die laufenden betrieblichen Auseinandersetzungen vertagt. — (chs)

Krankenhäuser

RESTURLAUB AUS 1984 – ETWA IM SPÄTHERBST?

Hamburg. Es gibt Beschäftigte in der ENDO-Klinik Hamburg/Wintermoor, einer chirurgischen Klinik mit ca. 700 Beschäftigten, die im April dieses Jahres den Resturlaub aus 1984 noch nicht nehmen konnten. Hatte sich die Klinikleitung bisher schon erlaubt, das Urlaubsjahr bis zum 31.3. auszudehnen, so scheinen jetzt die Grenzen vollends eingerissen zu sein, innerhalb derer die Beschäftigten Anspruch auf Urlaub haben.

Das Ganze geht zurück auf eine Untersuchung der Fehlzeiten in der ENDO-Klinik. Seit 1981 wird eine Fehlzeitstatistik geführt, "um gegenüber den Kassen beim Stellenplan die Fehlzeiten geltend zu machen", wie es damals hieß. Die Dauer der Fehlzeit in Stunden, sortiert nach 17 "Gründen", muß monatlich der Personalabteilung gemeldet werden.

F. Rähling, von der Klinik im Rahmen seiner Diplomarbeit mit der Auswertung der Fehlzeitstatistik betraut, läßt die Katze aus dem Sack. Unter dem Titel "Erste Schritte zur Personalkosten-Eingrenzung" untersucht er die Fehlzeitstatistik von

1982. Er stellt fest, daß der Krankenstand von Januar 1982 bis März 1982 mit ca. 5,1% am höchsten und die Gesamtfehlzeit im März 1982 mit 22 Prozent relativ hoch liegt. Dies läge an der starren Grenze des 31. März jeden Jahres, bis zu der der Resturlaub aus dem Vorjahr zu nehmen ist. Er schlägt vor, diese Begrenzung aufzuheben, um "die Lage im März zu entzerren". So wird der Urlaub vollends zur frei verfügbaren Zeit für die Klinikleitung gemacht, der Beschäftigte muß sich mit seinen Urlaubswünschen flexibel der Arbeitsorganisation der Klinik anpassen.

Die "Absentismusneigung" bestimmter Personengruppen soll bei künftigen Einstellungen berücksichtigt werden. "Erste Ergebnisse in der ENDO-Klinik zeigen, ... daß jüngere Mitarbeiter häufiger fehlen als ältere. Die Zahl der Kurzerkrankungen (bis zu fünf Tagen) ist bei den Untersuchungseinheiten mit den höchsten Fehlzeiten deutlich höher als bei denen niedrigster Fehlzeiten. Außerdem bestätigt sich ... die Erfahrung, daß ca. 30% der Mitarbeiter für 80% der Fehlzeiten verantwortlich sind."

Die Beschäftigten sollen künftig bei einer Grippe ihre Gesundheit der ENDO-Klinik opfern. Das Ziel der Klinikleitung ist, die Beschäftigten der Möglichkeit zu berauben, sich der Vernutzung ihrer Arbeitskraft zu entziehen.

Quellenhinweis: F. Rätthling, Fehlzeitenanalyse im Krankenhaus, in Personalwirtschaft 9/83. — (las)

38,5 Std./Woche

WENIG ZU FEIERN

Hamburg. Mit den offiziellen Bilanzen in Sachen Arbeitszeitverkürzung der IG Metall wird viel vernebelt, obwohl die Offenlegung der Probleme zwecks Korrektur dringend ist. Erst die Durchsicht der Betriebsvereinbarungen zur Arbeitszeitverkürzung zeigt das Ausmaß der von den Kapitalisten angestrebten Aushöhlung des Tarifvertrages. 60000 Arbeiter und Angestellte in 156 Metallbetrieben in Hamburg unterliegen dem neuen Tarifvertrag. Am 1.4. lagen 132 Betriebsvereinbarungen für 46500 Beschäftigte vor. Für 27500 gilt eine wöchentliche/tägliche Arbeitszeitverkürzung, andere wichtige Betriebe wie die AEG oder die Hamburger Aluminiumwerke sind noch in der Einigungsstelle. Für die übrigen 19000 Beschäftigten gelten neben anderen Vereinbarungen Freischichten. Unter "anderen Vereinbarungen" verbirgt sich so manches, wie man am Beispiel der Werft Blohm+Voss sehen kann. Das hier abgeschlossene "Paket" von Betriebsvereinbarungen sieht vor:

1. Beibehaltung der 40-Stunden-Woche, Arbeitszeitverkürzung wird in Freischichten übers Jahr geregelt.
2. Der Samstag ist kein Regelarbeitstag.
3. Pro Vorstandsbereich wird ein Überstundenvolumen vom Betriebsrat gebilligt, das sich aus der Zahl der Arbeiter mal 10 Stunden pro Monat ergibt (B+V hat zur Zeit ca. 4000 Beschäftigte).
4. Keine Massenentlassungen 1985, alle Azubis werden übernommen.
5. Azubis können Freischichten bei der Ausbildungsleitung beantragen. Die Vereinbarung "Mehrarbeit" gilt bis Ende 1985.

Das Zugeständnis des Betriebsrates zu einigen Hunderttausenden von Überstunden ist schon stark. Erpreßt hat der Vorstand von Blohm+Voss dies mit der Androhung der Samstagsarbeit als Regelarbeitszeit. Dagegen hat es eine gute Demonstration der Belegschaft gegeben, die als Grundlage für weitere Aktionen gegen Überstunden hätte genutzt werden können. Dies zu organisieren, sah sich der Betriebsrat nicht in der Lage und verhinderte entsprechende Anträge im Vertrauenskörper. In der Hoffnung, mit Zugeständnissen bei den Überstunden den Vorstand z.B. in der Frage der Übernahme der Lehrlinge gnädig zu stimmen, verzichtete er dann im weiteren auf die gemeinsam vom VK und BR gefaßten Beschlüsse zur Arbeitszeitverkürzung am Donnerstag und Freitag ohne Absprache in diesen Gremien.

Die Überstundenregelung ist den Werftkapitalisten Gold wert: 1983 wurden bei gleichzeitig 450000 Kurzarbeiterstunden 60000 Überstunden per Einigungsstelle durchgesetzt. (1984: Bis September 50000 Kurzarbeiter bei 324000 Überstunden). Den Streit mit der Einigungsstelle haben sich die Kapitalisten mit dieser Regelung weitestgehend vom Halse geschafft. Mit seiner Blankounterschrift zu den Überstunden hat der Betriebsrat das von ihm in der Vereinbarung betonte "Prinzip der Freiwilligkeit" gleich mitgekillt. "Nie wieder so einen Tarifvertrag!" erklärte der Vertrauenskörper-Leiter zum Abschluß der Verhandlungen. Aber den hat man ja nun an den Hacken. — (mie)

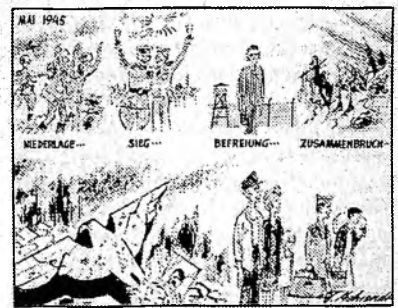
Schulpolitik

UNTERRICHTSHILFEN ZUM 8. MAI

Stuttgart. Im Auftrag des Kultusministeriums gibt die Landeszentrale für politische Bildung ein Materialheft für Lehrer zum 8. Mai 1945 heraus (s. Bild). Der Direktor der Anstalt: "Der Landeszentrale ... kommt es darauf an, daß das Geschehen in seiner ganzen Breite gesehen und beurteilt wird." Wieweit reicht nun die Breite des Materials?

Zu Beginn wird im Kapitel "Niederlage oder Befreiung" die Behauptung in die Welt gesetzt: "In Deutschland begann die sogenannte Stunde Null." Das somit angekündigte Interesse an der Vermittlung eines Geschichtsbildes, das die Kontinuität der Expansionsziele des deutschen Monopolkapitals verborgen hält, jede Verbindung desselben mit der Politik kappt und insbesondere 1945 den absoluten Kontinuitätsbruch behauptet, muß in der Quellenauswahl entsprechend vorgehen. Demzufolge findet man keine Quellen über Kriegsziele, Verflechtung Kapitalistenverbände/NSDAP, Tätigkeiten und Ziele antifaschisti-

PU aktuell



Zum 8. Mai 1945

INHALT: 1. Die Kapitulation 2. Die Flucht 3. Die Vertreibung 4. Die Sowjetunion 5. Die Polen 6. Die Deutschen 7. Die Amerikaner 8. Die Briten 9. Die Franzosen 10. Die Italiener 11. Die Japaner 12. Die Chinesen 13. Die Russen 14. Die Indier 15. Die Australier 16. Die Neuseeländer 17. Die Südafrikaner 18. Die Portugiesen 19. Die Spanier 20. Die Griechen 21. Die Türken 22. Die Araber 23. Die Juden 24. Die Roma 25. Die Zigeuner 26. Die Homosexuellen 27. Die Behinderten 28. Die Kranken 29. Die Alten 30. Die Kinder 31. Die Frauen 32. Die Männer 33. Die Arbeiter 34. Die Bauern 35. Die Handwerker 36. Die Kaufleute 37. Die Beamten 38. Die Soldaten 39. Die Offiziere 40. Die Generäle 41. Die Admirale 42. Die Flieger 43. Die Marine 44. Die Luftwaffe 45. Die Wehrmacht 46. Die Waffen-SS 47. Die Hitlerjugend 48. Die Volksturm 49. Die Sturmabteilung 50. Die Schutzstaffel 51. Die Sturmabteilung 52. Die Schutzstaffel 53. Die Sturmabteilung 54. Die Schutzstaffel 55. Die Sturmabteilung 56. Die Schutzstaffel 57. Die Sturmabteilung 58. Die Schutzstaffel 59. Die Sturmabteilung 60. Die Schutzstaffel 61. Die Sturmabteilung 62. Die Schutzstaffel 63. Die Sturmabteilung 64. Die Schutzstaffel 65. Die Sturmabteilung 66. Die Schutzstaffel 67. Die Sturmabteilung 68. Die Schutzstaffel 69. Die Sturmabteilung 70. Die Schutzstaffel 71. Die Sturmabteilung 72. Die Schutzstaffel 73. Die Sturmabteilung 74. Die Schutzstaffel 75. Die Sturmabteilung 76. Die Schutzstaffel 77. Die Sturmabteilung 78. Die Schutzstaffel 79. Die Sturmabteilung 80. Die Schutzstaffel 81. Die Sturmabteilung 82. Die Schutzstaffel 83. Die Sturmabteilung 84. Die Schutzstaffel 85. Die Sturmabteilung 86. Die Schutzstaffel 87. Die Sturmabteilung 88. Die Schutzstaffel 89. Die Sturmabteilung 90. Die Schutzstaffel 91. Die Sturmabteilung 92. Die Schutzstaffel 93. Die Sturmabteilung 94. Die Schutzstaffel 95. Die Sturmabteilung 96. Die Schutzstaffel 97. Die Sturmabteilung 98. Die Schutzstaffel 99. Die Sturmabteilung 100. Die Schutzstaffel

scher Kräfte nach 1945, entsprechende Kontrollratsgesetze, nichts zur Restauration der ökonomischen Macht der Reichsbourgeoisie in Zusammenarbeit mit den westlichen Besatzungsmächten gegen erhebliche innere Widerstände. Hingegen wird ausführlich der "Zusammenbruch" dokumentiert, eingeleitet mit einer Kartenserie aus der "Welt" "Aufstieg und Fall des III. Reichs", die als Ausgangspunkt die territoriale Ausdehnung am 1.9. 1939 wählt. In einer Zeittafel wird Dönitz als Verdienst angerechnet, "durch die Verzögerung der Gesamtkapitulation mehr als die Hälfte des Ostheeres in den Machtbereich der Westmächte" überführt zu haben. Die bekannten Teilungslegenden folgen. Viel Raum nimmt das Kapitel "Flucht und Vertreibung" ein, das man Prof. Bracher so beurteilen läßt: Die der Massenflucht folgende Vertreibung sei der Nachgiebigkeit der Westmächte gegenüber den Forderungen der Sowjetunion und Polens geschuldet.

Das dokumentierte derzeitige innenpolitische Meinungsspektrum reicht von der Position des Europadirektors jüdischer Orden, E.L. Ehrlich, zur Zeit finde der Versuch statt, die 12 Jahre Diktatur auszulöschen, bis hin zum Aufkleber des Münchener DSZ-Verlages "8. Mai 1945. Kapitulation feiern — Nein Danke!", der z.Zt. von Neonazis getragen wird. — (zem)

NRW-Landtagswahlen

GRÜNE UND FRIEDENSLISTE: MÖGLICHKEITEN FÜR BÜNDNISSE DER WERKTÄTIGEN

Die FDP will "Eliten" und Mittelständler zum Angriff auf die Arbeiter und Gewerkschaften mobilisieren. CDU und SPD sind sich darin einig, daß beim öffentlichen Dienst massiv eingespart werden soll. Mit der FDP ist sich die CDU in der Förderung der "Tüftler" und "Eliten" und den notwendigen Korrekturen der Löhne nach unten einig, damit NRW wieder eine Zukunft hat. Und sie verhehlt nicht, daß die Tarifverträge im Wege stehen. Die SPD übt Kritik am Sozialabbau der Bundesregierung, aber nur, weil sie sich um den "sozialen Konsens" sorgt. Um ihn zu erhalten, propagiert sie "realistischen Wohlstand" und die "solidarische Gesellschaft", in der dem Arbeitslosen, Alten und den schlecht Verdienenden "Hilfe" gegeben werden soll.

Gegen die Grünen im Landtag sind alle drei. Welche Orientierung liefert die politische Opposition dagegen?

Der DGB hat Wahlprüfsteine herausgegeben, sie entsprechen zum Teil bis in die Formulierungen dem SPD-Programm.

Die **Grünen** legen ein Programm vor, mit dem sie auch Arbeiter gewinnen

wollen. Aber warum kriechen sie dann der reaktionären Propaganda von den "Sonderrechten" der Beamten auf den Leim? Sie fordern den "Abbau des Nacht- und Wochenendschichtsystems bei angemessenem Lohnausgleich", das macht eine Bündnispolitik möglich. Die "Flexi"-Angriffe von FDP und CDU werden von den Grünen mitgetragen. Sie sind für "individuelle Wahlmöglichkeiten bezüglich Lage und Dauer der Arbeitszeit bei voller sozialer Absicherung" und für mehr Teilzeitarbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Eine "Expansionsstrategie der bundesdeutschen Stahlindustrie auf Kosten ausländischer Stahlunternehmen (und deren Arbeitsplätze)" lehnen sie ab. Das ist angesichts der chauvinistischen Mobilisierung von Rau und Blüm ein Anhaltspunkt gegen Nationalismus.

Hansen, DS-Bundesvorstand, Uta Ranke-Heinemann, Pastorin, und etliche andere Liberale und Christen haben auf das Programm der **Friedensliste** stark Einfluß genommen. So deckt es sich mehrfach mit Forderungen des DGB nach Arbeitsbeschaffungsprogrammen wie mit

dem SPD-Arbeit- und Umweltprogramm und spricht sich für den Ost-Expansionskurs der sozialliberalen Bundesregierung unter Schmidt aus. Sie erwähnt den Revanchismus, fordert aber nicht die Anerkennung der Grenzen. Gegen die Ausdehnung des Rüstungshaushalts und die Förderung der Rüstungskonzerne in NRW fordert sie eine "Mindestrente als menschenwürdige Volksrente für jedermann" und die Sicherung der sozialen Leistungen und Einrichtungen. Sie ruft dazu auf, daß "Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zusammengehen und den Kern eines großen politischen und sozialen Bündnisses der 'Politik von unten' bilden", und stellt fest: "SPD und Grüne sind nicht unsere Gegner". Ihre Kandidatur bezeichnet die Friedensliste als ersten "notwendigen Schritt zu einem Bündnis aller demokratischen Kräfte auch bei Wahlen". Da sollte sie schon unterscheiden zwischen regierender SPD und sozialdemokratischer Basis. Und schädlich ist auch, daß sie sich auf Mitbestimmung und Einspruchsrechte in den Fragen der Wirtschaftspolitik beschränkt und zur Verteidigung des Grundgesetzes und der wahren nationalen Interessen aufruft.

Gegen solche Angebote sollten die revolutionären Kräfte in die Diskussion mit der Friedensliste und auch mit den Grünen gehen. — (düb,wof)

AUSZÜGE AUS DEN LANDESWAHLPROGRAMMEN

* DIE GRÜNEN *

Wirtschaft

"In der Wirtschaftspolitik gibt es seit langem eine große Koalition von CDU/FDP und SPD. Eckpunkte dieser Politik sind: Exportorientierung, Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, Modernisierung der Volkswirtschaft ... CDU und FDP setzen zur 'Verbesserung des Investitionsklimas' offen auf einen sozialpolitischen Kahl-schlag: Sie propagieren die Ellenbogengesellschaft, in der der Stärkere wieder zu seinem Recht kommt. Lohnsenkungen und Einkommensverluste bei der Masse der Erwerbstätigen werden als Voraussetzung für weiteres Wirtschaftswachstum angesehen. Individuelle und kollektive Arbeitnehmerrechte werden ... zurückgenommen."

Rechtspolitik

"Wenn die GRÜNEN den populären Ruf nach 'weniger Staat' aufnehmen, so meinen sie damit etwas ganz anderes, als die anderen Parteien: Uns geht es nicht darum, Kindergärten oder Krankenhäuser einzusparen oder mühsam erkämpfte Schutzrechte der sozial Schwachen zu kassieren, sondern beispielsweise

um den Abbau von Polizei- und Militärapparat ... Wir GRÜNEN wollen weder die im Beamtenrecht verankerten zusätzlichen Pflichten noch — soweit sie bestehen — Sonderrechte der Beamten ... Verzicht auf ... Hochsicherheitstrakte, Isolationshaft und Trennscheiben ..."

Armut

"Kurzfristig müssen die Regelsätze in den existierenden sozialen Sicherungssystemen ... auf Mindestbeträge aufgestockt werden, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Die GRÜNEN fordern ein Sofortprogramm zur Eindämmung der Armut."

* DIE FRIEDENSLISTE *

Der Frieden muß

wahlentscheidend werden!

"Von NRW aus Druck machen für den Stopp und den Abbau der Atomraketen, für den Stopp und die Senkung der Rüstungsausgaben, von NRW aus das Gegenmodell zur Wendepolitik aufbauen. Darum vor allem muß es bei dieser Landtagswahl gehen."

Arbeitsplätze und soziale Rechte

"Der 'Aufschwung' findet statt bei den Rüstungsausgaben und bei den Gewinnen der Großunternehmen. Zu

ihren Gunsten werden Gelder umverteilt, wird eine brutale Rotstift-politik durchgesetzt ... Mit einem Sofortprogramm von 5 Milliarden DM könnten zehntausende Arbeits- und Ausbildungsplätze neu geschaffen werden ... Umweltschutz könnte weiterentwickelt und damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden ... Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst müssen beendet bzw. rückgängig gemacht werden ... Neue Technologien erfordern mehr demokratische Einflußmöglichkeiten ... Sicherung von Arbeitsplätzen durch den Ausbau des Ost-West-Handels ... verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung ... Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle ... Im Falle der Arbeitslosigkeit oder der sozialen Bedürftigkeit muß eine ausreichende finanzielle Absicherung ... sein."

... für Bürgerrechte

"Mit der Verabschiedung des Grundgesetzes vier Jahre nach Kriegsende sollten Lehren aus der bitteren Erfahrung von Krieg und Faschismus gezogen werden ... Es gilt, Bürgerrechte und Grundgesetz durch demokratisches Engagement von unten gegen die Staatswillkür von oben zu verteidigen."

Landsmannschaften

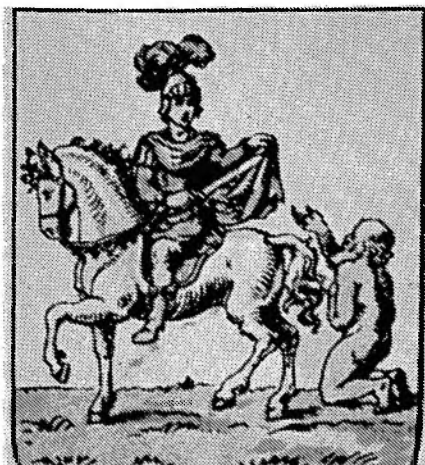
GEMEINDERAT FÖRDERT "KARPATENDEUTSCHES"

Karlsruhe. Vom 24. bis 26. Mai plant die Karpatendeutsche Landsmannschaft ihr Bundestreffen in Karlsruhe durchzuführen. Die Stadt Karlsruhe hat im Rahmen der Patenschaftsbeziehungen, die zwischen Gemeinden, Kreisen und Bundesländern einerseits und den ehemaligen "zur Zeit besetzten" Ost- und Südostgebieten erhalten und gefördert werden, die Patenschaft für die "karpatendeutsche Minderheit" übernommen und hilft tatkräftig, das "karpatendeutsche Kulturwerk" am Leben zu erhalten. Jährlich werden zwischen 25000 und 50000 DM aus dem kommunalen Haushalt zur Verfügung gestellt. Für die geplanten Großveranstaltungen hat die Stadt nochmal 20000 DM bereitgestellt. Der Aufbau eines "Karpatendeutschen Heimatmuseums" soll bis zu dem Bundestreffen abgeschlossen sein.

Die Karpatendeutsche Landsmannschaft wurde im Juni 1949 in München gegründet, nachdem bereits 1945 unter dem Tarnnamen "Evangelisch-lutherisches Hilfskomitee für die Slowakeideutschen" wieder mit der Organisation der deutschen Minderheit begonnen wurde. Die Karpatendeutsche Landsmannschaft gehört zur sogenannten Südostgruppe der Vertriebenenverbände, die die Ansprüche der BRD-Imperialisten gegenüber den Völkern Südosteuropas wachhalten und propagieren sollen.

Die Karpaten erstrecken sich als Gebirgszug quer durch die CSSR und Rumänien. Teile Ungarns, Polens sowie die Ukrainische Sowjetrepublik werden ebenfalls von den Karpaten durchzogen. Die offiziell propagierten Ansprüche beziehen sich in erster Linie auf die Slowakische Sozialistische Republik als Teil der CSSR. Einer der Sprecher der Landsmannschaft — nach Kriegsende von den Alliierten als Kriegsverbrecher gesucht — F. Karmasin, war vor dem Krieg Vorsitzender der Karpatendeutschen Partei, maßgeblich beteiligt an der Zerschlagung der tschechoslowakischen Republik durch den Hitlerfaschismus und von diesem zum "Volksgruppenführer auf Lebenszeit" ernannt. Er übernahm 1957 den geschäftsführenden Vorsitz des Witikobundes und förderte entschieden die enge Zusammenarbeit zwischen der Karpatendeutschen und der Sudetendeutschen Landsmannschaft, um wieder "den Blutstrom deutschen Lebens bis in die letzte Sprachinsel . . . zu leiten".

Neben der Förderung der Karpatendeutschen Landsmannschaft hat die CDU im Gemeinderat ein weiteres Projekt eingebracht. Der CDU-Fraktionvorsitzende Rüssel fordert ein



Der Heilige St. Martin: christlicher Schutzpatron karpatendeutscher Kolonisation und Eroberung

"Haus der Heimat", ein "Wunsch, der immerhin über 50000 in Karlsruhe lebende Menschen betrifft". 250000 DM sollen aus dem Kommunalhaushalt für "Heimatvertriebene wie auch die zahlreichen Aussiedler deutscher Volkszugehörigkeit aus dem Osten und Südosten" für ein Zentrum der "Heimatspflege, das alle deutschen Gebiete umfaßt", zur Verfügung gestellt werden.

Als einzige Partei im Gemeinderat hat die Grüne Liste die Forderung nach einer solchen Einrichtung ebenso abgelehnt wie die Unterstützung der revanchistischen Großveranstaltung vom 24.—26. Mai. — (map)

Frauenbericht '85

AUFWERTUNG DER HAUS- FRAU UND MUTTER

Kiel. "Frauen, die sich ganz der Familie und ihren Kindern widmen wollen, dürfen dies nicht mit unzumutbaren Härten erkaufen müssen." Und: "Nach Auffassung der Landesregierung stellt die Familienleistung der Frau ebenso einen Beitrag zum Generationenvertrag dar, wie die Beitragszahlung aus dem Erwerbsleben." So der Frauenbericht '85, den die Landesregierung Schleswig-Holsteins am 12. März zur Landtagsdebatte vorlegte (Drs. 10/871). Unter dem Stichwort der Gleichwertigkeit von Familie und Beruf beabsichtigt sie die ideologische und materielle Aufwertung der Hausfrau und Mutter. Unter der reaktionären Tünche der Unabdingbarkeit der "Mutter" für die Kinderaufzucht will sie die Frau als Opferlamm zur Pflege von Kindern und Kranken.

Nun denkt die Landesregierung keineswegs an die Abschaffung der Frauenerarbeit — das wäre den Kapitalisten nicht recht, verständlich: Von den 2,6 Mio. Einwohnern Schleswig-Holsteins sind 52% (1,35 Mio.) Frauen. Ihre Er-

werbsquote betrug 1983 52,6% (BRD: 50,7%); darin ist eine Arbeitslosenquote von 10,8% enthalten. 265700 Frauen (68% mit Kindern) arbeiteten 1983 sozialversicherungspflichtig, u.a. in folgenden Branchen: 86251 in Dienstleistungen, 53362 im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Bau), 57768 im Handel. Die Niedriglöhne im Handel, v.a. als Verkäuferin, sind bekannt. In der Industrie ist es nicht besser: Im April 84 arbeiteten dort 36,7% der Frauen als Angelernte (12,09 DM/Std.) und 58,1% als Ungelernte/Hilfsarbeiterinnen (11,12 DM). Der Bericht selbst weist auf die niedrigen Löhne für Frauen und auf die Verbindung zwischen hohem Frauenanteil in einer Branche und niedrigem Lohn hin — ohne daran etwas ändern zu wollen.

Was die Landesregierung auf keinen Fall will ist, 1. daß sich Frauen durch Berufstätigkeit zu einem ausreichenden Lohn eine vom Mann unabhängige Existenz aufbauen können, und 2. daß für Kinderaufzucht, Altenpflege usw. gesellschaftliche Bedingungen geschaffen bzw. nicht weiter abgebaut werden. Stattdessen propagiert die CDU-Regierung einerseits das Drei-Phasen-Modell (Ausbildung/Beruf — Familie — Berufstätigkeit) und zum anderen Teilzeit-, Flexi- und Heimarbeit. Um den Zwang zur Annahme solcher Schutzverträge zu erhöhen, erklärt die Regierung zugleich strikt, daß weitere Kindergärten nicht mehr gebaut würden, da angeblich ausreichend vorhanden, sondern nur örtliche Selbsthilfe (von Frauen und Müttern!) gefördert werde. Von Kinderkrippen, Ganztagschulen — vom ÖTV-Kreisfrauenausschuß Kiel gerade gefordert, um dem Zwang zu Teilzeitarbeit entgegenzuwirken, ist — verständlicherweise — schon gar keine Rede. Gleichzeitig will die Regierung aber den Ehefrauen der Besserverdienenden für ihre Rolle als "Gattin" und hingebungsvolle Mutter, evt. mit noch einem Ehrenamt bekleidet, die nötige Anerkennung verschaffen. — (brb)



Die Regierung will die Rückkehr älterer Krankenschwestern in den Beruf, v.a. in Sozialstationen fördern.

§ 218 in Bayern

ZUSÄTZLICHE SCHIKANEN UND ANGRIFFE AUF DIE "SOZIALE INDIKATION"

München. Auch wenn eine Frau in Bayern die Indikation von einem Arzt erreicht hat und die soziale Beratung hinter sich gebracht hat, muß sie noch einige Hürden überwinden, um den Schwangerschaftsabbruch hinter sich zu bringen. Mehrere erschwerende Bestimmungen sorgen für ausgebaute Schikane: 1. die Bestimmung, daß der Arzt, der den Eingriff durchführt, nicht die Indikation stellen darf, 2. daß der Eingriff nicht ambulant durchgeführt werden darf, 3. daß weder Ärzte noch Kliniken trotz vorliegender Indikation verpflichtet sind, den Eingriff durchzuführen.

In München hat letztere Bestimmung dazu geführt, daß es praktisch nur noch zwei Kliniken gibt, in denen der Eingriff ohne größere Probleme durchgeführt wird, aber auch da noch alle möglichen Bedingungen gestellt werden. Z.B. setzt eine der beiden Abtreibungskliniken voraus, daß die Indikation vom Münchner Gesundheitsamt gestellt wird. Dort haben die Frauen ein regelrechtes Verhör über sich ergehen zu lassen über die Gründe, die sie zur Abtreibung zwingen. Nachweise werden von ihnen verlangt über Einkommen, Miete, Verdienst der Angehörigen, auch über die Beziehung zum Partner, dessen finanzielle und soziale Lage.

Die Bestimmung, daß in Bayern der Eingriff ambulant nicht vorgenommen werden darf, ist zwar landesrechtlich nicht gefaßt, aber die Tatsache, daß er auch nicht ausdrücklich erlaubt ist, hat einem Münchner Arzt, der mehrere Male einen ambulanten Abbruch durchführte, ein Strafverfahren eingehandelt.

Besonders betroffen von diesen schikanösen Bestimmungen sind die Frauen, die auf dem Land wohnen. Eine junge Frau aus Niederbayern, 18 Jahre alt, noch in der Berufsausbildung, berichtete uns, daß sie 14 Ärzte im ganzen Landkreis regelrecht bekneien mußte, bis einer sich bereit erklärte, ihr eine Indikation zu stellen und die Adresse einer Münchner Klinik zu geben, in der sie den Eingriff vornehmen lassen konnte. Vorher landete sie auch noch bei einer katholischen Beratungsstelle in Plattling, weil es in der Gegend nur konfessionelle Beratungsstellen gibt. Der christliche Berater sah sich verpflichtet, sie in einem dreistündigen Gespräch zu bearbeiten, sie solle ihre Ausbildung abbrechen, sich ihrer Mutterpflichten widmen und sich nicht des Kindsmordes schuldig machen. Als sie sich nicht "überzeugen" ließ, gipfelte dieses Be-

ratungsgespräch in der Empfehlung, sie solle wenigstens das Kind austragen und dann zur Adoption freigeben.

"pro familia" in Bayern

Die Münchner Beratungsstelle von "pro familia" haben wir über ihre Erfahrungen mit der bayerischen Abtreibungspraxis befragt. "pro familia" hatte sich schon früh zu Geißlers Stiftung für "Mutter und Kind" kritisch geäußert. Jetzt hat sich laut der Beratungsstelle praktisch erwiesen, daß dies gute Gründe hatte. Die Beratungsstelle sei mit Anträgen überschwemmt worden, wobei nur in knapp 10% der Fälle für die Frauen etwas

schaffen. Deshalb hat die Beratungsstelle eine Unterschriftensammlung gegen diesen Plan eingeleitet, in der darauf hingewiesen wird, daß eine Schwangerschaftsunterbrechung in einer Klinik mit stationärem Aufenthalt zwischen 1200 und 1600 DM kostet. Müßten das in Zukunft die Frauen selbst bezahlen, würden wieder viele in die Hände von Kurpfuschern oder ins Ausland getrieben – den Frauen mit Geld würde das natürlich erspart.

"Pro familia" zur Lage

Zu ihrer eigenen Situation befragt, erklärte "pro familia", daß im Augen-



herausgekommen sei und auch das nur minimal gewesen sei und bestimmt nicht ausreichend, um die Erziehung und Versorgung eines Kindes auch nur annähernd finanziell abzusichern. "pro familia" ist der Auffassung, daß diese Gelder in Almosenhöhe und ohne Rechtsanspruch einzig und allein den Zweck haben, die soziale Indikation anzugreifen. Zudem seien die vermeintlich so großzügigen 50 Millionen der Stiftung von den Frauen selbst finanziert worden durch die Einsparung von 320 Millionen beim Mutterchaftsgeld.

Abtreibung auf Krankenschein

In die gleiche Richtung, nämlich die soziale Indikation zu beseitigen, geht laut "pro familia" das Bestreben, die Abtreibung auf Krankenschein abzu-

blicken, da die CSU-Mehrheit im Stadtrat durch die SPD bei den letzten Wahlen gebrochen wurde, sie eine "Atempause" hätten, vorher mußten sie ständig damit rechnen, daß ihnen die Zuschüsse gestrichen werden. Abgesehen davon, berichtete die Beratungsstelle, wälzt die CDU/CSU Pläne, die bundesweit ähnliche Verhältnisse wie in Bayern vorsehen: strikte räumliche und organisatorische Trennung von sozialer Beratung und Feststellung der Indikation. Ebenso ist in der Debatte, daß nur noch Ärzte, die einer besonderen Aufsicht unterliegen, die Lizenz zu Schwangerschaftsunterbrechungen bekommen. Würde das durchgesetzt, würde es auch nicht lange dauern, bis eine ähnliche Praxis bei den Beratungsstellen angewendet würde.

Die CSU und der § 218

Am 11. Februar 1985 kündigte der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe in Bonn an, daß sie noch vor der Sommerpause beim Bundesverfassungsgericht "gegen den Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein" für den Fall Klage erheben wird, falls die Bundesregierung nicht von sich aus einen Antrag stellt. Diese Klage soll sich dagegen richten, daß die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten für den Schwangerschaftsabbruch aus sozialer Notlage übernehmen. Dies ist innerhalb eines Jahres der zweite Anlauf, die soziale Indikation zu Fall zu bringen. Nun haben in Bayern die IG Metall-Frauen eine Unterschriftensammlung gestartet, um gegen diesen erneuten Vorstoß der CSU zu kämpfen. Diese Unterschriftensammlung wird von sämtlichen DGB-Frauenausschüssen mitgetragen.

Auf einer zentralen Veranstaltung des DGB-Kreisfrauenausschusses am 8. März in München wandte sich de-

ren Vorsitzende, D. Fries, gegen die Abtreibungspraxis in Münchens städtischen Krankenhäusern, Abtreibungen aufgrund sozialer Indikation immer häufiger nicht mehr vorzunehmen. Sie forderte, daß "die Kliniken ihren Dienstverpflichtungen nachkommen" müssen. Sie forderte auch auf zum Kampf gegen die überhöhten Krippengebühren in München (ein Kinderkrippenplatz kann in München bei einem zu versteuernden Einkommen von 60000 DM im Jahr mit Essensgeld annähernd 700 DM im Monat kosten). Von den Gewerkschaftsfrauen wird eine Unterschriftensammlung "Runter mit den Krippengebühren" durchgeführt. D. Fries berichtete auch, daß erstmalig in München eine Frauenkommission gebildet wurde, in der u.a. Stadträtinnen, Gewerkschafterinnen und Vertreterinnen von Frauengruppen zusammenkommen, um gegen frauenfeindliche Politik und alles, was damit zusammenhängt, besser agieren zu können.

Dies ist sicher angebracht, denn die CSU will in Bayern z.B. die Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind"

(8,4 Mio. 1985 im Landesetat), "Darlehen junge Familien" (jährlich 158 Mio.) weiter ausbauen, was im Rahmen der Verschärfung des § 218 sicher nicht schwer fallen würde. Der "Bischöfliche Hilfsfonds" und die "Aktion für das Leben" geben hier über die Kirche gerade auf dem Land erheblichen Flankenschutz. Den Begriff des "Mutterschaftsrisikos" einführend, will die CSU über das Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 im Bundestag beschließen lassen, in Betrieben bis zu 20 Arbeitnehmern die Arbeitgeberanteile am Mutterschaftsgeld in ein Umlageverfahren einzubeziehen, um, wie sie es ausdrückt, "ein Beschäftigungshemmnis für Frauen und Mädchen" zu beseitigen. Den kleinen und mittleren Betrieben sollen aus einem gemeinsam finanzierten Fonds etwaige zu leistende Mutterschaftsgelder bis zu 80% ersetzt werden.

Quellenhinweis: Bulletin der Bayerischen Staatskanzlei, 6/85; Bayerischer Landtag, Drucks. 10/6443; Info d. Frauen IG Metall, 10/2.85. — (dar, heg, lip)

IN DER DDR BESTEHT DAS RECHT AUF ABTREIBUNG

Die BRD gehört neben Spanien und der Schweiz zu jenen europäischen Ländern, in denen sowohl die Abtreibungsgesetzgebung (Indikationsgesetz) äußerst eng gefaßt als auch die praktische Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs nach wie vor schwierig ist. So dürfen z.B. gemäß den bayerischen Durchführungsbestimmungen keine ambulanten Abbrüche vorgenommen werden. Anstelle der für die Frau schonungsvollsten Abbruchmethode der Saugcurette wird in der BRD vielfach noch die Curettage (Ausschabung) angewendet, die ein doppelt so hohes Risiko in Bezug auf ernste Komplikationen hat wie die Absaugmethode. Gesetzeslage mit Zwangsberatung, Indikationsstellung usw. und schlechte Abbruchmöglichkeiten haben dazu geführt, daß in keinem anderen europäischen Land so spät und d.h. so risikoreich abgetrieben wird wie in der BRD. Im folgenden drucken wir das entsprechende Gesetz in der DDR ab, wo das Recht auf Abbruch besteht und die Frau hierüber entscheidet.

"Die Gleichberechtigung der Frau in Ausbildung und Beruf, Ehe und Familie erfordert, daß die Frau über die Schwangerschaft und deren Austragung selbst entscheiden kann. (...)

§1 (1) Zur Bestimmung der Anzahl, des Zeitpunktes und der zeitlichen Aufeinanderfolge von Geburten wird der Frau zusätzlich zu den bestehenden Möglichkeiten der Empfängnis-

verhütung des Recht übertragen, über die Unterbrechung einer Schwangerschaft in eigener Verantwortung zu entscheiden.

(2) Die Schwangere ist berechtigt, die Schwangerschaft innerhalb von 12 Wochen nach deren Beginn durch einen ärztlichen Eingriff in einer geburtshilflich-gynäkologischen Einrichtung unterbrechen zu lassen.

(3) Der Arzt, der die Unterbrechung der Schwangerschaft vornimmt, ist verpflichtet, die Frau über die medizinische Bedeutung des Eingriffs aufzuklären und über die künftige Anwendung schwangerschaftsverhütender Methoden und Mittel zu beraten.

(4) (...)

§2 (1) Die Unterbrechung einer länger als 12 Wochen bestehenden Schwangerschaft darf nur vorgenommen wer-

den, wenn zu erwarten ist, daß die Fortdauer der Schwangerschaft das Leben der Frau gefährdet, oder wenn andere schwerwiegende Gründe vorliegen. (Hierzu gehören auch außerordentliche Ereignisse, die 'dauernde erhebliche physische oder psychische Belastungen der Frau zur Folge haben werden')

(2) Die Entscheidung über die Zulässigkeit einer später als 12 Wochen nach Schwangerschaftsbeginn durchzuführenden Unterbrechung trifft eine Fachärztekommision (bei negativem Entscheid hat die Frau ein zweimaliges Einspruchsrecht)

§3 (1) Die Unterbrechung einer Schwangerschaft ist unzulässig, wenn die Frau an einer Krankheit leidet, die im Zusammenhang mit dieser Unterbrechung zu schweren gesundheitsgefährdenden oder lebensbedrohenden Komplikationen führen kann.

(2) ... wenn seit der Unterbrechung weniger als sechs Monate vergangen sind. In besonderen Ausnahmefällen kann die Genehmigung von der Fachärztekommision gemäß §2 Absatz 2 erteilt werden.

§4 (1) Die Vorbereitung, Durchführung und Nachbehandlung einer nach diesem Gesetz zulässigen Unterbrechung der Schwangerschaft sind arbeits- und versicherungsrechtlich dem Erkrankungsfall gleichgestellt.

(2) Die Abgabe ärztlich verordneter schwangerschaftsverhütender Mittel an sozialversicherte Frauen erfolgt unentgeltlich." (Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft vom 9.4.1972)



"Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine", Muttertagsaktion 1984

BOSCH ERZWINGT SAMSTAGSARBEIT

Stuttgart. Die Einigungsstelle im Bosch-Werk Waiblingen hat gegen die Stimmen der Betriebsräte entschieden, daß Dreischichter auch samstags arbeiten müssen und dafür in der Woche einen Freischichttag erhalten. Die Bosch-Kapitalisten argumentieren, daß Dreischichter jahrelang in der Frühschichtwoche samstags die halbstündige AZO-Pause hereingearbeitet hätten und daß nach §7.6. Manteltarifvertrag die Auslastung der Anlagen nicht vermindert werden dürfte. Der Betriebsrat ficht das Urteil vor dem Arbeitsgericht an. — (ros)

BMW: SAMSTAGSARBEIT VOM TISCH?

München. Mit seinen Aussagen, Voraussetzung für kürzere persönliche Arbeitszeit sei wirtschaftliches Wachstum, die Belegschaften müßten mündig entscheiden, wann sie arbeiten möchten (BMW-Modell), Flexibilisierung der Urlaubs statt Betriebsurlaub stieß BMW-Chef v. Kuenheim auf der Betriebsversammlung bei zahlreich erschienenen Angestellten auf Zustimmung. BR-Vorsitzender Goida erhielt zögernden Beifall, als er betonte, der

Karlsruhe. Gegen ein Angebot von 2,5% Lohnerhöhung und flexibler 38,5-Std.-Woche führten die Angestellten der Schneider-Kaufhäuser in Pforzheim, Rastatt und Kehl sowie Wertkauf Mannheim Warnstreiks durch. Am 18.4. demonstrierten 100 Betriebsräte aus Stuttgart und Karlsruhe vor dem Verhandlungsort (s. Bild). Die HBV hat für Baden-Württemberg als "Kompromiß" 3,4% Lohnerhöhung und 38,5 Stunden für alle mit Blockfreizeiten gefordert. — (rub)

Gesamtbetriebsrat hielt daran fest, den Samstag nicht als Arbeitstag festzuschreiben weder in den bestehenden noch im neuen Werk Regensburg. Zögernd auch, weil es nirgends verbrieft ist und auf der anderen Seite gerade die Bereitschaft verkündet wurde, den Betriebsurlaub dann auf drei Wochen zu verkürzen, wenn die Absatzlage es erfordere. Schwarz auf weiß steht jedoch fest und stieß auf Zustimmung: die Ausgleichszahlung an jene, die unter 38,5 Stunden arbeiten, wird nicht verrechnet, die der Weihnachtsgratifikation zugrunde liegende Stundenzahl wird nicht gekürzt, die Vorruhestandsregelung bleibt. — (ke)



LOHNKÜRZUNG ZURÜCKGENOMMEN

Bochum. Massive Proteste der Studenten und Beschäftigten der Universitäten in NRW haben bewirkt, daß Wissenschaftsminister Krumsiek einen Erlaß zurückgezogen hat, der bei studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften drastische Lohnsenkungen vorsah. Der Erlaß vom 14.12.84 sah für alle Arbeitsverträge ab 1.4.85 eine Senkung des Stundenlohns der studentischen Hilfskräfte von 11,72 auf 10,84 DM und der wissenschaftlichen Hilfskräfte von 18,54 auf 17,13 DM vor; außerdem sollte das Weihnachtsgeld gestrichen werden. — (mab)

AUSDEHNUNG DER LADENÖFFNUNG

Westberlin. Per Beschluß vom 23.4.85 hat der Senat von Berlin entschieden, daß die Westberliner Einzelhandelsgeschäfte an neun Freitagen in der Zeit von Mai bis September 1985 über die übliche Ladenschlußzeit von 18.30 Uhr hinaus bis 21.00 Uhr geöffnet gehalten werden können. Eine Beschränkung auf bestimmte Sortimente oder — wie 1984 auf den Citybereich — findet nicht statt. Angeblicher Anlaß dieser Entscheidung ist die "Bundesgartenschau". Der Senatsbeschluß ist Fortsetzung der Aufweichung der Ladenschlußzeiten. Der Konzentrationsprozeß im Handel wird befördert, die Schichtarbeit und der vollständige kapazitätsorientierte Einsatz der Arbeitskraft werden erweitert. Der Westberliner DGB

und die Gewerkschaft HBV als zuständige Gewerkschaft haben diese Entscheidung als "Kampfansage an alle 75000 Beschäftigten im Einzelhandel und ihre Familien" bewertet und Aktionen angekündigt. — (mam)

KRITIK AN PROF. WALTER

Kiel. Prof. N. Walter vom Kieler WWI hatte u.a. das Einfrieren der Löhne, Arbeitslosengeld und -hilfe auf Darlehen, höchstens drei Wochen Jahresurlaub, Lohnkürzungen bei Krankheit von 20% gefordert. Der Bezirksvorsitzende der Gewerkschaft Holz bezeichnete es auf einer Bezirkskonferenz "als eine Zumutung, daß Leute, die das Drei- bis Vierfache eines durchschnittlichen Arbeiterlohnes bekommen, sich für Kürzung von Löhnen aussprechen". Die Kreiskonferenz der Kieler AfA nannte Walters Vorschläge "zynisch und menschenverachtend" und verlangte seine sofortige Entlassung. — (kaq)

KFZ-HANDWERK: WARNSTREIKS

Mannheim. Die Beschäftigten bei Opel-Kannenberg und in zwei Produktionsbetrieben der Fa. Aurepa (zusammen 168 Arbeiter, 18 Angestellte und 35 Azubis) legten in Mannheim bzw. Hockenheim am 24.4. für ca. eine Stunde die Arbeit nieder. Die IG-Metall-Verwaltungsstelle betonte dazu, es sei nicht einzusehen, daß im KFZ-Handwerk v.a. bezüglich der Arbeitszeit schlechtere Bedingungen als in der Industrie herrschen sollten. — (tht)



Den General Motors-Kapitalisten ist in ihrem Montagewerk in Antwerpen (Belgien) eine schwere Lohnsenkung und die Einführung der Samstagsarbeit gelungen. Nach dem neuen Betriebstarif, der von den Gewerkschaften angenommen wurde, werden die Löhne zwei Jahre lang trotz Teuerung nicht erhöht, die Löhne für neu eingestellte Arbeiter sogar gesenkt. Achtmal im Jahr dürfen die Kapitalisten Samstagsarbeit anordnen. Das hatten sie seit zehn Jahren erreichen wollen. Durch die erneute Lohnsenkung wird der Druck auf die Arbeiter, am Samstag zu arbeiten, zusätzlich erhöht. Bild: Demonstration gegen die Lohnsenkungspolitik der Regierung. — (rül)

"Schlesiertreffen"**AKTIONSEINHEIT GEGEN
REVANCHISMUS UND NATIONALISMUS**

Hannover. Bereits als die "Landmannschaft Schlesien" ankündigte, ihr diesjähriges "Deutschlandtreffen" mit der Parole "40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" durchzuführen, wurde dagegen Widerstand organisiert, der auch in Anträgen im Niedersächsischen Landtag und im Rat der Stadt Hannover zum Ausdruck kam. Ministerpräsident Albrecht nutzte die entsprechende Landtagsdebatte, um auf eine weitere Verschärfung des Mottos zu dringen: "Die deutsche Teilung ist ja nicht nur die deutsche Teilung, sondern sie ist ein Sonderfall auch der europäischen Teilung. Nach meiner Überzeugung wird die deutsche Wiedervereinigung nicht Vorläufer einer europäischen Wiedervereinigung, sondern Folge der Beseitigung der europäischen Teilung sein. Ich denke, daß wir deshalb berechtigt sind, die europäische Dimension ins Auge zu fassen. Hier können wir schon allein aufgrund unserer Erfahrungen im Westen unseres Kontinents, das heißt in der Europäischen Gemeinschaft, sehen, daß diese Gemeinschaft die historischen Bedingungen verändert hat. Die Grenzen werden weniger wichtig in einer solchen Gemeinschaft. Jeder sieht das als Lebenserfahrung etwa an der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich. Wir und gerade auch die Österreicher haben es gesehen, daß selbst die Grenze zwischen Österreich und Südtirol, sprich Italien, heute etwas ganz anderes ist, als sie noch vor 20 Jahren war". Diese völkerrechtswidrige Deutsch-Europa-Propaganda Albrechts machte sich die "Landmannschaft Schlesien" wenige Tage später zu eigen, indem sie das Motto ihres diesjährigen "Deutschlandtreffens" änderte in: "40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker".

Die Friedensversammlung Hannover (vertreten waren: BWK, DFG-VK, DFU, DKP, i. Mai-Komitee Hannover, GABL, Grüne, Jusos, KB, SDAJ, SJD – Die Falken, Volksfront, VVN und Friedensinitiativen aus hannoverschen Stadtteilen) verabschiedete am 25.4. einen Aufruf, der sich auch gegen ein solches "Europa freier Völker" richtet. – (kar)

**Antrag der Fraktion der Grünen im
Niedersächsischen Landtag**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert Ministerpräsident Albrecht und die übrigen Mitglieder der Landesregierung auf, dem diesjährigen Schlesiertreffen fernzubleiben.

Begründung:

Das Schlesiertreffen 1985 ist aufgrund des von den Vertriebenenfunktionären für das Treffen gewählte Mottos "Vierzig Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser" zu einer schweren Belastung unseres Verhältnisses zum polnischen Volke und zu einem Prüfstein unseres Versöhnungswillens geworden. Denn dieses Motto läßt sich – trotz aller Verharmlosungsbemühungen – nur revanchistisch verstehen. Und mit jedem Tag, an dem Verbandsfunktionäre wie die Herren Hupka und Czaja sich mit Erklärungsversuchen um die Streichung des Mottos herumzudrücken versuchen, wird die Angelegenheit peinlicher und der Vorwurf, dieses Motto sei geschrieben im Geiste des Revanchismus, zusätzlich erhärtet...

(Meinsen, Fraktionsvorsitzender; Hannover, den 8.1.85)

**Antrag der GABL/DKP-Gruppe im
Rat der Stadt Hannover**

Der Rat möge beschließen:

An dem sogenannten "Deutschlandtreffen der Landmannschaft Schlesien", das am 15.6. und 16.6.85 unter dem voraussichtlichen Motto "Schlesien bleibt unser" in Hannover stattfinden soll, werden weder offizielle Vertreter der

Landeshauptstadt Hannover teilnehmen, noch Grußworte in schriftlicher oder mündlicher Form überbracht. Redner oder Teilnehmer dieses Treffens werden zu keinerlei Empfangen und offiziellen Gesprächen eingeladen.

Begründung:

Die Zielsetzung und das Motto der Veranstaltung verstößen gegen das Völkerrecht. Schlesien liegt auf dem Gebiet der Volksrepublik Polen. Die "Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in Zukunft" haben die Bundesrepublik und Polen im Warschauer Vertrag erklärt. Eine Politik der Änderung dieser wie anderer Nachkriegsgrenzen bedeutet die Aufkündigung des Friedens in Europa.

(Matthias Wietzer, stellvertretender Gruppenvorsitzender; Hannover, den 4.1.85)

**Aus dem Aufruf der
Friedensversammlung Hannover**

Daß der Bundesregierung und ihren Verbündeten der Gedanke an "Grenzkorrekturen" gen Osten nicht fremd ist, spiegelt sich u.a. auch in der forciert betriebenen Aufrüstung nach den Grundsätzen von Airland Battle und Rogers-Plan wider.

Gleichzeitig stellen wir fest: Revanchismus ist mehr als die Politik weniger Spinner. Dahinter stehen auch Wirtschaftskreise, die ernsthaft auf eine Wiedereroberung des "freien Marktes" im Osten setzen. Auch wenn die Bundes-(Landes-)Regierung den Einmarsch der Bundeswehr in Polen nicht offen propagieren kann: Kohl und Albrecht haben zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage gestellt, auf dem Schlesiertreffen zu sprechen. 185000 DM an öffentlichen Zuschüssen werden für das Treffen gewährt. Das Land Niedersachsen als "Patenland" von Schlesien tut ein weiteres, indem es für das geplante "Schlesiernuseum" bereits finanzielle Unterstützung zugesagt hat.

Die Bundesregierung hält nach wie vor am Alleinvertretungsanspruch für "alle Deutschen" und am Fortbestand des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 fest. Sie verweigert nach wie vor der DDR die volle völkerrechtliche Anerkennung. In Salzgitter besteht z.B. weiterhin die "Erfassungsstelle für in der DDR begangene Straftaten", die nach der Wiedervereinigung dann nach bundesdeutschem Recht ggf. neu geahndet werden sollen. Dieses Relikt aus dem Kalten Krieg macht sehr deutlich, daß das eigentliche Ziel bundesdeutscher Politik immer noch die Annexion der DDR (und der "deutschen Ostgebiete") ist – "in einem Europa freier Völker" versteht sich. In den Schulen sind nach wie vor Landkarten mit den Grenzen von 1937 vorgeschrieben. In der Ostkunde im Unterricht wird laut Beschluß der Kultusministerkonferenz die Erinnerung an die "Heimat im Osten" weitervermittelt und wachgehalten.

(Deshalb) fordern wir:

- * die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR,
- * die volle völkerrechtliche Anerkennung der Westgrenze Polens und der übrigen Grenzen in Europa.
- * Alle abgeschlossenen Verträge sind strikt einzuhalten.
- * Die Oder-Neiße-Linie und der Grenzverlauf zwischen BRD und DDR (Elbmitte) sind völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen.
- * Die Verwendung von Landkarten mit "Deutschland in den Grenzen von 1937" im Schulunterricht ist zu untersagen.
- * Die Erfassungsstelle in Salzgitter muß sofort aufgelöst werden.
- * Der faktische Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für "alle Deutschen" ist aufzugeben.
- * die Streichung der 185000 DM aus Steuermitteln zum diesjährigen Schlesiertreffen.
- * die Streichung der Zuschüsse des Landes Niedersachsen für das "Schlesiernuseum" und die Kündigung der Patenschaft mit der "Schlesischen Landmannschaft".
- * Kohl und Albrecht dürfen auf dem Schlesiertreffen nicht sprechen!

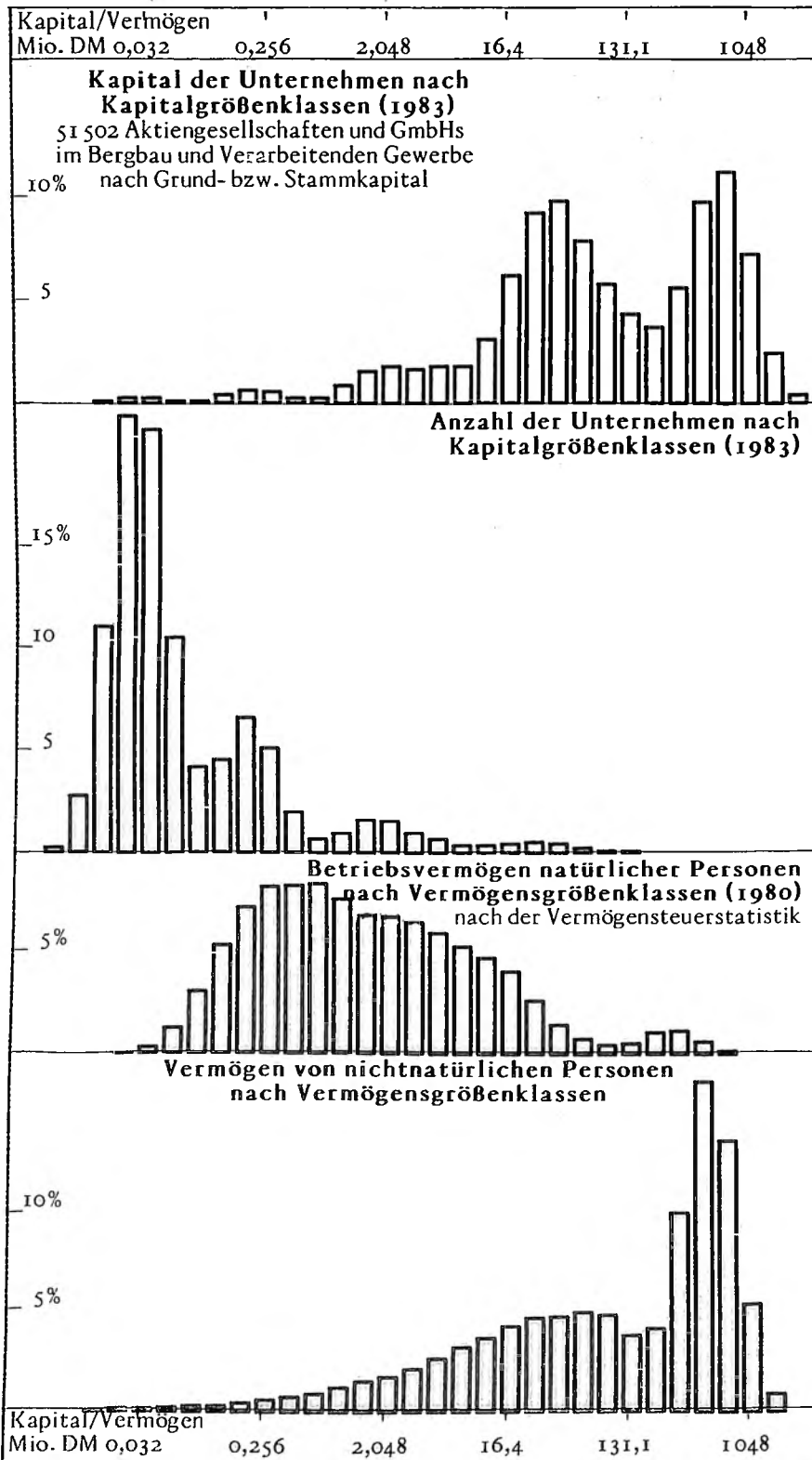
Unternehmen

(I) UNTERSCHIEDE IN DER BETRIEBSGRÖSSE NACH BESCHÄFTIGTEN UND KAPITALAUSSTATTUNG

In den letzten Ausgaben haben wir versucht, das Bild nachzuzeichnen, das von den Klassen in der BRD entsteht, wenn man sie unter dem engen Gesichtswinkel ihres Einkommens betrachtet. Wir haben einen Zusammenhang von Einkommensquelle und Einkommenshöhe festgestellt. Das hat

uns ermöglicht, eine Zuordnung von Einkommensbereichen und Einkommensquellen vorzunehmen nach Lohnbereich, Selbständigenbereich, Gewerbe- und Kapitalbereich, Aktienbereich. Das Einkommen der Steuerpflichtigen gibt jedoch nur unvollkommen wieder, was für eine gesell-

schaftliche Bedeutung diese Steuerpflichtigen haben. Diese ist im Kapitalismus durch das Kapital bestimmt, das solche Personen repräsentieren, also durch den Umfang der von ihnen kontrollierten sachlichen Mittel und personellen Kräfte der Gesellschaft. Die Gruppierung solcher sachlichen Mittel und personellen Kräfte nennt die Statistik ein Unternehmen.



Zunächst einmal muß uns interessieren, ob die Klassenschichtung, die wir in der Einkommensstatistik gesehen hatten, auch in der Unternehmensstatistik sichtbar wird.

Wir betrachten zunächst die Schichtung der Unternehmen in der BRD nach Beschäftigtengrößenklassen.

Die Statistik ermöglicht uns die Betrachtung der Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten in vielerlei Hinsicht (s.a. Pol. Ber. Nr. 13-21/1982). Die Einteilung der Größenklassen nach der Beschäftigung hat jedoch einen systematischen Mangel: Die organische Zusammensetzung des Kapitals ist in den Branchen (und wahrscheinlich innerhalb der Branchen nach der Größe der Unternehmen) sehr verschieden. Die Deutsche Shell AG wird 1982 auf Platz 10 der Rangliste der Konzerne gezählt und hat ganze 4900 Beschäftigte, Siemens hat 220000 Beschäftigte und nimmt den Platz 3 ein. Die Bedeutung der Unternehmen wird nach Beschäftigtengrößenklassen deswegen verschwommener erscheinen, als nach dem ausschlaggebenden Kapitalgesichtspunkt Tatsache ist. Außerdem fällt der große Bereich von Betrieben unter 20 Beschäftigten statistisch weg. Trotz also erheblicher Einschränkungen finden wir eine Struktur vor. Sie ist stärker gegliedert als die der Einkommensstatistik entnommene Struktur. Es scheint, als ob man unterscheiden sollte zwischen: — mittelständischen Unternehmen, bis ca. 1000 Beschäftigte, — Großunternehmen bis ca. 20000 Beschäftigte, — Monopolunternehmen (in der BRD) bis zu 25000 Beschäftigten.

Die Verhältnisse stellen sich in den verschiedenen Branchen ganz verschieden dar. Großunternehmen scheint es in fast jeder Branche zu geben, aber nicht alle eignen sich als Stammbasis für ein Monopol.

Wir betrachten die Schichtung der Unternehmen nach Kapitalgrößenklassen.

Zunächst einmal fällt auf, daß der Löwenanteil des Kapitals sich in einer kleinen Zahl von Unternehmen zusammenballt. Der obere Schwerpunkt bei der Verteilung des Kapitals liegt bei ca. 1 Milliarde DM, der untere

Schwerpunkt bei der Unternehmensanzahl bei ca. 20000 DM.

Sodann finden wir eine sehr eindeutige Unterscheidung zwischen dem Bereich "Großunternehmen" und dem Bereich "Monopol". Die um 150 Millionen niedrige Häufigkeit geht nicht auf einen Mangel an statistischen Stützwerten zurück.

Die Schichtungen im unteren Skalenbereich, besonders deutlich in der Verteilung der Zahl der Unternehmen sichtbar, sind zum Teil künstlich. Bei 20000 DM liegt die Mindestgrenze für das Stammkapital der GmbH, bei 100000 DM liegt die Mindestgrenze für das Grundkapital der AG.

Nach der Betrachtung der Schichtung der GmbHs und AGs nach ihrem Stammkapital bzw. Grundkapital müssen wir jedenfalls eine Differenzierung zwischen "Großunternehmen" und "Monopolunternehmen" für sinnvoll halten. Eigentümlichkeiten des Gesellschaftsrechtes hindern uns jedoch, unterhalb des Bereichs der "Großunternehmen" eine Abgrenzung zu versuchen.

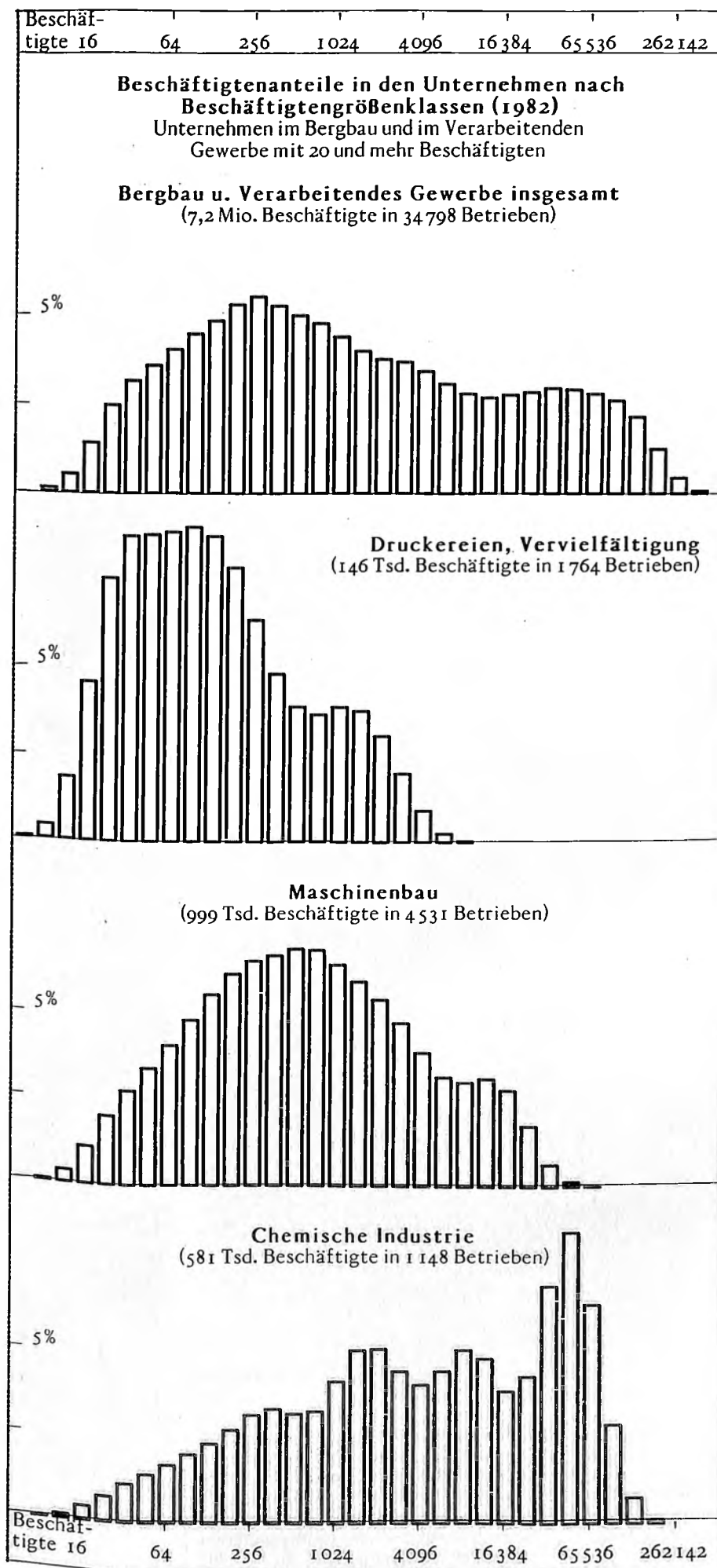
Die Betrachtung der Vermögenssteuerstatistik leidet unter ähnlichen Verzerrungen; besonders im Bereich der kleineren Vermögen fällt allerlei weg, bei den größeren und großen Vermögen ist die ausgewiesene Größe mit dem tatsächlichen Vermögen der natürlichen oder nichtnatürlichen Person keineswegs identisch.

Die Verteilung des "Betriebsvermögens natürlicher Personen" zeigt gleichwohl, daß auch hier die Unterscheidung zwischen "Großunternehmen" und "Monopol" nötig ist. (Nebenbei, der Schwerpunkt im "Monopolbereich" wird von ganzen 16 Figuren verursacht).

Die Verteilung des "Vermögens von nichtnatürlichen Personen" (es handelt sich dabei im großen und ganzen um Betriebsvermögen) bestätigt diese Differenzierung ebenfalls.

Diese Untersuchungsergebnisse machen eine weitere Nachprüfung erforderlich. Worin bestehen die Unterschiede zwischen "großer Industrie" und "Monopol", wie sehen die Beziehungen aus? Besteht eine Differenzierung zwischen der großen Zahl "mittelständischer" Industrieunternehmen und den "Selbständigen" auf der einen und den "Großen" auf der anderen Seite? Wie entsteht überhaupt aus dem Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals eine so kompliziert gegliederte Struktur?

Einen Hinweis entnimmt man aus einer vergleichenden Betrachtung zwischen der Verteilung des Betriebsvermögens der natürlichen und des Vermögens der nichtnatürlichen Personen, besonders im unteren Bereich. Es scheint mit wachsender Größe des Kapitals der persönliche Eigner durch die Aufgabe überfordert, die Bewegung eines solchen Kapitals zu kontrollieren. — (alk, maf, rül)



Kunst aus den Konzentrationslagern

DIE KUNST DER BEFREITEN

Die Faschisten drückten den Wert der Arbeitskraft der Zwangsarbeiter in den Lagern gegen Null. Zu schwach eingestuft, ohne Chance, die Torturen auch nur eine Zeitlang durchstehen zu können, bedeutete: Selektion und Vernichtung bis zur Weiterverwertung des Leichnams. Ein Mittel, die eigene Würde als Mensch zu wahren, stellten die künstlerischen Äußerungen der Inhaftierten dar. Sie spielten im herrschenden kulturellen Bewußtsein keine Rolle, ebenso wenig wie die zahlreichen Gemälde, Karikaturen, Skulpturen der aktiven Antifaschisten und die Arbeiten derjenigen Künstler, die sich nicht für völkerverachtende Herrenmenschenideologie vereinnahmen ließen und sich in ihren Werken dagegen aussprachen. Hierzulande ist Kunst frei. Frei von der Verantwortung gegenüber den bittersten Erfahrungen der Völker mit dem Wüten des großdeutschen Finanzkapitals, frei von der Verantwortung, den erstarken reaktionären Kräften etwas entgegenzusetzen.

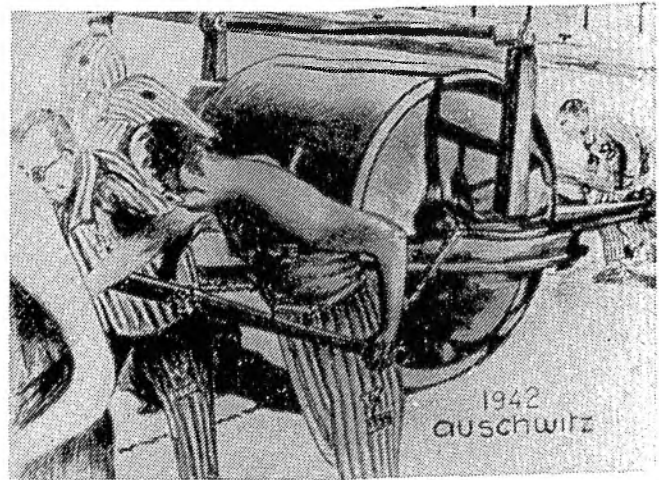


Georg Netzband, Heydrich regiert in Prag, 1941

Quellenhinweis: Henri Pieck, Buchenwald, Zeichnungen aus dem Konzentrationslager, Frankfurt a.M. 1981; Georg Netzband, Eine Werkauswahl, Hamburg 1980; Überleben und Widerstehen, Zeichnungen von Häftlingen des Konzentrationslagers Auschwitz 1940-46, Köln 1980; Widerstand statt Anpassung, Deutsche Kunst im Widerstand gegen den Faschismus 1933-45, Westberlin, 1980 – (nhö)



Pierre Mania, Ankunft, 1943



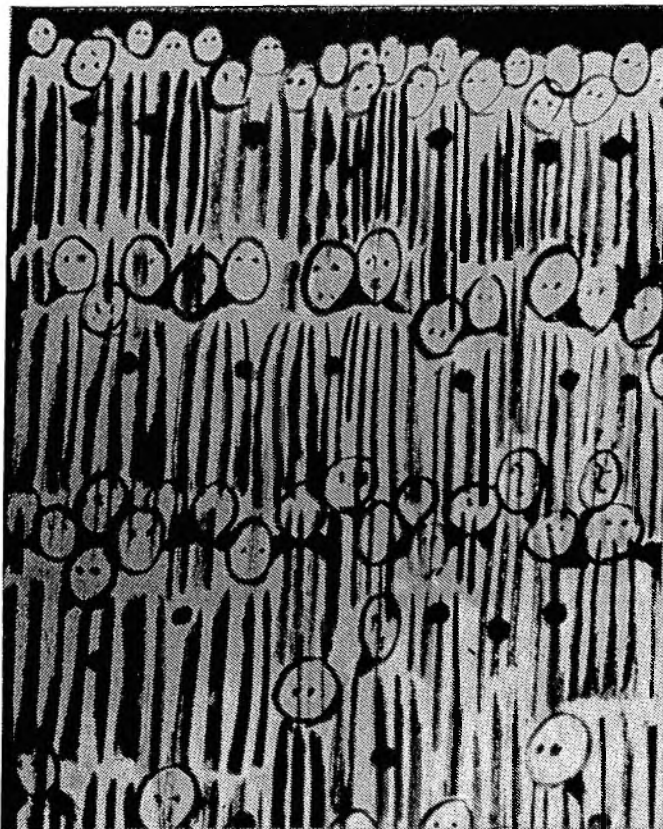
Franciszek Wieczorkowski, Häftlinge, die an der Straßenwalze arbeiten, 1942



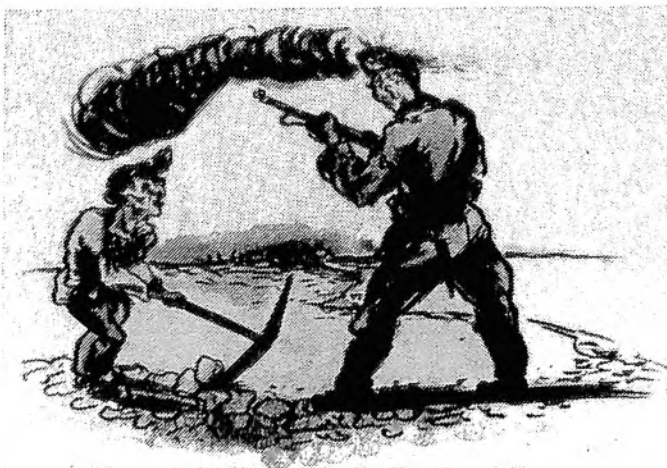
Henri Pieck, Der Arbeit entweichen, 1945



Henri Pieck, Wagenziehende Juden, 1945



Józef Szajna, Der Appell dauerte sehr lange, die Füße taten mir sehr weh, 1942



Georg Netzband, Isidor, du kannst nicht mehr, 1939

Arbeitswissenschaft

VON WEGEN KRISE: LEISTUNGS- LÖHNE IN AUSDEHNUNG BEGRIFFEN

Die Kaufleute mögen "mit den Webern wegen dem Arbeitslohn so gut sie können accordieren", schreibt eine Zunftordnung des 18. Jahrhunderts aus dem Barmischen vor. Der Akkord — als Begriff hier erstmals verwendet — ist die Vereinbarung über den Stückpreis zwischen Handelskapitalisten und Lohnwerkern. "Die Entwicklung der Leistungsentlohnung in Deutschland" beginnt. Die gleichnamige "historisch-theoretische Untersuchung zum Verhältnis von Lohn und Leistung unter kapitalistischen Produktionsbedingungen" von R. Schmiede und E. Schudlich (Ffm 1977) ist zwar streckenweise nicht gerade leicht zu lesen, doch lassen sich die allzu aufdringlich mit dem seinerzeit dem Zeitgeist entsprechenden Slang gespickten Kapitel ohne Schaden überspringen.

Ausgangspunkt und Grundlage für den Stücklohn ist die Trennung von Kapital und Arbeit mit der Entstehung des freien Lohnarbeiters. Im Laufe des 18. Jahrhunderts gliedern sich die Verlagsunternehmen für bestimmte Produktionsstufen Eigenbetriebe an und beschäftigen gleichzeitig viele Weber in Heimarbeit. Der Stücklohn regelt diese Beziehung.

Für die weitere Entwicklung der Lohnform gewinnt der Charakter des Arbeitsprozesses entscheidende Bedeutung. Mit Aufstellung der ersten Hochöfen und dem Beginn der industriellen Produktion, bei der der Ablauf des chemisch-physikalischen Prozesses Umfang und Abfolge der Arbeitsschritte vorschreibt, vermag der Stücklohn weder die Einordnung des Arbeiters in den industriellen Produktionsprozeß noch die Stabilität der Lohnkosten bei rasch steigender Produktivität zu sichern. Gleichzeitig fehlt den Unternehmensleitungen vorerst das Instrumentarium zur genauen Arbeitsanweisung, die "wissenschaftliche Betriebsführung" hält erst später Einzug in die Werkstätten. In dieser Lage wird im Zeitlohn bezahlt. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, mit Entstehung des Imperialismus, schlägt sich die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt, vermittelt über den "Kostendruck" und Rationalisierungszwang für die Kapitalisten, in einer grundsätzlichen Umstrukturierung der innerbetrieblichen Organisation nieder. Kontinuierliche Produktionsabläufe und Integration aufeinanderfolgender Produktionsstufen als Bedingung einer verstärkten Arbeitsteilung und Mechanisierung werden vorherrschend. Das erfordert von den Betriebsführungen eine zentralisierte und geplante, auf der durchgängigen Kenntnis des Produktionsprozesses beruhende Leistungs politik. Wichtigster Hebel dafür wird der Leistungslohn. Akkord erfährt rasche und beständige Ausdehnung. Damit vollzieht sich der Übergang von der ökonomischen Kontrolle der Kosten zu einer neuen Art von Leistungs politik: der tatsächlichen Kontrolle der Arbeit in Zeitgrößen. Nach der Jahrhundertwende wird mit der analytischen Zeitwirtschaft (Zeitstudien etc.) der systematische Zugang dafür geschaffen und die Grundlagen dieser Entwicklung abgeschlossen.

Neuerlich wird von einer Krise des Akkords gesprochen. Die massenhafte Einführung NC-gesteuerter Maschinerie läßt die beeinflussbaren Zeiten — Bestimmungsmöglichkeit für die Höhe des Akkords — schwinden. Gleichzeitig versetzt jede Minute Stillstand solch kapitalintensiver Anlagen den Kapitalisten in geradezu panikartige Angstzustände. Dem Arbeiter darf nicht mehr die Initiative für die Höhe der Ausbringung überlassen werden, sondern ein Pensum, dessen Einhaltung gewährleistet sein muß, wird vorgegeben. Mit Prämienlöhnen läßt sich dies gestalten, etwa das Verhältnis der unbeeinflussbaren technischen Maschinenlaufzeiten zu den beeinflussbaren Tätigkeitszeiten. Leistungsentlohnung verliert also nicht, im Gegenteil, sie gewinnt an Bedeutung. Die Wandlung der Lohnform ent-

spricht lediglich – und historisch nicht neu – geänderten Bedingungen der Produktion.

Schmiede/Schudlich stellen, ohne praktische Folgen zu erörtern, als Position gegen die Leistungspolitik der Kapitalisten – und übrigens auch gegen die gewerkschaftlicherseits vertretene These von der sozialen Beherrschbarkeit von Akkord und Prämie durch Mitbestimmung – fest: "Die eine Alternative der Leistungspolitik der Arbeiter ist daher der kontinuierliche Kampf um den Grad der Nutzung und des Verschleißes ihrer Arbeitskraft, der jedoch seinem Gesamtcharakter nach defensiv oder reaktiv bleibt, da das Aktionszentrum aufgrund der Autonomie der Leistungspolitik das Kapital ist und bleibt. Die andere Alternative der Arbeiter ist der Kampf um die Bestimmung ihrer Leistung selbst. Er kann sich zwar aus den alltäglichen Abwehrkämpfen entwickeln, muß jedoch ... eine neue Qualität annehmen. Denn die Selbstbestimmung der Leistung setzt die Kontrolle über die materielle Struktur des Arbeitsprozesses und damit über die Zeitökonomie als sein organisierendes Prinzip voraus" (37). – (gka)

Kriegsvorbereitung

"GEMEINDEN ALS TRÄGER DER ZIVILEN VERTEIDIGUNG"

"Gemeinden als Träger der zivilen Verteidigung", so lautet der Titel eines Aufsatzes von Dr. Dr. Ulrich Eichstädt, Präsident der Akademie für zivile Verteidigung, in der Zeitschrift "Der Landkreis" 8/1981.

Die Befassung mit den konkreten Kriegsvorbereitungen im Innern, gerade auch auf örtlicher Ebene, hat seitens der politischen Kräfte, die diese Maßnahmen bekämpfen wollen, im letzten Jahr deutlich zugenommen. In zahlreichen Städten haben Mitglieder der Friedensbewegung, oppositionelle Gemeinderäte und antimilitaristische Kräfte die Beteiligung der Gemeinden an der diesjährigen NATO-Übung WINTEX/CIMEX angegriffen und die Offenlegung und Verweigerung kommunaler Mittel gefordert.

Die die "Verweigerungskampagne" tragenden Gruppen haben zurecht darauf hingewiesen, daß die vor Ort laufende Militarisierung des gesamten Zivilbereichs und insbesondere Zimmermanns Entwurf für ein neues Zivilschutzgesetz angegriffen werden müssen. Die DFG/VK hat dies auf ihrem Bundeskongreß Anfang März 1985 bekräftigt und in ihren Arbeitsmaterialien zur Arbeitsgruppe "Zivilschutzpläne und -Maßnahmen für Gemeinden" festgehalten: "Zivilschutz ist Bestandteil der Zivilverteidigung ... Zivilverteidigung ist Bestandteil der NATO-Gesamtverteidigungsfunktion ... Zivilschutz ist ein Stück Notstandsverfassung ... Zivilschutz zu akzeptieren heißt letztlich damit, eine dahinterstehende Militärstrategie zu tolerieren ... Eine Auseinandersetzung gegen das Zivilschutzgesetz sollte zum Ziel haben: das Bewußtsein breiter zu entwickeln, daß es nicht um eine neue quantitative Runde der Aufrüstung geht, sondern um Kriegsvorbereitung."

Der Versuch hingegen, die Front gegen diese Maßnahmen zu "verbreitern", durch Betonung der "Wirkungslosigkeit" oder "Nutzlosigkeit" des Zivilschutzes, verkennt nicht nur den eigentlichen Zweck, sondern auch das Ausmaß der auf diesem Gebiet bereits verwirklichten staatlichen Notstands- und Kriegsvorbereitung. So schreibt z.B. die "Friedenskooperative" (vorwiegend christlich-sozialdemokratische Kreise der Friedensbewegung) in ihrer neuen Broschüre "Zivilschutz": "Was ist los? Die Bundesregierung will unser Land auf den Ernstfall – den Krieg – vorbereiten. Das heißt selbstverständlich nicht, daß sie Krieg will ... Zahlreiche wissenschaftliche Studien ... weisen nach, daß angesichts der furchtbaren Zerstörung im nuklearen Krieg, besonders für Mitteleuropa ... Zivilschutzmaßnahmen nicht schützen ..." Vielmehr ginge es darum, so die Broschüre, durch "Zivilschutzillusionen" "ungestört neue Auf-

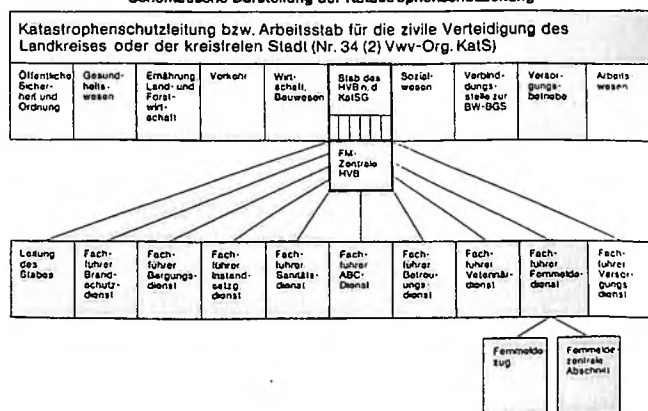
rüstungsschübe durchzusetzen".

Im folgenden soll anhand des Stands der Ausrichtung des imperialistischen Staatsapparats, insbesondere auf den kommunalen Verwaltungsebenen, nachgewiesen werden, daß es der herrschenden Klasse sowieso nicht um "Schutz der Zivilbevölkerung" geht, sondern einzig und allein um den Schutz ihrer Armee, ihres staatlichen Gewaltapparates und dessen Maßnahmen der Kriegsführung und Kriegswirtschaft vor einer Zivilbevölkerung, die von Kriegsangst und Panik, gar mangelndem Wehrwillen und schlimmstenfalls von gezielten politischen Widerstandsaktionen ergriffen wird!

Die Hauptaufgaben der kommunalen Verwaltungsebene im Rahmen der Zivilverteidigung lassen sich grob in vier Schwerpunkten zusammenfassen: 1. Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt; 2. Zivil- und Katastrophenschutz; 3. "Versorgung", d.h. die Umstellung auf Kriegswirtschaft auf allen Gebieten; 4. Unterstützung der Streitkräfte. Dabei ist ersteres eindeutig Voraussetzung für die Durchsetzbarkeit der übrigen drei Punkte: "Im Ernstfall sind die Kreise und Gemeinden das Rückgrat aller Maßnahmen ... Derartige Krisen können zusätzlich durch subversive Aktionen verschärft werden. Hierzu zählen Demonstrationen zur Schwächung unseres Selbstbehauptungswillens, wilde Streiks zur Beeinträchtigung unserer Versorgung, verstärkte Spionage und beginnende Sabotage in den Bereichen der Wirtschaft, aber auch an Anlagen des Verkehrs-, des Post- und des Fernmeldewesens und der Energie- und Wasserversorgung ... Es ist ... rasch mit einer Verknappung von Lebensmitteln und lebenswichtigen Wirtschaftsgütern, insbesondere Mineralölprodukten zu rechnen ... die zivile Verwaltung (hätte) außerdem umfangreiche Maßnahmen zur Unterstützung der Streitkräfte durchzuführen. Es mag genügen, darauf hinzuweisen, daß der zivile Bereich Personal und Material an die Streitkräfte abzugeben hat und umfangreiche Leistungen zur Versorgung der Truppe, aber auch auf dem Gebiet des Verkehrs- und Fernmeldewesens erbringen muß ... die innere Lage fest im Griff zu halten, ist dabei die primäre Aufgabe der zivilen Verwaltung ...". (Eichstädt, Die Funktion der Kreise und Gemeinden in Krisenzeiten, Der Landkreis 8/9, 1973). Gesetzliche Grundlage für diese "Krisenpolitik" der Gemeinden sind die Notstands-, d.h. Sicherstellungsgesetze, das Bundesleistungsgesetz (Pflicht zur Versorgung der Streitkräfte), die Zivil- und Katastrophenschutzgesetze.

Wie soll nun dieses umfassende Unterdrückungs-, Zwangsarbeits- und Zwangsbewirtschaftungsprogramm im einzelnen auf Kommuneebene bewerkstelligt werden? Weisungsgebunden und für die Durchführung der Maßnahmen allein verantwortlich ist der Hauptverwaltungsbeamte, d.h. der Ober- bzw. Bürgermeister, der Landrat oder Stadtdirektor. Die Gemeinderäte sind bewußt ausgeschaltet, an diese soll sich der Hauptverwaltungsbeamte nur wenden, um kommunale Finanzmittel für zusätzliche Stellenbewilligungen oder zusätzliches Zivilschutzinstrumen-

Schematische Darstellung der Katastrophenschutzleitung



tarium (z.B. Gerätschaft oder Bunkerbau) locker zu machen. Nicht die Gemeinderäte, sondern ausgewählte "Krisenstäbe" soll der Hauptverwaltungsbeamte zu seiner Beratung heranziehen (s.a. Graphik). Das seit 1968 gebildete Bundesamt für den Zivilschutz hat sich die Ausbildung dieser "verantwortlich leitenden Zivilschutzkräfte in den kreisfreien Städten und Kreisen" zu einer zentralen Aufgabe gemacht. Eine Zwischenbilanz von 1973 ergab: in über 700 Lehrgängen wurden 25 000 Bürgermeister, Landräte, Medizinalbeamte, Veterinäre, Lebensmittelchemiker und Bauräte, in 200 Fachseminaren "Baulicher Zivilschutz" weitere 10 000 Leiter von Hoch- und Tiefbauämtern sowie freischaffende Architekten ausgebildet. Man kann davon ausgehen, daß inzwischen das durch diese kriegsvorbereitenden Lehrgänge geschleihte Führungspersonal in die Hunderttausende geht – von "Wirkungslosigkeit" kann also keine Rede sein.

Spätestens mit der "Richtlinie zur Bestandsaufnahme: Kreisbeschreibung für Zwecke des Zivil- und Katastrophenschutzes" von 1975 ist auch in allen Kreisen gesichert, daß sämtliche notwendigen Daten für die besagten Krisenstäbe minutiös erfaßt und in den Schubladen bereit liegen. Für die Umstellung auf Kriegswirtschaft und Zwangsbevirtschaftung, was auch die Rationierung der Versorgung der Zivilbevölkerung und vorrangige "Unterstützung der Streitkräfte" beinhaltet, sind der Ausbau der kommunalen Behörden durch "Wirtschafts- und Ernährungsämter" vorgesehen: "Das bedeutet, daß die Verwaltungen durch den inneren Aufbau der Behörden, den Einsatz von Sachbearbeitern und die Bereitstellung von sachlichen Mitteln Vorsorge zu treffen haben: die vorgesehenen Lebensmittel-, Milch- und Versorgungskarten liegen bereits vorgedruckt in den Ernährungsämtern bereit." (Zivilverteidigung 1/79).

Desweiteren sind die Kreis- und Stadtverwaltungen zuständig für die "verteidigungsbedingte Ausnutzung der Verkehrskapazitäten, und zwar sowohl der Transportmittel als auch des Straßen-, Schienen-, Wasser- und Luftverkehrs", sowie für die Rekrutierung von PKWs und LKWs, die Benutzungserlaubnisse und -Verbote für bestimmte Straßen oder sonstigen Verkehrsanlagen. Hierzu gehört auch die, notfalls gewaltsame, Durchsetzung der "stay put-policy" (Politik des "Zuhausebleibens"), d.h. Ausgangsverbot, durch die örtlichen Behörden, oder bei Bedarf Zwangsumsiedlung von Zivilbevölkerung. "Die 'erste Schlacht' wäre bereits verloren, wenn aufmarschierende Divisionen und Brigaden der NATO in Bevölkerungsbewegungen verkeilt oder vor gesprengten Brücken stehend ihre Einsatzräume in der erforderlichen Zeit und Stärke nicht erreichen können." (ZMZ, Seite 125)

Die örtlichen Arbeitsämter als Ausführungsbehörden des Arbeitssicherstellungsgesetzes müssen sich bereits in "Friedenszeiten" mit den umfassenden Problemen vertraut machen, die im Mobilmachungsfall, durch beträchtlichen Ausfall an männlichen Arbeitskräften – die Schätzungen liegen bei ca. der Hälfte in Ballungsgebieten – auf sie zukommen. Hier soll die Zimmermann-Novelle ja durch umfassende Zwangsverpflichtungsmöglichkeiten für jeden Nicht-Wehrpflichtigen Abhilfe schaffen. Worauf man sich sonst noch gefaßt machen muß, verdeutlicht folgende Überlegung eines Dr. Nellner in der "Zivilverteidigung" 1/78: "Es kommt noch hinzu, daß es die gesetzlichen Bestimmungen nur gestatten, Frauen notfalls zu Tätigkeiten im zivilen Sanitäts- und Gesundheitsdienst sowie in den ortsfesten Sanitätseinrichtungen der Streitkräfte zu verpflichten, und das auch erst im Verteidigungsfall. Dieser Zeitpunkt liegt aber mit Sicherheit zu spät. Es wird sich vor allem in den Verdichtungskernen (= städtische Ballungsgebiete, d. Verf.) auch sehr nachteilig bemerkbar machen, daß Frauen z.B. nicht in Betrieben der Nahrungsmittelindustrie und den entsprechenden Sparten des Einzelhandels verpflichtet werden dürfen."

Bei sämtlichen den kommunalen Behörden im Rahmen der Zivilverteidigung obliegenden Aufgaben und konkreten



Durchsetzungsmaßnahmen werden die Heimatfront-Strategen in der einschlägigen Fachliteratur nicht müde, mit Eindringlichkeit auf den "Unsicherheitsfaktor" Ausländer hinzuweisen. Die Offenheit, mit der hier im Zusammenhang mit der Kriegsvorbereitung die totale Unterdrückung und Zwangsbehandlung der Ausländerbevölkerung angedroht wird, läßt keine Zweifel darüber zu, daß die aktuelle Ausländerpolitik und Asylanten-Kasernierungs-Praxis auch Teil der Kriegsvorbereitung ist. Der "Steuerung" dieses "Unsicherheitsfaktors" sollen sich vor allem die mit der Aufrechterhaltung von "Sicherheit und Ordnung" befaßten Behörden, aber auch die für Zwangsarbeitsverpflichtungen und verkehrsmäßige Sicherung der "Operationsfähigkeit der Streitkräfte" zuständigen kommunalen Krisenstäbe widmen:

"Alle Veränderungen im Verhalten der sehr mobilen Ausländer bedürfen einer genauen Beobachtung, da sie in einer politisch-militärischen Krisensituation immer ein unberechenbares Element in unserem Wirtschaftsleben wie auch im Sicherheitsbereich bilden werden. Der plötzliche Ausfall eines größeren Teils dieser Kräfte würde vor allem diejenigen Wirtschafts- und Verkehrsbetriebe, in denen sie hauptsächlich beschäftigt sind, vor kaum zu lösende Probleme stellen. Selbst wenn die Zahl der beschäftigten Ausländer infolge des Anwerbestopps in den nächsten Jahren zurückgehen sollte, wird sich die Situation insgesamt nicht wesentlich ändern. Es ist aber auch zu bedenken, daß gerade ihre starke Konzentration in den Verdichtungsräumen, und hier wieder in bestimmten Betrieben und Wohngebieten, sie leicht für gegnerische Propaganda zugänglich macht und die Gefahr ihrer Beteiligung an subversiven Aktionen erhöht. . . . Zur gleichen Zeit (gemeint ist im Mobilmachungsfall, d. Verf.) werden auch zahlreiche Ausländer versuchen, in ihre Heimatländer zurückzukehren. . . . Im Zuge ihrer dann vermutlich mehr oder weniger explosionsartig einsetzenden Mobilität werden auf Bahnhöfen und Straßen der Ballungskerne erhebliche Transportprobleme erwachsen." (Zivilverteidigung 1/78)

Quellenhinweis: H. Berchtold, G. Leppig: Zivil-Militärische Zusammenarbeit (ZMZ), Kernfunktion der Gesamtverteidigung. Regensburg, 1980 (= Bd. 12 der Reihe: Bundeswehr – eine Gesamtdarstellung, Hrsg. Hubert Reinfried, Hubert Walitschek); Zeitschrift "Der Landkreis", Sondernummer 8/9, 1973 und Nr. 8/1981; Zeitschrift "Zivilverteidigung", diverse Jahrgänge; Handbuch für den Zivilschutz und die Zivilverteidigung, Hrsg. Kirchner/Merk, Mannheim, 1982 (Loseblatt-Sammlung sämtlicher Gesetze, Verordnungen, Richtlinien); Materialien zum Bundeskongreß der DFG/VK 1985; Broschüre der "Friedenskooperative": "Thema Zivilschutz", März 1985 (bestellbar z.B. über Komitee für Grundrechte und Demokratie); Broschüre der Volksfront Bad.-Württ.: "Zivil- und Katastrophenschutz – Mobilmachung an der Heimatfront". – (mab)

Deutsche Volksgruppenpolitik (I)

VON DER "BEFREIUNG DER DEUTSCHEN MINDERHEITEN" ZUR FASCHISTISCHEN "NEUORDNUNG EUROPAS"

"40 Jahre Kriegsende— 40 Jahre Vertreibung"— unter dieser Losung stellen zahlreiche Vertriebenenverbände in diesem Sommer ihre nationalistischen Aufmärsche. Eine Forderung, die auf allen diesen Treffen erhoben wird, ist die Forderung nach "Volksgruppenrechten für die Deutschen" in den Staaten Osteuropas. Auch die Bundesregierung hat sich diese Forderung zu eigen gemacht. Die polnische Regierung solle "den Deutschen" das "Volksgruppenrecht" zugestehen, verlangt sie. Die mit dem "Ausschwitzgesetz" in Kraft gesetzte Strafandrohung gegen jede angebliche Ver-

harmlosung von Verbrechen an Deutschen zeigt, wie ernst es der Bundesregierung mit dieser Propaganda ist. 40 Jahre nach Kriegsende knüpfen damit die Vertriebenenverbände und die Bundesregierung an Losungen an, die der deutsche Imperialismus schon zweimal zur Entfesselung eines Weltkrieges benutzte und die im Faschismus der Vorwand waren für grausamsten Terror gegen die Arbeiterbewegung und Völkermord. Die neuerliche Befassung mit den Traditionen dieser "Volksgruppenpolitik" ist nötig, um sie entschieden bekämpfen zu können.

Von "Volksgruppen", speziell den Deutschen

Was unter Volksgruppen, speziell der deutschen Volksgruppe, zu verstehen ist, ist unter einschlägigen Volksgruppen- und Volkstumsexperten nicht strittig. Für Dr. jur. Martin Dachelt, 1927 Verfasser der Schrift "Deutsches Volkstum und Nationalitätenrecht", ist das deutsche Volkstum "keine bloße Abstammungsgemeinschaft, keine Sprachen- oder Religionsgemeinschaft, sondern eine subjektive geistige Gemeinschaft, die durch gemeinsame kulturelle Werte und das Bewußtsein, mit dieser Kultur historisch unlösbar verbunden zu sein, gebildet wird". Der Herrschaftsanspruch des deutschen Imperialismus als "Kulturvolk" gegenüber "kulturlosen Völkern" ist hier schon unübersehbar. Dennoch versuchte der österreichische Professor Theodor Veiter, Referent auf Tagungen des faschistischen Witikobundes, der Sudetendeutschen Landsmannschaft und des Bundes der Vertriebenen, 1973 in einer Beilage der Wochenzeitung "Das Parlament", Volksgruppenpolitik als "seelisch-geistiges" Wirken fernab vom Faschismus darzustellen: "Im nationalsozialistischen Deutschland wurde im Gegensatz zum ethnozentrischen Volksbegriff ..., der ohne Übertreibung des Geistigen das Seelisch-Geistige des Volkes in den Vordergrund stellte, ohne den naturhaften Zusammenhang außer acht zu lassen, ein krass nationalistischer, auf den Nationalstaat und seine rein politischen Machtbestrebungen ausgerichteter ethnokratischer Volksbegriff entwickelt." (1)

Tatsächlich hat der deutsche Imperialismus frühzeitig auf "Volksgruppen"theorien und Programme zur "Lösung des Volksgruppenproblems in Europa" zurückgegriffen, um die von ihm angestrebte gewaltsame "Neuordnung Europas" zu rechtfertigen. Die Existenz von fast zehn Millionen deutschsprechenden Siedlern, insbesondere in den Staaten Osteuropas, bot ihm dazu einen willkommenen Vorwand. Umgekehrt stellten sich viele dieser deutschsprachigen Siedler bereitwilligst für Spionage, Wühltätigkeit und andere Vorbereitungen für eine deut-

sche Aggression gegen die Länder, in denen sie lebten, zur Verfügung. Seinen Höhepunkt fand diese Politik in dem faschistischen "Germanisierungsprogramm" gegen die Völker Osteuropas, das die Vernichtung und Versklavung aller Völker Osteuropas anstrebte, und in dem verbrecherischen Mitwirken zahlloser "Volksdeutscher" in den Staaten Osteuropas bei diesem Völkermord.

Von: "Nieder mit dem Versailler Diktat!" ...

Anfangs vor allem betrieben über solche Verbände wie den 1881 gegründeten "Verband für das Deutschtum im Ausland" (VDA), nahm die großdeutsche Volksgruppenpropaganda, verbunden mit vielfältigen Schilderungen über die "Bedrückung von Deutschen" im Ausland, nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg einen gewaltigen Aufschwung. Ihre Verfechter traten nun offen mit der Forderung auf, das "Versailler Diktat" zu brechen. So hieß es in einem 1930 erschienenen "Handbuch des Völkerrechts": "Die Millionen der durch die jüngsten Friedensverträge und internationalen Machtansprüche vom Mutterland los-

gerissenen Deutschen gibt die Erklärung dafür, daß sich vornehmlich die deutsche Öffentlichkeit mit dem Minderheitenproblem beschäftigt. Presse, Wissenschaft und Staatsmänner marschieren in seltener Einmütigkeit". (2)

Tatsächlich bestand über die Forderung nach "Volksgruppenrechten" für "deutsche Minderheiten" und einer entsprechenden "Neuordnung Europas" unter allen bürgerlichen Parteien bis hin zu den Faschisten von Anfang an große Übereinstimmung. Der liberale Außenminister Stresemann begründete 1924 den von ihm geforderten Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund damit, daß das Deutsche Reich so wirkungsvoller für "die Rechte der deutschen Minderheiten" eintreten könne: "Zehn bis zwölf Millionen Deutsche außerhalb unserer Grenzen haben ein entscheidendes Interesse daran, daß wir nicht gelegentlich bei ihren Angelegenheiten hinzugezogen werden, sondern auch dem Richterkollegium angehören." (3)

Was hier noch als Anspruch, einem Völkerbund-Richterkollegium über "Völkerrechtsverstöße gegen Deutsche" angehören zu dürfen, daherkommt, sollte in Wirklichkeit der Vor-



Zahlreiche Vertriebenenfunktionäre bemühen sich um ein Wiederaufleben der Volksgruppenpropaganda. Bild: Katholischer Gottesdienst auf dem Schlesiertreffen 1983 in Hannover.

bereitung eines neuen Angriffskrieges dienen. In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 14.7. 1928 hieß es: "Die Reichsregierung hat es stets als eine wesentliche Aufgabe unserer Außenpolitik betrachtet, mit allen Mitteln das heute noch in den abgetretenen Gebieten ansässige Deutschtum zu erhalten, da dies die Voraussetzung für eine günstige Lösung der Korridor- und der oberschlesischen Frage ist." (4) "Günstige Lösung der Korridor- und oberschlesischen Frage" hieß: Eroberungskrieg gegen Polen.

Unumstritten unter allen Verfechtern der "deutschen Volksgruppenrechte" war auch die Absicht, Österreich, die Sudetengebiete und Südtirol dem Deutschen Reich zu annektieren. Die entsprechenden Begründungen etwa im "Handbuch des Völkerrechts" von 1930 lesen sich wie die Vorweg-

nahme der späteren faschistischen Eroberungskriege: "Der geschlossene deutsche Siedlungsraum umfaßt die Österreicher und die österreichischen Grenzminoritäten ... Der erste Schritt der deutschen Bestrebungen um die Revision der Verträge ... liegt nicht in der Richtung der Wiedergewinnung widerrechtlich entrissener Gebiete, sondern in der Richtung des Zusammenschlusses Deutschlands und Österreichs. Erst ein so erstarktes Groß-Deutschland wird mit Erfolg eine Wiedergutmachung des dem deutschen Volke 1919/20 zugefügten Unrechts erstreben können." (5)

Zum damaligen Zeitpunkt unterhielt der deutsche Imperialismus schon zahlreiche "Volksgruppenverbände" unter den deutschen Siedlern, zumeist unterstützt vom Auswärtigen Amt oder über eine der zahlreichen "Stiftungen". Diese Verbände betrie-

ben eine rege Spionage für das Deutsche Reich und entfalteten unter den Siedlern eine energische Propaganda für eine großdeutsche "Neuordnung Europas". Setzten sich die dieser Spionage ausgesetzten Staaten zur Wehr, so war dies wieder ein Grund mehr zur Klage über die "Bedrückung von Deutschen". (6)

... zur faschistischen "Neuordnung Europa"

Der deutsche Faschismus faßte dann alle Elemente dieser Volksgruppenpropaganda zu einem räuberischen Gesamtprogramm zusammen. 1935 erklärte der "Ständige Beauftragte des Verbandes der deutschen Volksgruppen", Hasselblatt, auf einer Ausschusssitzung des Verbandes am 15.2. in Prag: "Die deutschen Volksgruppen sind ein Ordnungselement ihrer Staaten und werden die Rechte, um die sie

GUSTAV STRESEMANN'S "VOLKSGRUPPENRECHTE"

Nach dem Kriegsende (27.6. 1919) formulierte die Oberste Heeresleitung stellvertretend für die Reichsbourgeoisie vier Ziele deutscher Politik: Beseitigung der Räte, "Gesundung der Wirtschaft", Bekämpfung der "Kriegsschuldfrage" und Schaffung einer "Irredenta" (Anschlußbewegung in den verlorenen Ostgebieten an Deutschland). Derjenige Politiker, der sich in der Weimarer Republik in Sachen Revanchismus für die Bourgeoisie am meisten verdient gemacht hat, war Stresemann.

Stresemann war bis zu Kaisers Abgang Monarchist gewesen, wurde dann nationalliberal. 1923 war er der erste Nachkriegskanzler, der öffentlich die Schuld der deutschen Imperialisten am 1. Weltkrieg bestritt. Von 1923 bis zu seinem Tod (1929) war er Außenminister. Stresemann war der Ansicht, daß "letzten Endes die großen Fragen" immer durch das "Schwert" entschieden werden. So erläuterte er vor den versammelten "Deutschen Landsmannschaften" am 14.12. 1925 seine Außenpolitik: "Deutschland lehnt eine Diskussion über die Anerkennung der Grenzen ab, Deutschland lehnt eine Diskussion über Verzicht auf Krieg ab und ist lediglich bereit, über andere Fragen zu diskutieren."

Bereits im Januar jenes Jahres hatte Stresemann in einer geheimen Denkschrift den Hintergrund seiner "Minderheitenpolitik" dargelegt: "... die geographische Lage der wichtigsten Deutschumsgruppen in Europa fällt (zusammen) mit den Gebieten, in denen sich Lebensfragen deutscher Politik und Wirtschaft entscheiden müssen." Er drohte, daß nur eine "großzügige Lösung dieses



"Deutsche Volksgruppenpolitik" im Vollzug: Ein faschistisches Erschießungskommando ermordet Polen.

Minderheitenproblems Vorbedingung jedes dauernden Friedens in Europa" sein könne. Mit "großzügig" meinte er: eine großdeutsche Lösung.

Stresemann arbeitete an den Voraussetzungen für einen neuen Waffengang gen Osten, der dieses Großdeutschland bringen sollte. Eine dieser Voraussetzungen war die Schaffung revanchistischer Verbände, die im Ausland arbeiten sollten. Am 31.3. 1926 beschloß auf Vorschlag Stresemann das Reichskabinett die Bereitstellung von 30 Mio. DM Reichsmark für "Kredite an das bodenständige Deutschtum im europäischen Ausland". Ziel dieser Finanzspritze — einer von mehreren — war die Erhaltung deutschen Großgrundbesitzes und mittelständischen Eigentums in Polen. In den Städten konzentrierte sich als Folge jahrzehntelanger Germanisierungspolitik deutsche Bevölkerung (1927 lebten in Polen 1,058 Mio. Deutsche, das waren 3,8% der Bevölkerung, weniger übrigens als

Polen in Deutschland). Die Erhaltung dieser Schicht von Privateigentümern sollte die Basis bilden für eine Anschlußbewegung an das Deutsche Reich.

Neben der Bewilligung von Geld forderte deshalb die deutsche Regierung "eigennationale Gesinnungsschulen" in Polen, deren Zweck die "Erhaltung der deutschen Gesinnung" sein sollte. Das Gegenstück dazu war, daß polnische Arbeiter, die bei deutschen Kapitalisten in Polen arbeiten wollten, ihre Nationalität verleugnen mußten.

Um die Weltmeinung von einer angeblich berechtigten "Korrektur von Grenzen" zu überzeugen, behauptete die deutsche Reaktion, daß in Polen die Deutschen grausam unterdrückt würden. Die Enteignung deutschen Großgrundbesitzes in Polen wurde propagandistisch ausgeschlachtet, obwohl Leute enteignet wurden, die ihre Pferde besser behandelt hatten als die Arbeiter. Auch gegen die Aufhebung preußischer Vorkriegsgesetze, nach denen in Schulen und öffentlichen Versammlungen die deutsche Sprache verpflichtend war, wurde in Deutschland gehetzt.

Diese Sorte "Selbstbestimmung der Deutschen" verfolgte nur ein Ziel: die Revision der bestehenden Grenzen. In der geheimen Denkschrift von 1925 schrieb Stresemann dazu: "... die schrittweise Revision der politisch und wirtschaftlich unhaltbarsten Grenzbestimmungen der Friedensdikate (polnischer Korridor, Oberschlesien) ist das nächste Ziel deutscher Außenpolitik". Quellen: Ursachen und Folgen des deutschen Zusammenbruchs, Bd.6, S. 303-399, 668-746; Akten zur auswärtigen Deutschen Politik 1918-45, Serie B 1925-33, Bd. 1/1 S. 430f, Bd. 11/1 S. 366f

VERBRECHEN FASCHISTISCHER VOLKSGRUPPEN IM AUSLAND

Die "Volksdeutschen", die, soweit sie sich faschistisch organisierten, schon viele Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg als feindliche Macht in den Ländern, in denen sie lebten und Staatsbürger waren, agierten, stellten auch einen großen Teil der Terrortruppen, die die deutschen Faschisten einsetzten, um in besetzten Gebieten Teile der Bevölkerung zu ermorden und zu vertreiben, um Hitlers Germanisierungsprogramm durchzusetzen: Von der SS wurden sie zu Agenten und Saboteuren ausgebildet, die für den Geheimdienst SD tätig waren, Provokationen organisierten, und wurden in die "Einsatzgruppen" der SS übernommen, die speziell das Umbringen von Juden und in der UdSSR von Funktionären der Kommunistischen Partei erledigten.

Die SS-Division "Prinz Eugen" bestand aus Volksdeutschen aus Rumänien, Jugoslawien und anderen Balkanstaaten. Sie kämpfte mit größter Grausamkeit gegen die Partisanen in Jugoslawien. Die SS-Division "Horst Wessel" rekrutierte sich überwiegend aus Volksdeutschen aus Ungarn.

Im Nürnberger Prozeß wurde die Aussage des von der Roten Armee gefangen genommenen Stellvertreters des Amtes II Ausland/Abwehr, Stolze, zitiert über die Methoden des Lehrregiments z.b.V. "Brandenburg 800" in der UdSSR: "Zu den Aufgaben dieses im Jahre 1940 aufgestellten Sondereverbandes gehörte die Besetzung kriegswichtiger Objekte ... und ihr Halten bis zum Eintreffen der Spitzengruppen der Deutschen Wehrmacht. Zur Durchführung dieser Aufgaben hatte das Regiment, das hauptsächlich aus Auslandsdeutschen bestand, im Gegensatz zu den internationalen Regeln der Kriegsführung, weitgehend Uniformen und Waffen der Feindmächte für die Tarnung der Einsätze angewandt."

In der UdSSR richtete sich der Einsatz der ganz oder teilweise aus Volksdeutschen bestehenden Regimenter der Waffen-SS gegen die Existenz des ersten sozialistischen Staates und gegen die Errungenschaften der Arbeiter und Bauern. Die Volksdeutschen waren speziell brauchbar zur Zerschlagung der Kollektivierung auf dem Lande. Das eroberte Land diente ihnen als Basis für die Schaffung moderner Rittergüter, die auf der Ermordung und Vertreibung der bisherigen Bebauer des Landes und auf Zwangsarbeit eines Teils von ihnen beruhten. In der Weisung des Reichskommissars der Ukraine, Koch, vom 15.9. 1942 wird

die unmittelbare Beteiligung der Volksdeutschen an der Beute, soweit sie nicht "an fremdes Volkstum gebunden" seien, d.h. nicht die gesellschaftlichen Ziele der UdSSR unterstützten, dargelegt: "Der Bolschewismus hat das volksdeutsche Bauerntum und den volksdeutschen Gewerbetreibenden in der Ukraine systematisch zu vernichten gesucht. Die deutsche Verwaltung betrachtet es daher als ihre vornehmste Pflicht, diesen Schaden auszugleichen. Zur Sicherung dieser Wiedergutmachung verordne ich folgendes: § 1. Volksdeutschen der Kategorien 1 bis 3 der deutschen Volksliste aus dem RKK werden landwirtschaftliche und sonstige Grundstücke, Gebäude, Betriebe und sonstige Existenzmittel zur Nutzung überlassen." Die weitergehenden Pläne der Faschisten, einen Ring von Wehrbauern zu schaffen, um eine offene Grenze gegen die nach Osten vertriebenen russischen Völker ohne kostspieligen Einsatz einer Armee ständig sichern zu können, konnten sie dank des Kampfes der Völker der UdSSR nicht verwirklichen.

Faschistische Deutsche organisierten den "Blutsonntag" von Bydgoszcz am 3.9. 1939. Sie schossen auf polnische Artillerie, die sich durch die Stadt bewegte, und auf Besucher eines Gottesdienstes. Die polnische Bürgerwehr erklärte, jeder Deutsche, der im Besitz einer Waffe aufgegriffen werde, werde verhaftet und erschossen. Am folgenden Tag verbreitete die Nazi-Presse Greuelberichte über Hunderte verstümmelter Deutscher. Die Bilder, die der internationalen Presse gezeigt wurden, stellten in Wirklichkeit Opfer von deutschen

Tieffliegern dar, zumeist Polen. Die faschistischen Truppen, die am 5.9. in die Stadt einrückten, gingen, durch diese Propaganda aufgeputscht, mit großer Grausamkeit gegen die Bevölkerung vor.

Die von Konrad Henlein 1933 gegründete "Heimatfront" nannte sich ab 1935 Sudetendeutsche Partei und agierte bewußt als Fünfte Kolonne des deutschen Faschismus und diente dem Ziel der Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates. Im September 1938 begann das von Henlein aufgestellte Freikorps mit Operationen gegen tschechoslowakische Grenzposten und öffentliche Gebäude. Die Mitglieder schworen "bei Gott dem Allmächtigen, daß ich mich als Kämpfer des Freikorps, der seine Pflichten kennt, meinem höchsten Führer Adolf Hitler bis zum Tode verbunden fühle ...". Mit Recht datierte die Exilregierung der Tschechoslowakei 1941 den Beginn des Kriegszustandes vom 17.9. 1938, von dem Tag an, an dem die deutsche Regierung "mit Gewalthandlungen gegen die Sicherheit, Selbständigkeit und territoriale Integrität der Tschechoslowakei" begonnen habe.

Was in der Anklageschrift des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher gegen die SS vorgebracht wurde, trifft auch auf die faschistischen Volksgruppen zu: Sie dienten "als Mittel, den Sieg der Nazi-Ideologie zu sichern und das Nazi-Regime in Deutschland und den besetzten Gebieten zu schützen und auszudehnen".

Quellenhinweis: Dr. O. Bräutigam, Überblick über die besetzten Ostgebiete während des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 1954; Der Nürnberger Prozeß, Nachdruck München u. Zürich, 1984



SS-Feldgendarmereieinheit hinter der russischen Front im Einsatz gegen "partisanenverdächtige" Zivilisten

kämpfen, dazu nutzen, den Brückendienst von Volk zu Volk und von Staat zu Staat erfolgreich zu leisten." (7)

An dieser Sitzung nahmen u.a. Dr. Otto Ulitz und Dr. Hans Kohnert "als Vertreter der deutschen Volksgruppe in Polen" teil. Beide wurden 1939 von Hitler für ihre Verdienste bei der Vorbereitung des Überfalls auf Polen mit dem Goldenen NSDAP-Parteiabzeichen ausgezeichnet. Nach 1945 bauten sie die Landsmannschaft der Oberschlesier bzw. die Landsmannschaft Westpreußen auf. (8) Zwei Jahre nach dieser Sitzung, im Jahre 1937, schloß die faschistische Regierung mit der polnischen Regierung eine

im Ausland, dem Kommando der SS und damit Himmlers. Zur Leitung dieser zahlreichen "volksdeutschen" Verbände im Ausland war in der SS eigens ein Amt geschaffen worden, die "Volksdeutsche Mittelstelle". Spätestens ab 1940 wurden dann die "Volksdeutschen" in den neu eroberten Gebieten gar nicht mehr in eigenen "Volksdeutschen Verbänden" zusammengefaßt, sondern zumeist gleich in die SS aufgenommen. John Keegan schreibt über die Bedeutung dieser "Volksdeutschen" für die SS u.a.: "Nach dem Sieg über Polen und mit dem allmählichen Anlaufen einer 'europäischen Neuordnung' im Osten

Rolle erneut, mit noch größerer Grausamkeit, in der SS. Keegan schreibt: "In den Jahren 1941 bis 1943 meldeten sich so viele wehrdiensttaugliche Volksdeutsche zum Dienst in der Waffen-SS, daß bereits im März 1942 eine neue, beinahe vollständig aus Volksdeutschen aus Rumänien, Jugoslawien und anderen Balkanstaaten bestehende Division aufgestellt werden konnte ... Die Division stand zunächst ausschließlich auf jugoslawischem Gebiet im Partisaneneinsatz." (12) Auch in zahlreichen anderen Polizei- und Sicherheitsverbänden der SS dienten "Volksdeutsche" bei der Partisanenbekämpfung.

Über die Verbrechen dieser faschistischen Volksgruppenpolitik und der speziell von "Volksdeutschen" getragenen SS urteilte 1946 das Nürnberger Gericht so: "Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS, in Gemeinschaft mit der Volksdeutschen Mittelstelle, war bei der Durchführung von Germanisierungsplänen in den besetzten Gebieten tätig ... Einheiten der Waffen-SS und Einsatzgruppen, die unmittelbar unter dem SS-Hauptamt arbeiten, waren bei der Ausführung dieser Pläne eingesetzt. Diese Einheiten waren auch an den weit verbreiteten Ermordungen und Mißhandlungen der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete beteiligt ... Divisionen der Waffen-SS waren für viele Massaker und Grausamkeiten in den besetzten Gebieten, so zum Beispiel das Blutbad in Oradour und in Lidice, verantwortlich ... standen die Konzentrationslager unter der Bewachung und Verwaltung der SS ... Der Gerichtshof kommt zu dem Ergebnis ..., daß die SS eine verbrecherische Organisation ... war." (13) Über den SS-Führer und "Volksgruppenpolitiker" Kaltenbrunner fällt das Gericht das Urteil: "Tod durch den Strang!"

Quellenhinweis: (1) Prof. Theodor Veiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk, Volkstheorie und Rechtsbegriffe, in Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, 17. März 1973, S. 8; (2) Handbuch des Völkerrechts, 2. Band, Stuttgart 1930, S. 1; (3) ebenda, S. 2; (4) Gerda Zorn, Nach Ostland geht unser Ritt, Bonn 1980, S. 49; (5) Handbuch des Völkerrechts, a.a.O., S. 126; (6) Gerda Zorn, a.a.O., S. 49; (7) zitiert nach G. Herde, Das Verhältnis der Regierung Brandt/Scheel zu den Landsmannschaften, in "Blätter für deutsche und internationale Politik" 6/70, S. 595; (8) ebenda; (9) ebenda, S. 594; (10) Prof. Th. Veiters, Das Volksgruppenrecht als elementarer Baustein für ein vereinigtes Europa, München 1967, S. 17; (11) John Keegan, Die Waffen-SS, München 1981, S. 130f.; (12) ebenda, S. 203f.; (13) Der Nürnberger Prozeß, Nachdruck München und Zürich 1984, Bd. 1, S. 217f.— (rül, ana, anl)



1938: Provokatorische Kundgebung der Sudetendeutschen Partei im tschechoslowakischen Grenzgebiet. Für die Vorbereitung der faschistischen Überfälle auf die Staaten Osteuropas war die Wühltätigkeit der "deutschen Volksgruppen" in diesen Ländern von großer Bedeutung.

"gemeinsame deutsch-polnische Erklärung über den Schutz der beiderseitigen Minderheiten", um auf diese Weise dem aggressiven Treiben der "Volksdeutschen Minderheit" in Polen Rückendeckung zu geben. Im gleichen Jahr 1937 erklärte NS-Reichsinnenminister Frick anlässlich des 20. Jahrestages des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart: "Die Zeit und die Möglichkeit einer grundlegenden schöpferischen Lösung zur Volksgruppenfrage ist reif". (9)

Ein Jahr später schritt der deutsche Faschismus zur Vollstreckung dieser "Volksgruppenfrage". Faschistische Truppen eroberten Österreich und kurz darauf die "Sudetendeutschen Gebiete" der Tschechoslowakei. Noch heute gilt diese gewaltsame Annektion tschechoslowakischen Territoriums dem "Volksgruppen"theoretiker Prof. Veiter als "völkerrechtlich einwandfrei verwirklichter Vollzug des Selbstbestimmungsrechts". (10) Der Überfall auf die verbliebenen Gebiete der Tschechoslowakei und sodann auf Polen folgte.

Zu diesem Zeitpunkt unterlagen bereits sämtliche "Volksgruppen"organisationen, ob im Deutschen Reich oder

Mitteleuropas eröffnete sich der SS außerhalb des Deutschen Reiches erstmals ein neues Kräftepotential, welches Himmler und Berger ohne jede Konkurrenz von seiten der Wehrmacht für ihre Zwecke nutzen konnten: die Volksdeutschen ... Wehrpflichtig im Sinne der geltenden Rechtslage waren die außerhalb des Deutschen Reiches ansässigen Volksdeutschen nicht, und aus diesem Grund brauchten sie auch in der deutschen Wehrmacht grundsätzlich nicht zu dienen. Vom freiwilligen Militärdienst brauchten sie allerdings auch nicht ausgeschlossen zu werden— und von dieser Möglichkeit zum Ausbau und zur Ergänzung der vorhandenen Kräfte machte man in der SS nur allzugern Gebrauch." (11) In der Folgezeit wuchs der Anteil der "Volksdeutschen" in der SS beständig.

Nach dem ersten Weltkrieg hatten "Volksdeutsche" von außerhalb des Deutschen Reiches, insbesondere aus dem Baltikum, eine wichtige Rolle beim Aufbau der konterrevolutionären "Freikorps" und bei dem blutigen Terror dieser Freikorps gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung gespielt. Nun übernahmen sie diese



Absichten des BDI

Am 6. Mai führt der Bundesverband der Deutschen Industrie seine Mitgliederversammlung durch. Das "politische Umfeld" ist für die Kapitalisten ausgezeichnet: Das "Beschäftigungsförderungsgesetz" ist in Kraft, das Steuerreformgesetz und das Arbeitszeitgesetz liegen noch im Bundestag und sind damit anpassungsfähig ge-

genüber Wünschen der Kapitalisten, ein neues Betriebsverfassungsgesetz zwecks Förderung christlicher und anderer Spalterverbände ist von der Union fest zugesagt. Welche Pläne wollen die Kapitalisten als nächstes verfolgen, welche nächsten Angriffe auf die Lohnabhängigen beraten sie? Vorschläge gibt's in Fülle, man nehme nur das "Frühjahrgutachten" der Wirtschaftsinstitute.

Befreiungskampf in den französischen Kolonien

Während die französische Regierung abschließende Beratungen darüber führt, welches die aussichtsreichste Taktik zur faktischen Aufrechterhaltung der kolonialen Herrschaft über das "Territorium" Neukaledonien ist, zeitigt der Unabhängigkeitskampf unter Leitung der Befreiungsfront Neukaledoniens (FLNKS) erfreuliche Auswirkungen über dieses Gebiet hinaus. Anfang April kam es zur ersten "Konferenz der letzten französischen Kolonien", auf der politische und gewerkschaftliche Organisationen über weitere gemeinsame Schritte zur Beseitigung des Kolonialismus berieten. Welche Forderungen erheben sie, wo finden sie Unterstützung?



Sozialhilfe in Lüneburg

Fast 2100 Menschen müssen in Lüneburg zur Zeit von Sozialhilfe leben. Insbesondere wächst die Zahl der "ausgesteuerten" Arbeitslosen. Was bedeutet es, in Lüneburg Sozialhilfeempfänger zu sein? Auf dem Amt Schikanen und Kontrollen. Für die Miete geht ein Teil des Regelsatzes drauf, weil das Sozialamt die Miet-

obergrenze so niedrig ansetzt, es aber kaum billigen Wohnraum gibt. Inzwischen propagiert die Stadt ihr "Lüneburger Modell": Arbeit für Sozialhilfeempfänger zu Hungerlöhnen, jedoch so hoch, daß nach einem halben Jahr die Stadt die bisherigen Zahlungen für "Hilfe zum Lebensunterhalt" einstellen kann, "abgewälzt" auf die Arbeitslosenversicherung in Form von "Arbeitslosenhilfe".

Deutsche Volksgruppenpolitik (II)

Mit der Niederlage des deutschen Faschismus endete auch der bislang brutalste Versuch, die "Neuordnung Europas" als "deutsches Volksgruppenrecht" zu deklarieren. Die meisten "Volksgruppen" flohen mit gutem Grund vor der Roten Armee oder wurden von den Staaten der Anti-Hitler-Koalition umgesiedelt. Wenig später aber nahmen deutsche "Volksgruppen" politiker ihre Propaganda in den "Vertriebenenverbänden" wieder auf. Heute erheben Unionspolitiker und Vertriebenenfunktionäre erneut die Forderung nach "Volksgruppenrechten" für die Deutschen. Wichtigstes "Recht" soll nun das "Recht auf Rückkehr" sein. Das Ziel ist erneut die "Neuordnung Europas" unter deutscher Führung.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten— erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik — **Nachrichten, Analysen, Protokolle**— herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM. Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Sozialstatistik: Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte: Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenooffset, Köln. — Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.